

Ausmaß hinausgehen, und es so zum Problem Nr. 1 geworden ist. Aber auch die rasche Zunahme unserer Bevölkerung macht es notwendig, mehr Wohnraum zu schaffen, und dann wissen wir, daß die Menschen von heute — und hier müssen wir Gott sei Dank sagen — eine erhöhte Wohnkultur und auch einen erhöhten Wohnbedarf haben können. Ein weiteres Problem, das immer wieder zum Ausdruck kommt, ist, daß die raschen Zusammenballungen in den Industriezentren und Städten einen erhöhten Wohnbau notwendig machen.

Wenn wir zu den Ziffern gehen, dann bestehen hier erhebliche Divergenzen. Divergenzen bestehen vielleicht deswegen, weil wir kein Jahres-Bundesbudget haben, sondern nur ein Budgetprovisorium und weil wir nicht ganz sicher wissen, was uns nun im Jahre 1966 vom Bund her wirklich zustehen wird. Eines ist sicher, daß jene Beträge, die in unserem Voranschlag für 1966 enthalten sind und die jeder einzelne herauslesen kann, tatsächlich da sind und daß wir beim Wohnhauswiederaufbau und beim Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds wenigstens mit jenen Beträgen rechnen können, die uns im Jahre 1965 zur Verfügung gestanden sind. Und mit diesen Mitteln können wir, wenn wir das überschlägig berechnen, rund 4800 Wohnungen in der Steiermark bauen. Und wir können daraus feststellen, daß in der Steiermark nach wie vor der größte Teil des Wohnungsbaues durch Finanzierung nach dem Wohnbauförderungssystem vorgenommen wird.

Neben den Problemen, die bereits aufgezeigt worden sind, gibt es noch eine Reihe von anderen Fragen. So beispielsweise, was Herr Landesrat Bammer bereits aufgezeigt hat, die Neufestsetzung des Schlüssels für die Zuteilung der Bundesmittel an die Länder. Mit der Verordnung vom 30. Juni 1965 erfolgte eine Neuaufteilung, und die Zuteilung ist von 15,65 % auf 17,44 % erhöht worden. Diesbezüglich bestehen Meinungsverschiedenheiten: Wir verlangen, daß nach unserer Berechnungsgrundlage die Zuteilungsquote 19,68 % betragen soll. Die steiermärkische Landesregierung hat in diesem Sinne bereits am vorigen Montag, den einstimmigen Beschluß gefaßt, eine Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof auf Aufhebung dieser Verordnung einzubringen, weil wir der Meinung sind, daß zum Wohnungsfehlstand auch die am Stichtag nicht bewohnten Wohnungen und der Einzelwohnraum zu rechnen sind.

In der Steiermark, das haben wir bereits gehört, konnten bis Ende 1965 rund 68.000 Wohnungseinheiten gefördert werden. Und wenn wir die Zeit von 1918 bis 1938 anschauen, so konnte ich aus einer Broschüre lesen, daß während dieser Zeit 8000 Wohnungen gebaut worden sind. Wir sehen daraus, welche gewaltigen Leistungen die Verantwortlichen dieses Landes während dieser Zeit vollbracht haben.

Aber trotz dieser Leistungen sind die auf dem Gebiet der Wohnbauförderung sowohl für die Geschösbauten als auch für die Einzelsiedler erbrachten Leistungen nicht so, daß die Budgetmittel ausreichen, um den Wohnungsfehlbestand, der vorhanden ist, in relativ kurzer Zeit zu beseitigen. Als ich nun vor nicht ganz 9 Monaten das Wohnbauförderungss-

referat übernommen habe, konnte ich feststellen, daß Anträge für 11.636 Wohnungen nicht erledigt werden konnten. Es war daher notwendig, eine Sonderaktion im Rahmen der Landeswohnbauförderung durchzuführen. Es wurde ein Plan für die Abwicklung dieser Aktion ausgearbeitet, und durch diese Sonderaktion sollen in den Jahren 1966 bis 1970 3000 Wohnungen zusätzlich gefördert werden. Und wenn man eine Wohnung mit einer Durchschnittsgröße von 70 m² mit ungefähr 220.000 Schilling berechnet, dann wäre hierfür ein Betrag von 360 Millionen Schilling notwendig. Im Landesvoranschlag für das Jahr 1966 sind als Beginn dieser Sonderaktion 60 Millionen Schilling ausgewiesen. Mit diesem Betrag soll vor allem an die Beseitigung des Barackenelends und an die Einzelsiedler gedacht werden. Gerade der Eigenheimbau stellt eben für die Familie die ideale Wohnform dar und vermittelt dem Eigentümer ein hohes Maß an sozialer Sicherheit. Und es zeigt sich, das sehe ich immer wieder bei den Anträgen, daß gerade der Durchschnitts- und der Kleinverdiener diese Form der Wohnbauförderung in Anspruch nimmt. Und wenn ich den einen oder anderen frage, warum er das macht, dann höre ich immer: „Ich habe eine Möglichkeit, möglichst hohe Naturalleistungen zu erbringen und komme auch mit einem kleineren Barbetrag aus.“ Es ist daher unsere Aufgabe, gerade die Initiative des Eigenheimbaues zu fördern. Neben dieser wichtigen Aufgabe der Förderung des Eigenheimbaues ist aber die Beseitigung des Barackenelends vordringlich. Derzeit befinden sich Anträge für 894 Wohnungen beim Landes-Wohnungs- und Siedlungsamt. Wenn wir die Volkszählungsergebnisse aus dem Jahre 1961 durchsehen, dann können wir feststellen, daß Anträge für rund 2000 Wohnungen vorhanden sind. Und sofern die Budgetmittel für die Wohnbauförderung nicht gekürzt werden, im Gegenteil, bei einem Bundesbudget, das um 500 Millionen Schilling an Wohnbauförderungsmitteln aufgestockt würde, wären wir in der Lage, in drei Jahren dieses Barackenelend in der Steiermark zu beseitigen.

Aber ein anderes Problem, das ich hier ansprechen werde und das Gegenstand der Debatte war, ist wohl, daß die derzeitige Form der Wohnbauförderung weder auf die Einkommensverhältnisse noch auf den Familienstand noch auf den Wohnbedarf Rücksicht nimmt. Die Tatsache, daß der Bau von Eigentumswohnungen und auch die Errichtung von Mietwohnungen auf diese Dinge keinen Einfluß nimmt, ist für uns alle bedrückend. Wir sehen darin eine Diskriminierung von einkommensschwachen Familien und insbesondere von solchen, die eine größere Anzahl von Kindern haben. Zur weiteren konsequenten Durchführung der Wohnungspolitik als Sozialpolitik — ich bin gerne bereit, jede Anregung hier anzunehmen, — wird daher im Rahmen der Wohnbauförderung auf diese Einkommensgrenzen, auf den Familienstand und auf den Wohnbedarf Rücksicht genommen werden müssen, wobei insbesondere auf die jungen Familien und auf jene jungen Leute, die heiraten wollen und die in der Regel einen viel höheren Wohnaufwand erbringen müssen, Rücksicht genommen werden muß. Die Mit-

tel für die Wohnraumbeschaffung und Wohnungsnutzung müssen in ein tragbares Verhältnis kommen.

Schließlich wäre die schrittweise Vereinheitlichung der öffentlichen Wohnbauförderung und zwar sowohl der des Bundes als auch der des Landes zu erreichen. Es müssen alle Fonds- und alle Wohnungswerber die gleichen Startbedingungen haben, wobei eine individuelle Behandlung lediglich hinsichtlich der Familien- und Einkommensverhältnisse zulässig wäre.

Ich möchte als der zuständige Referent auch allen Bediensteten, die im Wohnungs- und Siedlungswesen tätig sind, heute hier danken und Sie ersuchen, auch im nächsten Jahr mit der gleichen Initiative und mit dem gleichen Eifer tätig zu sein. Ich darf auch allen jenen, die insbesondere am Zustandekommen der Sonder-Aktion mitgewirkt haben, danken und hoffen, daß die Wohnbauförderung im Jahre 1966 weiter beiträgt, um den Wohnungsfehlbestand zu vermindern. Möge es im kommenden Jahr besonders den politischen Parteien auf Bundesebene möglich sein, über die Wohnungsfrage eine völlige Einigung herbeizuführen, damit vor allem dem Kleinverdiener geholfen wird. (Beifall.)

Präsident: Das Wort hat Herr Landeshauptmann Krainer.

Landeshauptmann Krainer: Meine Damen und Herren! Das Kapitel Straßen, Bau überhaupt, Wohnungsbau und sonstige Hochbauten nimmt begreiflicherweise im Hohen Haus jedes Jahr einen beachtlichen Teil der Zeit in Anspruch.

Ich glaube, wenn man sich darauf beschränken würde, nur über all das, worüber Unklarheiten bestehen, hier zu sprechen und wenn man sich darauf beschränken würde, Kritik hier anzubringen, die ich für recht notwendig erachte, dann könnten wir vielleicht diesen Abschnitt unseres Landesvoranschlags etwas rascher behandeln. Aber ich glaube, es ist eben schon einmal so, daß es gerade zum Problem Straßenbau oder überhaupt zum Bauwesen schlechthin reichlich zu diskutieren gibt und reichlich Meinungen geäußert werden und Thesen aufgestellt werden. Ich bin von jedem Redner überzeugt, daß er einen Beitrag leisten wollte zur guten Entwicklung des gesamten Bauwesens und daß jeder vor allem auch im Hinblick auf die Winter-Arbeitslosigkeit das Beste wollte, wenn es auch gerade bei diesem Problem sehr, sehr viele Thesen und sehr viel Theorie gibt.

Ich möchte auf die einzelnen Wünsche, die die Damen und Herren des Hohen Hauses vorgetragen haben, nicht eingehen, weil mir nicht ein einziger Wunsch aufgefallen ist, der uns noch nicht bekannt gewesen wäre. Zusätzliche Forderungen sind Gott sei Dank nicht aufgestellt worden, obwohl ja auch das möglich wäre.

Sie können überzeugt sein, daß wir jeden Schilling, den wir aus dem Landes-Budget herauszuholen imstande sind, für die Straßen, Hochbauten und Wasserbauten etc. gerne aufwenden, daß wir jedem Schilling nachlaufen auch beim Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau, so daß uns

dort sogar gesagt wird, wir seien lästig. Aber trotzdem das Bauvolumen dieses Landes ein beachtliches ist — ausgeklammert der Wohnungsbau — werden wir im Jahre 1965 1.120.000.000 Schilling verbaut haben, das ist eine sehr umfassende und sehr beachtliche Leistung. Und trotzdem, es fehlt an allen Ecken und Enden. Es werden neue Krankenanstalten gefordert, es werden neue Straßen verlangt und es wird der dringende Ausbau der einen oder anderen Straße mit Recht hier vertreten. Aber das ist eben eine Frage des Geldes und der Mittel.

Jetzt klopfen wir uns einmal ein bißchen an die Brust und sagen, „wir kennen das Problem, vor allem das Verkehrsproblem“. Der Herr Abg. Stöffler hat wieder einmal einen ganz neuen Gesichtspunkt hier aufgezeigt, nämlich den, daß unsere Straßen, überhaupt unser Verkehr — dazu gehören natürlich auch die Bahnen — die Lebensadern unseres Volkes, die Lebensadern unserer Wirtschaft sind und daß von diesen Lebensadern ja überhaupt jede weitere wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung abhängt. Trotzdem wir also den Verkehr sehr genau kennen und um die ganzen Probleme der Unfälle wissen, die ja sehr ausführlich behandelt wurden, die vielen Verkehrstoten und die großen Schäden, die entstehen und die Versicherungssummen, um die es geht, trotzdem wir also das alles wissen, wissen wir auch, daß uns der Verkehr praktisch überrollt. Allein im heurigen Jahr wurden in der Steiermark 12.000 Führerscheine ausgegeben und dahinter stehen natürlich so und so viel tausend neue Motorfahrzeuge, ganz gleich, ob das nun Autos oder Motorräder sind. Und dazu kommen dann noch die Mopeds. Man kann also mit Sicherheit annehmen, 10.000 neue Fahrzeuge werden unsere Straßen befahren und diese 10.000 neuen Fahrzeuge haben nicht mehr Platz und nicht mehr Fläche als die zuvor über diese Straßen gefahrenen Fahrzeuge. Immer mehr Raum auf unseren Straßen und Straßenflächen wird in Anspruch genommen und die Breite der Straßen hat sich ja kaum verändert. Wir haben zwar Begradigungen, wir haben neue Straßen mit 7 m Breite, aber eine entscheidende Verbesserung steht erst am Anfang mit dem Bau der Autobahn. Und wenn wir eine Antwort zu geben haben, warum dies oder jenes noch nicht geschehen ist oder warum wir diesen oder jenen Wunsch einfach ausschlagen müssen und wir forschen nach den Ursachen, dann ist es immer wieder das Geld, das fehlt. Es ist einfach zu wenig. Man könnte sagen, es gibt so und so viele Probleme, bei denen man dringlich noch und noch Geld brauchen würde, aber ich glaube nicht zu übertreiben, wenn ich sage, daß wir es gerade im Verkehr dringendst notwendig haben, alles daranzusetzen, um ihn noch irgendwie aufrecht erhalten zu können, damit daß es interessant bleibt, überhaupt ein Auto zu besitzen. Darüber müssen wir uns alle im Klaren sein. Es gibt hier internationale Studien. Eine Studiengesellschaft in London hat erst vor kurzem ihre Analysen und ihre Vorschau bis 1975 bekanntgegeben. Sie klingt etwa in der Formel aus: „Es wird nicht mehr interessant sein, ein Auto zu besitzen, wenn nicht Umfahrungen, eine zweite Straßenfläche geschaffen werden, wenn nicht Autoparkplätze geschaffen werden, Türme und Tiefgaragen geschaffen

werden, um die Autos überhaupt irgendwo abstellen zu können.“ Und diese Studie klingt aus mit der Feststellung: „Liebe Autofahrer, wenn ihr weiter noch auf den Straßen und in den Städten Platz haben wollt, müßt ihr zahlen und noch einmal zahlen. Ihr müßt Parkgebühren zahlen, damit mehr auf dem Sektor überhaupt gebaut werden kann.“ Und das gilt auch für uns. Es hat der Finanzminister dem Handelsminister, der von ihm für den Ausbau der Autobahn Geld verlangt hat, gesagt: „Ja, wenn du mehr Geld willst — ich habe nicht mehr als 200 Millionen Schilling — wenn du mehr willst, müßt du trachten, dieses Geld irgendwie aufzutreiben, und zwar über die Mineralölsteuer.“ Darüber wurde viele Monate diskutiert, aber die Diskussion hat damit geendet, daß es vertagt werden müßte und daß es jetzt nicht gemacht werden könnte. Es ist scheinbar so, daß man bis nach den Wahlen warten will, dann wird sich schon eine Lösung finden. Es ist ein solcher Vorgang, wenn man die Probleme und die Dringlichkeiten kennt, nicht sehr aufrichtig. Aber wir müssen uns natürlich im Klaren sein, wenn wir mehr wollen, wenn wir wollen, daß mehr gebaut wird, daß vor allem die Umfahrungen berechtigterweise gebaut werden, weil der Verkehr einfach steckenbleibt, und er ist ja steckengeblieben, bis wir die Umfahrung Leoben fertig gehabt haben. Diese Umfahrung kostet bisher schon 150 Millionen Schilling, und sie wird noch 25 Millionen Schilling kosten, bis wir sie fertig haben, bis die Betondecke fertig ist, das sind dann mindestens 175 Millionen Schilling. Die Brucker Umfahrung, die jetzt die zweite Engstelle ist, ist in Planung. Sie kostet mindestens 45 Millionen Schilling. Die Kindberger Umfahrung, die Umfahrung von Mürzzuschlag — es sind ja eine Reihe von Umfahrungen in den letzten Jahren fertiggestellt worden — 100 Millionen ist da überhaupt kein Betrag, wenn wir an die Beseitigung dieser Engpässe denken. Und unser Bauvolumen für den Bundesstraßenbau beträgt etwas über 300 Millionen Schilling. 300 Millionen Schilling sind viel, viel Geld. Aber zu den Ausbaunotwendigkeiten, die vorliegen, sind 300 Millionen Schilling ein nicht ausreichender Betrag.

Wir haben aber nicht nur Straßen zu bauen. Es ist ja nicht unbekannt, daß über das Bauamt nicht nur der Landeshochbau zu bewältigen ist, sondern auch der Bundeshochbau und ebenso die Bundesstraßen. Wir haben auf dem Sektor des Bundeshochbaues den Ausbau unserer Forschungsinstitute und unserer Hochschulen. Es wird hier sehr, sehr beachtlich gebaut, und es ist geradezu bewundernswert, daß wir imstande sind, trotz der Verringerung unseres Personalstandes die Bauaufsicht und viele Planungen durchzuführen.

Und ich muß es sagen, unsere Baubeamten leisten wirklich einen ausgezeichneten Dienst, und ich darf auch sagen, sie gehen in ihrer Arbeit weit über ihre Pflicht hinaus, sie mühen sich um das Baugehen, es macht ihnen — hoffentlich — Freude, wirklich nicht nur in ihrer Amtszeit, sondern weit darüber hinaus. Vor allem unsere Spitzenbeamten sind hier geradezu vorbildlich.

Aber wir haben hier auch ein echtes Problem, auch mit wachsenden Geldmitteln, nämlich die Tat-

sache, daß wir kaum einen jungen Bauingenieur in unsere Dienste bekommen. Einmal die Tatsache, daß unsere Hochschulen heute nicht mehr absolvierte Hochbauingenieure im Studium haben als im Jahre 1938; und wenn man das Bauvolumen vergleicht, das sich von Jahr zu Jahr verstärkt, und wenn man — und das ist das entscheidende — die Gehälter in der Bauwirtschaft vergleicht und die unserer Beamten, vor allem der jungen Beamten — ich sage ausdrücklich jungen Beamten — dann ist es begreiflich, daß die Leute in unsere Dienste nicht eintreten. Hier, ich brauche das ja nicht zu sagen, weil es in Arbeit ist und, wie ich hoffe, noch dieses Jahr beschlossen werden kann, müssen wir auch finanzielle Vorsorge treffen, damit wir unseren Baudienst, der so vielseitig und so vielfach ist, überhaupt aufrecht erhalten können.

Ich möchte nun nur auf die einzelnen Fragen doch ein paar Antworten geben.

Die Frage des Abwassers und der Wasserwirtschaft schlechthin ist ja hier sehr ausführlich und umfangreich behandelt worden. Es ist ja außer Zweifel einiges gerade von unserem Landesbauamt an Impulsen ausgegangen, und die Beobachtung, die Messung der Verschmutzung der Gewässer usw. ist ja nicht nur eine Notwendigkeit geworden, sondern sei zeugt von der steigenden Verschmutzung und damit natürlich auch von der Gefahr, die unserem Grundwasser droht, der doch jener Quell ist, den die Menschheit braucht. Ich glaube aber, daß wir nicht übertreiben sollen und unken. Die Schocktherapie hat sehr viel für sich, aber wenn wir die industrielle Entwicklung und den Wasserverbrauch etwa in Amerika oder im Westen Europas vergleichen mit dem Verbrauch bei uns, dann kommen wir leicht in Übertreibungen. Vielleicht ist es gut, weil schon, gerade wenn ich an die Mur denke, hier viel, viel gesündigt wurde, so daß man überhaupt nur mit Schocktherapie den Dingen beikommen kann und die Verantwortlichen und die, die zahlen sollen, vielleicht doch hier weckt und dazu bringt, daß endlich der Verschmutzung unserer Gewässer auch Einhalt geboten wird.

Einen sehr breiten Raum hat die Übernahme von Straßen eingenommen. Immer wieder wird gefordert, daß dieser oder jener Straßenzug übernommen werden soll. Wir haben uns in den letzten 20 Jahren die Übernahme von rund 300 km Straßen geleistet. Wir sind aber immer nur schrittweise vorangegangen und haben nicht mehr übernommen, als wir auch wirklich imstande sind zu erhalten. Die Übernahme der Straßen allein ist ja nicht das Entscheidende. Ich kenne ein Nachbarbundesland, das hat ungefähr 12.000 km Landesstraßen zum Vergleich mit der Steiermark, die ungefähr 3200 km hat, und zwar hat dieses Nachbarland einfach praktisch jeden Gemeindegeweg übernommen. Aber versuchen Sie einmal, über diese Straßen zu fahren. Sie werden überhaupt nicht erhalten. Es ist vernünftiger, es bleibt eine Straße im Eigentum der Gemeinde, und sie wird wenigstens beiläufig instandgehalten — es gibt Gemeinden, die ihre Straßen ausgezeichnet instandhalten — als wir übernehmen und erhalten nicht; damit ist ja nichts gemacht, wenn dann der Verkehr behindert wird, anstatt daß er flotter vor sich geht, weil man bei der Übernahme den Ausbau

und eine Schwarzdecke als erstes selbstverständlich verlangt. Wir werden weiter Straßen nur in dem Ausmaß übernehmen, als eine entsprechende Steigerung der Mineralölsteuer vorhanden und damit auch die Sicherheit der Erhaltung dieser übernommenen Straßen gegeben ist, wobei wir uns bemühen, sehr gerecht vorzugehen. Wir haben es uns zum Grundsatz gemacht, daß zumindestens jede Pfarrgemeinde mit einer Landesstraße oder mit einer Bundesstraße aufgeschlossen sein soll. Wir wissen schon, daß es also eine Reihe von Straßen gibt, die in dem Plan liegen, wenn ich da nur an Veitschdenke, die sicher interessant und verkehrsbeachtlich sind, aber es geht halt nicht alles auf einmal. Es müssen halt alle warten. Die finanzstarken Gemeinden tun sich natürlich leichter, wenn sie einige Jahre zuwarten als die finanzschwachen Gemeinden. Aber hier werden wir sicher in einigen Jahren so weit sein, daß wir die wichtigsten Verbindungen, nämlich die überörtlichen Verbindungen — das möchte ich ausdrücklich sagen — übernommen haben werden.

Ich muß jetzt einmal zu den Übergängen etwas sagen, die vom Herrn Abg. Lackner so stürmisch und impulsiv verlangt werden. Ja, meine Damen und Herren, es wäre nichts schöner, als wenn wir sagen könnten, jawohl, wir ziehen jetzt vom Murins Ennstal oder umgekehrt, vom Enns- ins Murtal mindestens eine oder meinetwegen auch zwei Straßen über diese schönen Almen und Gebirge hinüber. Erstens ist eine solche Straßenverbindung mit sehr viel Geld verbunden. Wir haben sehr bewußt den Ausbau der Sölkstraße, den Weg, muß man besser sagen, den einzelnen Interessentengenossenschaften überlassen, bzw. der Almwirtschaft überlassen, denn wir können uns nicht engagieren mit einer Straße, die ja keine ist, sondern nur ein Weg ist. Denn wenn wir in Erscheinung treten, tragen wir ja auch die Verantwortung dafür. Und die Verantwortlichkeit für diese Wege oder Straßen, wie sie gerne genannt werden, auch der Privatstraßen, ist ja sehr problematisch. Wir haben uns ja ernstlich Gedanken gemacht, doch ein Gesetz zu beschließen, das jene Privatstraßen regelt, die Maut einheben. Wenn einer will und genug Grund hat bzw. wenn sich mehrere zusammentun, so kann er eine Straße bauen und es kann dort jedermann darüberfahren. Wenn aber ein größeres Unglück passiert — Gott sei Dank ist dies noch nicht geschehen, oder es ist so günstig abgelaufen, daß kein Skandal daraus erwachsen ist — dann schreit nämlich alles nach der Öffentlichkeit. Und obwohl wir auch im entferntesten nichts damit zu tun hatten, als daß höchstens dort und da ein paar Schilling Förderungsmittel dazugekommen sind, werden wir dann selbstverständlich verantwortlich gemacht. Und man kann praktisch eine Straße als Übergang von einem Tal ins andere nur als wirkliche Straße ausbauen. Der Weg ist ja sehr nett, ich habe auch versucht, ihn vergangenes Jahr zu fahren, er ist auch recht ordentlich ausgebaut worden, aber es ist halt ein Weg. Und eine Straße, gleichgültig ob über das Glattojoch oder über den Sölkpaß, kostet mindestens 500 bis 600 Millionen Schilling. Ich meine, wir als Land sind dafür keineswegs zuständig. Denn eine solche Verbindung ist eine Verbindung, deren Bedeutung weit

über die Steiermark hinausgeht und die Ihnen gar nicht den Nutzen bringt, den Sie sich davon erwarten. Ich habe schon im Finanz-Ausschuß gesagt, unsere Nachbarländer verstehen es sehr gut, alles zu tun, damit man nicht auf guten Straßen bis an unsere Grenzen kommt. Und was sollen wir tun? Wir sollen also den sogenannten West-Süd-Verkehr noch dadurch fördern, indem wir alles tun, damit die Autofahrer, die irgendwo von Salzburg hereinkommen, so rasch als möglich über die zwei Täler, also Enns- und Murtal, hinüberkommen und dann weiterfahren können nach Kärnten oder an die Adria. Das ist schon einmal irgendwo unsere Aufgabe, aber erst dann, wenn wir die anderen, großen Fragen gelöst haben. Nur dann. Wenn wir vor allem einmal unsere ganzen Umfahrungen gelöst haben, wenn wir die wichtigsten Zubringerstraßen, wie z. B. die nach Graz vierbahnig gebaut haben. Das sind ja die entscheidenden Dinge. Hier bleiben wir ja überall hängen. Dort oben geht es ja noch so halbwegs und es wäre überhaupt nicht verantwortlich, meine Damen und Herren, eine solche Straße zu bauen. Und schon gar nicht verantwortlich mit Landesmitteln.

Und nun die Frage der Präbichlstraße, die also hier des langen und breiten von den Abgeordneten erörtert wurde. Meine Damen und Herren, unsere Ingenieure bemühen sich seit Jahren, und es sind jährlich Ansätze im Bundes-Budget bzw. in den Mitteln, die wir vom Bund zugewiesen erhalten, für den Ausbau der Bundesstraßen, auch für die Präbichlstraße enthalten gewesen. Sie wurden dann immer wieder gekürzt, weil festgestellt wurde, die Planung ist nicht abgeschlossen. Und jetzt, Gott sei Dank, hat sich also ein neuer Aspekt aufgetan, und zwar eine völlig neue Trasse, nicht über den Erzberg, die, wie wir glauben, auch zum Tragen kommen wird und die vielleicht nur ein Drittel dessen kosten wird, was der unerhört kostspielige Ausbau — man rechnet mit mindestens 120 Millionen Schilling — wenn man die vielen Kunstbauten bauen müßte — nach dem alten Projekt gekostet hätte. Es wird also dieses Projekt zur Zeit studiert. Und zwar ist die erste Ansicht, die die Ingenieure aus einer Begehung heimgebracht haben, positiv und es wird sich also darum handeln, daß wir mit der Alpine übereinkommen. Darauf wird es ankommen. Wir müssen ja Alpine-Grund in Anspruch nehmen, wir müssen auch den Schuttplatz in Anspruch nehmen und hoffen, daß wir mit der Alpine zu Rande kommen. Dann wäre ein rascher Ausbau möglich. Denn wenn wir auch mit den Kunstbauten für die Präbichlstraße beginnen, so müssen Sie rechnen, daß das mindestens vier Jahre in Anspruch nimmt, weil erstens die Bauzeit wesentlich kürzer ist als etwa im Raume von Graz, weil man dort unterm Polster bald Schneestürmen und Schneebrettern und dergl. ausgesetzt ist, was die Bauzeit wesentlich verkürzt und außerdem kostet diese Straße mehr als ein Drittel eines Jahres-Budget unserer Bundes-Straßen-Mittel. Nun, es wurde gesagt, warum nicht ein Tunnel? Meine Frage, als ich das Straßenbaureferat übernommen habe, war auch, warum baut man nicht einen Tunnel durch den Erzberg bzw. von Eisenerz nach Vordernberg? Der Tunnel würde mindestens 4½ km Länge haben oder 5 km (Zwischenruf: „6 km!“) — Sie sagen in einem Zwischenruf sogar

6 km — es kommt auch gar nicht darauf an, aber bitte, bedenken Sie, das sind 500 bis 600 Millionen Schilling. Das ist die Größenordnung. Dann darf man auch nicht vergessen, daß ja ein solcher Tunnel auch beleuchtet werden muß. Und ich glaube, es ist Ihnen nicht unbekannt, daß der Umfahrungs-Tunnel in Leoben, der nur 400 m lang ist an Beleuchtung im Jahr 1 Million Schilling verbraucht. Das ist nur die Beleuchtung. Natürlich wäre ein Tunnel das Ideal, das ist gar keine Frage. Ich nehme an, daß dabei sogar noch Erz herausgefördert werden könnte. Aber das geht einfach über unsere Möglichkeiten, das heißt, es übersteigt einfach unsere Kräfte. Daher muß man also einen Weg suchen, der zwar die Eisenerz- und die dahinterliegenden Hieflauer befriedigt, aber über ein Problem, Herr Kollege, kommen wir nicht hinweg, wir können ja die Wasserleitung bzw. jetzt die Wasserfälle, nicht verlegen. Die werden natürlich gefährdet sein. Vielleicht läßt sich doch ein Weg finden, um ihnen so weit als möglich auszuweichen. Aber wir sind nicht imstande, Eisenerz zu umfahren. Das läßt die Lage der Berge einfach nicht zu.

Aber Sie können über uns schimpfen, wie Sie wollen und uns lästern, wie Sie wollen, ich muß Ihnen sagen, daß bereits mit allem Ernst das Problem angegangen wurde. Und es hat ja im ersten Augenblick so ausgesehen, das ist ja ganz einfach, da machen wir halt ein paar Serpentina und dann sind wir oben. Wie man aber dann begonnen hat und die Geologen tätig geworden sind und die Planer tätig geworden sind, da hat sich auf einmal herausgestellt, daß das eines der kostspieligsten Unternehmen überhaupt ist. Es wurde, wie gesagt, ernstlich und überlegt geplant, und man ist heute soweit, daß man sagen kann, wir können den Plan abschließen. Voraussetzung ist, daß das Ministerium diesen Plan genehmigt. Es ist sogar der Sektionschef persönlich von Wien über unseren Wunsch hinaufgefahren, um sich das alles anzuschauen, weil die Berechnungen unserer Ingenieure sozusagen angezweifelt wurden, nämlich die Kostenhöhe angezweifelt wurde. Aber sein Eindruck hat nur das bestätigt, was unsere Ingenieure erarbeitet haben. Sie können versichert sein, daß wir uns redlich bemühen und jeder von uns, ob es nun mein Vorgänger oder die Ingenieure waren, wir haben, soweit wir gesagt haben, „jajawohl, es wird gemacht“, die ehrliche Überzeugung gehabt, es wird gemacht. Wenn man auf das Schimpfen hören würde, müßte man sagen, na, lassen wir sie schimpfen. Wir wissen schon, welche Bedeutung das Gebiet und welche Bedeutung Eisenerz selbst hat.

Nun darf ich noch zu Abschluß ein paar Dinge sagen, die meiner Meinung nach wichtig und für unsere Existenz und für unsere weitere Entwicklung entscheidend sind. Wir müssen — und das sage ich den Obersteirern nicht nur hier im Hohen Hause und Dir vor allem, lieber Lackner — ihr braucht gar nicht neidvoll herunterblicken unter Graz und sagen, na, schon wieder bauen sie dort, und uns vernachlässigen sie. Sie brauchen ja nur das, was der Finanzreferent in seiner Einleitungsrede gesagt hat, sich ein bißchen zu Herzen nehmen und einfach die Tatsache, daß die politische Entwicklung 1918 vor sich gegangen ist. Wir leben in einer Sackgasse un-

ter Graz, das ist unbestritten, und wir können uns aus dieser Sacksituation nur lösen, wenn wir eine entsprechende Fernautoverbindung, das heißt wenn wir eine Autobahn bekommen. Es wurde ja begonnen im heurigen Jahr. Es sind bereits 40 Millionen Schilling verbaut. Im nächsten Jahr hoffen wir, daß wir einen vier- oder fünffachen Betrag dieser für den Bau und für Grundeinlösung bezahlten Beträge bekommen werden, aber mit den Mitteln, das muß auch in dem Zusammenhang gesagt werden, geht es halt nur in einem Schnecken-tempo. Und wenn wir auch Ende 1968 zwischen Gleisdorf und Graz fertig sein werden, die Planung ist ja in Entwicklung sowohl von Gleisdorf in Richtung Arnwiesen, bzw. auch hier ist die Grobplanung bereits abgeschlossen bis hinauf auf die Pack. Über die Unterführung der Pack wird noch diskutiert und da bestehen noch verschiedene Meinungen. Aber das ist einfach die Voraussetzung für das Leben, die Lebensfrage für den großen Teil der Steiermark, $\frac{2}{3}$ der Bevölkerung (Abg. Vinzenz Lackner: „Herr Landeshauptmann, wir haben keinen Neid, wir haben nur Angst, daß wir auch eine Sackgasse werden!“) Schau, es geht hier einfach um ein Prinzip, um einen groß angelegten Plan. Wenn wir einbezogen sind in ein Autobahn-system, das von der Nordsee bis zur Adria geht, ist das natürlich genauso für das Burgenland wie für die Steiermark und einen Teil von Kärnten von ungeheurer Bedeutung. Das würde erst wirklich das Wirtschaftsleben wieder in Schwung bringen und würde neue Auftriebskräfte wecken. Wir müssen diesem Konzept selbstverständlich nachgehen. Aber wir wissen sehr wohl, daß beispielsweise — und das haben ja zwei oder drei Abgeordnete hier auch zum Ausdruck gebracht — die Schnellverbindung von Salzburg nach Kärnten das um und auf für diese beiden Länder ist. Bitte, sehr verständlich. Ich bewundere die Leute immer, die Ideen haben. Ideen bringen ja im Laufe der Zeit auch etwas vorwärts. Das gilt auch für die Glattjochstraße. Die Idee ist ja gut, ebenso für den Sölkpaß. Aber diese Schnellstraße ist eine typische Durchzugsstraße, daher heißt sie auch Schnellstraße, und sie wird uns sicher im Raum von Murau, wie das schon gesagt wurde, einige Brosamen bringen, vielleicht auch ein bißchen in der Schladminger Gegend. Wir werden diese Schnellautobahn, wenn sie nicht auf unsere Kosten geht, nicht verhindern. Aber wir müssen ebenso klar und deutlich sagen, wir brauchen auch eine Fernverbindung, von Wels über Liezen herunter über das Palten-Liesingtal, über das Gleintal herein nach Graz. (Beifall.) Das wird der erste Teil in unserer Verkehrsentwicklung sein, der zum Erliegen kommen könnte. Das ist ja auch kein Plan, den wir erfunden haben, das ist ein Plan der in den Kriegsjahren entwickelt wurde, aber der natürlich entscheidend und wichtig für einen wirklichen Verkehrsanschluß der Steiermark an den Westen wäre. Das habe ich damit gemeint, wenn ich am Beginn gesagt habe: Es gibt ja auch Forderungen und Wünsche, die weiter gespannt und auch meiner Überzeugung nach notwendig und von wesentlicher Bedeutung sind.

Ich möchte nur noch zum Schluß, meine Damen und Herren, sagen: Wasserbau, Wasserleitung, Wasserbau vor allem, weil dazu noch eine Reihe von

Wünschen geäußert wurden: Wenn wir nicht zu einer entscheidenden Beseitigung der Ursachen unserer Hochwässer kommen, so werden wir immer wieder und zum Teil jedes Jahr irgendwo mit den Schwierigkeiten der Hochwasserschäden zu tun haben. Es ist anzunehmen, daß durch das Provisorium des Bundeshaushaltes eher eine Stagnation als eine entsprechende Entwicklung eintreten wird. Wir hoffen, daß wenigstens im 2. Halbjahr größere Geldmittel für die Beseitigung der Ursachen der Hochwasserschäden zu erreichen sein werden. Natürlich sind die Hochwasserschäden in Tirol und in Kärnten weitaus einschneidender und entscheidend stärker als bei uns, und begreiflicherweise wird die Bundesregierung versuchen, vor allem dort hinauf den größeren Teil der Mittel zu lenken. Wir raufen uns jetzt noch um Beträge, weil wir immer noch imstande wären, auch im Winter mit dem Einsatz von mehreren Baggern beispielsweise das steirische Regulierungsproblem, nämlich die Raab, in Ordnung zu bringen. Die Raab ist der Fluß schlechthin, der die größten Schäden, die größten Ausuferungen verursacht und der auch das beste und fruchtbarste Ackerland immer wieder vermurt und Schäden anrichtet.

Für Kanäle und Wasserleitungen haben wir ja Gott sei Dank jetzt höhere Mittel zur Verfügung. Das ist heute auch schon gesagt worden. Wir werden hier sicher in den nächsten Jahren, davon bin ich überzeugt, sehr fruchtbar tätig sein können und all das vorantreiben können, was in den letzten Jahren zurückgeblieben ist. Hier bin ich sehr hoffnungsfroh, weil diese Mittel nicht nur um das Dreifache erhöht wurden, sondern auch ständig mit der ganzen Entwicklung wachsen. Es wird nur die Frage sein, wie die Gemeinden mitkommen. Die Zuschüsse sind ja äußerst bescheiden. Für die ganze Steiermark haben wir für das heurige Jahr ungefähr zwei Millionen Schilling bekommen. Was ist das für 35 oder 40 Vorhaben! Das ist nicht sehr entscheidend, aber hier wird sich auch ein Weg finden müssen für die Finanzierung, die bei Wasserleitungen ja weniger schwierig ist, hier kann man mit dem Wasserzins sich weitgehend behelfen. Beim Kanal ist es dort, wo die Zahl der Kanalbenützer sehr gering ist, außerordentlich schwierig und trotzdem kostspielig. Und außerdem liegt das alles unter der Erde. Es sieht's ja niemand. Man vergräbt sozusagen das Geld. Aber es ist notwendig und wichtig.

Aber alles in allem, meine Damen und Herren, nur die Unzufriedenen, habe ich einmal gehört, bewegen die Welt. Ich will also nicht sagen, daß alle, die heute gesprochen haben, Unzufriedene sind. Ich habe sehr viele zufriedene Worte auch gehört. Aber ich muß das noch sagen, lieber Kollege Ileschitz: Die Entstaubungsanlage, die beim Zementwerk eingebaut wurde, die funktioniert auch. Die Schwarzdecke haben wir nicht für Mayr-Melnhof gemacht, sondern wir haben die ganze Strecke dort mit einer neuen Decke überzogen. (Abg. Ileschitz: „Man hätte aussetzen können auf ein Jahr, damit der andere das in Ordnung bringen kann!“) Wir konnten dort nicht aussetzen, wir mußten selbstverständlich das Stück fertigmachen. Sofern es sich also noch um Anliegen handelt, die an sich die Gefolgschaft betreffen oder die die Gewerbebehörde ebenso betref-

fen, haben wir immer nach dem Rechten gesehen und es wird immer wieder, wenn Beschwerden einlangen, nach dem Rechten gesehen. Es ist also nicht so, daß nichts geschehen ist. Es ist auch der Staub weg und auch die Verschmutzung ist in den letzten Monaten schon sichtbar in Ordnung gekommen.

Ich darf noch einiges sagen, und zwar Herr Dipl.-Ing. DDr. Götz, ich habe in einem Zwischenruf von Theorien, die Sie hier entwickeln, gesprochen. Das gilt auch zum Teil für den Kollegen Loidl: Schauen Sie, das Budget hat überhaupt mit der heutigen Bauentwicklung nichts mehr zu tun. Solange wir ein jährlich steigendes Bau-Budget haben, überschneidet sich alles ungeheuer. Wir haben für den Brückenbau, Straßenbau usw. 870 Millionen Schilling im vergangenen Jahr zur Verfügung gehabt. Davon werden 600 Millionen Schilling als fortgesetzte Bauten erst im kommenden Jahr wieder zum Tragen kommen. Die Überschneidung vom Herbst ins Frühjahr hinein ergibt natürlich Behinderungen, aber daran ist das Wetter schuld, und nicht weil das Budget mit 31. Dezember abschließt. Das stimmt nicht. Ebenso ist es nicht richtig, daß man sagt, es liegt an dem, was mit den Ausschreibungen zusammenhängt, deshalb steigen die Preise. Wir schreiben ja das ganze Jahr aus. Sicher steigen die Preise, wenn das Bauvolumen wächst, das ist ganz klar. Und Gott sei Dank wächst es immer wieder. Nicht Gott sei Dank, daß damit die Preise steigen.

Und hier bin ich schon bei den Preisen. Nur ein Wort, lieber Loidl: Wenn also so leichtfertig gesagt wird hier, die Preise, die Preise, die Preise! Wesentlich und entscheidend dabei ist, daß der Reallohn nicht darunter leidet. Daß also die Lohnentwicklung nicht nur Schritt hält, sondern daß sie der Preisentwicklung voraus ist. Das ist das Entscheidende. Und darüber brauchen wir nicht Statistiken anzusehen, das kann auch jede Hausfrau sagen, es sei denn, der Mann enthält ihr das, was er mehr verdient, vor. Aber wenn er den Teil, den er mehr bekommt, auch abliefern, dann ist der Ausgleich gegeben. Wir können uns streiten über Preise, wer hat die Preissteigerung verursacht usw., eines ist sicher: Wir sind alle daran interessiert, Preissteigerungen zu verhindern, so weit es eben geht. Aber, meine Damen und Herren, wenn Sie Preisstabilität wollen, dann fordern Sie damit gleichzeitig auch Arbeitslosigkeit. Die Älteren unter uns haben es erlebt, daß alles sehr, sehr billig war, ja, immer noch billiger geworden ist. Aber wir haben in Österreich eine halbe Million Arbeitslose gehabt. Bei einer solchen Expansion, wie wir sie zur Zeit erleben, glücklicherweise erleben, sind Preis und Lohn in Bewegung, einmal mehr, einmal weniger. Und man kann noch so viele Schuldige dafür suchen, eines kann man nicht machen, nämlich das Wetter können wir noch nicht regulieren. Und das Wetter des heurigen Jahres war im Juni so, daß es natürlich zu Preisauftrieben, die sonst um diese Zeit nicht üblich sind, gekommen ist. Das ist nicht wegzudiskutieren. Wir müssen alles tun, daß wir dämpfen, dämpfen, wo wir nur können. Wer es besser kann und versteht, das weiß ich nicht. Ich sage Ihnen nur eines: Wenn alle jene klassischen Maßnahmen durchgeführt werden würden bei uns in Österreich, die man in der Schweiz durchgeführt hat, ja eine Volksabstimmung

sozusagen heraufbeschworen hat, (Abg. Scheer: „Volksabstimmung hilft bei uns nichts!“) ja, da braucht man halt eine sehr starke Regierung dazu, und zwar eine sehr einige. (Zwischenruf: „So eine wie die steirische!“) Jawohl. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Das Schlußwort hat der Berichterstatter.

Berichterstatter: Werte Damen und Herren! Die Bedeutung der Gruppe 6 kommt nicht nur durch die 27 % der Budgetmitteln für 1966, die hier Verwendung finden, zum Ausdruck, sondern auch dadurch, daß dazu in fünf Stunden und 45 Minuten 28 Damen und Herren gesprochen haben. Viele Wünsche wurden angemeldet und wir alle wissen, daß zur Erfüllung dieser Wünsche noch sehr viel Zeit, vor allem noch mehr Geld notwendig ist. Trotzdem aber freuen wir uns, daß wir die Ansätze für das Jahr 1966 in der Gruppe 6 so erstellen konnten und ich darf nochmals meinen Antrag wiederholen, die Damen und Herren mögen dieser Gruppe ihre Zustimmung geben.

Präsident: Sie haben den Antrag des Herrn Berichterstatters gehört. Wer für den Antrag ist, möge seine Hand erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Der Landtag hat den Wunsch geäußert, die Budget-Debatte womöglich noch am heutigen Tage zu Ende zu führen. Die Beratung der Gruppe 6 mit 28 Rednern hat mehr als fünf Stunden in Anspruch genommen. Zur Gruppe 7 sind bisher 20 Redner angemeldet.

Es ist mir versagt durch die Geschäftsordnung, einen Antrag auf entsprechende Beschränkung der Redezeit zu stellen. Ich bitte daher für den Fall, daß der Landtag tatsächlich willens ist, nicht nur das Budget zu beenden sondern auch noch die übrigen 20 Tagesordnungspunkte vor Ablauf des heutigen Tages zu erledigen, die Redezeit aus eigenem zu beschränken. Ich werde jetzt eine 5-Minuten-Lüftpause einschalten.

Unterbrechung der Sitzung: 16.25 Uhr. Fortsetzung der Sitzung: 16.35 Uhr.

Präsident: Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf. Wir kommen zur Gruppe 7, Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung. Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Dr. Pittermann. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **Dr. Pittermann:** Hohes Haus, meine Damen und Herren! Die Gruppe 7 unseres Budgets umfaßt öffentliche Einrichtungen und die Wirtschaftsförderung. Sie umfaßt einen Gesamtrahmen auf der Ausgabenseite von 179,887.400 Schilling und von 49,155.200 Schilling auf der Einnahmenseite, so daß als echter Beitrag des Landes zu diesem Kapitel ein Betrag von 130,732.200 Schilling vorgesehen ist.

Hohes Haus! Nicht nur der Umstand, daß der erste Abschnitt der Gruppe 7 das Feuerwehrwesen umfaßt, das mit einem Betrag von 9,8 Millionen Schilling dotiert ist, also um 1 Million mehr als im

vergangenen Jahr, veranlaßt mich, dieses Kapitel besonders zu erwähnen, sondern auch eine Ehrenpflicht, der ich im Namen des Hohen Hauses und des Finanz-Ausschusses hiemit nachkomme, nämlich unseren Feuerwehrmännern für den in diesem Jahr bewiesenen Opfermut anlässlich der Hochwasserkatastrophe den herzlichsten Dank zu sagen. Ich glaube, daß Sie mit mir einer Meinung sind. (Beifall.)

Hohes Haus! Selbstverständlich nimmt die Förderung der Land- und Fortswirtschaft ebenso wie die des Fremdenverkehrs eine entscheidende Stellung im Budgetkapitel 7 ein. Die Situation in der Landwirtschaft ist ja zweifellos schwierig. Ihre Probleme werden auch nicht von heute auf morgen gelöst werden können. Aber das Bauertum wird seine Aufgaben nur dann erfüllen können — und diese Aufgaben umspannen einen weiten Bogen, sie reichen ja bekanntlich von der biologischen Seite über die Sicherung unserer Währung bis zur Untermauerung der Neutralität — wenn ihr auch die notwendigen Mittel der öffentlichen Hand zur Verfügung gestellt werden. Das Land Steiermark ist glücklich, daß es im Rahmen seiner Möglichkeiten den Notwendigkeiten einer modernen Landwirtschaftsförderung Rechnung tragen kann.

Im einzelnen sieht die Förderung für die steirische Land- und Forstwirtschaft und ihre Fachschulen sowie die bäuerlichen Berufsschulen um ca. 14,9 Millionen Schilling mehr als im Jahre 1965 vor. Die einzelnen Posten: 44,1 Millionen für die allgemeine Förderung, 6,1 Millionen für Tierzuchtförderung, 10,8 Millionen für Güter- und Almwege, 3,4 Millionen für Pflanzen-, Obst- und Weinbau, 3,4 Millionen für Besitzfestigung, 13,6 Millionen für landwirtschaftliche Fachschulen, 2,3 Millionen für Anstalten, 6,2 Millionen für bäuerliche Berufsschulen. Hohes Haus! Auch die Wirtschaftsförderung weist in der Gruppe 7 eine Voranschlagspost auf von ca. 9 Millionen, wobei die Hauptpost dieses Unterabschnitts der Fond für gewerbliche Darlehen in der Höhe von 8,1 Millionen darstellt. 37 Millionen Schilling, also um 4,9 Millionen mehr als im Vorjahr, sind für die Förderung des Fremdenverkehrs vorgesehen. Und damit, Hohes Haus, wird der erfolgreiche Weg, den das Land Steiermark in der Förderung dieses, in der modernen Industriegesellschaft so wichtigen Wirtschaftszweiges beschritten hat, fortgesetzt. Für die Unterabschnitte 78 und 79, Förderung der Industrie und Katastrophendienst, sind insgesamt 8,9 Millionen vorgesehen.

Hohes Haus! Der Finanz-Ausschuß hat sich mit diesem Kapitel eingehend befaßt und ich habe die Ehre, dem Hohen Haus, Ihnen, meine Damen und Herren, die Annahme dieser Gruppe zu empfehlen.

2. Präsident Afritsch: Als erstem Redner erteile ich dem Herrn Präsidenten Koller das Wort.

3. Präsident Abg. Koller: Hoher Landtag, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit Ende dieses Jahres, das leider auch für die Landwirtschaft ein Jahr der Katastrophen und Mißernten war, stehen wir nun wieder im steirischen Landtag vor der Verabschiedung des Voranschlages für das kommende Jahr. Ich werde mich als erster Sprecher der Land-

wirtschaft kurz halten, nur bitte ich, meine Damen und Herren, das in Relation zu setzen mit der Tatsache, daß wir uns seit ungefähr 2½ Tagen auch über andere Probleme der steirischen Wirtschaft und sonstige Maßnahmen unterhalten und diese besprochen haben.

Das Land gibt 1966 wiederum ansehnliche Beträge auch für die verschiedenen Förderungen der Landwirtschaft und aller einschlägigen Gebiete aus. Es ist angebracht, daß man sich bei dieser Gelegenheit — nämlich der Behandlung der Gruppe 7, im speziellen der Landwirtschaft — nicht nur mit nüchternen Ziffern, Zahlen und Beträgen befaßt, sondern daß man versucht, diese Materie auch hineinzustellen in das Geschehen in und um unsere Landwirtschaften und ihre Probleme.

Größere Aufgabengebiete der Landwirtschaftsförderung hat das Land der steirischen Landes-Landwirtschaftskammer übertragen. Diese bewältigt nicht nur diese Aufgaben, sondern hat sich selbst auch noch neue und zusätzliche Aufgaben gestellt. Sie ist damit unbestritten zum Motor der Aufwärtsentwicklung in der steirischen Landwirtschaft geworden.

Der Herr Abgeordnete Brandl hat vorgestern in der Generaldebatte zum Ausdruck gebracht, daß zwar in der steirischen gesetzlichen bäuerlichen Berufsvertretung unerfreuliche Zustände herrschen. Ich glaube, Herr Abgeordneter Brandl, Sie haben sicherlich die gewählten Interessenvertretungen gemeint — und da müssen wir die oberstgerichtliche Entscheidung abwarten — und nicht den Apparat, also die Bamten und die Fachleute dort, die sicherlich das Möglichste und das Beste tun. Da sind wir also einer Meinung. Aber darf ich daran vielleicht eine Frage knüpfen, ganz allgemein und sachlich: Ist es wirklich so schwer, wenn man als echter Demokrat eine Entscheidung zur Kenntnis nehmen soll, und ist es wirklich so unerfreulich, wenn man die dokumentierte Geschlossenheit der steirischen Bauern zur Kenntnis nehmen soll, oder ist es vielleicht in vergleichbarer Betrachtung hiezu erfreulicher, wenn etwa bei der Arbeiterkammer — und ich sage das bei Gott nicht in gehässiger Absicht, sondern um sachlich zu vergleichen — bei einem eindeutig parteipolitischen und sehr zweckbestimmten Wahlsystem nur 45 % der Wähler von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen? Nur diese Sätze dazu. Es gibt noch andere unerfreuliche Zustände, die wir als Bauern zur Kenntnis nehmen müssen, wie etwa das Verhalten von Spitzenpolitikern in Wien in der Frage der Behebung der Hochwasserschäden. Wir haben den Eindruck und die Überzeugung, daß das echt unerfreulich ist. Denn nicht nur die Landwirtschaft, sondern die gesamte österreichische Bevölkerung war der Meinung, daß eine rasche Einigung in dieser Frage, nämlich der Frage der Schadensbehebung für die Katastrophen dieses Jahres eine Selbstverständlichkeit gewesen wäre.

Dies Katastrophen haben uns bekanntlich Millioenschäden verursacht. Überschwemmungen und riesige Ernteaufälle, Erdbeben und Gebäudeschäden über alle Berufsgruppen hinweg, noch und noch. Rund 1,8 Milliarden Schilling beträgt — geschätzt — der Ernteaufall der Landwirtschaft in Österreich in diesem Jahr. Allein dadurch bedingt, müssen wir

innerhalb unserer Zahlungsbilanz und unserer Volkswirtschaft 930.000 Tonnen Futtermittel, das sind um 400.000 Tonnen mehr als in diesem Jahr aus dem Ausland zu beziehen, um eben diese Ernteaufälle wettzumachen.

Die ganze Bevölkerung — diese Feststellung, glaube ich, kann ich machen, weil ich vielfach auch selbst dabei und Augenzeuge war — der betroffenen Gebiete ist in dieser Zeit zusammengestanden, der Bauer neben dem Siedler, dem vielleicht meterhoch das Wasser in seiner Wohnung stand, neben dem freiwilligen Helfer der Feuerwehr und der Exekutive, des Bundesheeres usw. usw. Und da, glaube ich, ist es richtig, zu sagen und zu behaupten, daß es unerfreulich ist, wenn aus parteipolitischer Taktisiererei oder was weiß ich sonst noch, es zu keiner Lösung dieser Frage auf höchster Ebene gekommen ist, die rasche Hilfe gewährt hätte. Meine Damen und Herren, ich darf im Telegrammstil einige Feststellungen unterstreichen, die ich bereits in den Vorjahren im Zusammenhang mit den Fragen der Landwirtschaft in diesem Hohen Hause zum Ausdruck gebracht habe und die, bei sachlicher und objektiver Betrachtung nicht bestritten werden können. Ich darf vielleicht auch auf einige Probleme etwas näher eingehen.

Feststeht, daß der Landwirtschaft innerhalb der gesamten Volkswirtschaft ein entscheidender Platz zukommt, einerseits als jenem Beruf, der seit eh und je die Aufgabe hat, den Tisch des Volkes in weitestgehendem Maße aus eigenem Grund und Boden zu decken. Die österreichische Landwirtschaft macht das heute bekanntlich mit rund 84 % des Gesamtkalorienverbrauchs der österreichischen Bevölkerung. Andererseits aber als modern geführtem Teil unserer Volkswirtschaft, der ein wesentlicher Faktor im Kauf und Verbrauch industriell-gewerblicher Erzeugnisse ist und daher wesentlich im Gesamtwirtschaftskonzept an der Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung Anteil hat. Der Anteil der Landwirtschaft an den Gesamtinvestitionen innerhalb der österreichischen Wirtschaft liegt bei 15 %. Das ist mehr und übersteigt sogar den Anteil der Landwirtschaft am Brutto-Nationalprodukt. Dazu nur ein paar Vergleichszahlen: Ebenso fest steht aber auch, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß der bäuerliche Bevölkerungsteil durch die stetiige Abgabe von Arbeitskräften eine wesentliche Vorleistung für das Wirtschaftswachstum der übrigen Betriebe schafft. Die andauernde Abwanderung aus der Landwirtschaft — zwischen 1950 und 1960 waren es 300.000 Personen — und der zunehmende Sog aller anderen Berufe haben nicht nur den bäuerlichen Bevölkerungsanteil auf 16 % herabgedrückt, sondern es ist damit leider auch eine Überalterung und Überbeanspruchung der in der Landwirtschaft Tätigen eingetreten. Denken wir da — nur in einem Satz möchte ich das herausgreifen — an unsere Bäuerinnen und an die vielen alten Menschen, die sich bis in ihre letzten Lebenstage am Hof abmühen.

Es muß jedoch zugegeben werden, daß der Abwanderungsprozeß noch nicht so weit vorgeschritten ist, daß nicht — im großen gesehen — durch eben diesen Einsatz vom Kind bis zum Greis und durch eine erhöhte Technisierung und Rationalisie-

rung ein gewisser Ausgleich hätte gefunden werden können. Allerdings — und das darf nicht übersehen werden — bedeutet das aber eine Überbeanspruchung der Kräfte und den Zwang zur Technisierung, der wiederum einen ungeheuren Kapitelbedarf für die nötigen Investitionen erfordert. Die Beistellung der nötigen Kredite und Mittel in den verschiedenen Formen durch Maßnahmen der öffentlichen Hand ist, glaube ich, daher jederzeit zu rechtfertigen.

Damit Hand in Hand gehen müssen aber alle Anstrengungen zur Verbesserung der Agrarstruktur. Sie wissen alle, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß die Strukturverhältnisse in der Steiermark nicht die günstigsten sind. Die Konkurrenzfähigkeit in Zukunft wird nicht zuletzt davon abhängen, ob es uns gelingt, strukturell günstige Voraussetzungen zu schaffen. Hier möchte ich aber eindeutig einfügen, daß hiebei an keine Gewaltlösung oder sonst was gedacht ist, sondern daß sich das ganz von selbst organisch entwickeln muß.

Nicht zu leugnen ist, daß der Lohn der Arbeit der Bauern, nämlich die Verkaufserlöse ihrer Produkte, leider nicht einer echten Preisbildung unterworfen, sondern zu „politischen Preisen“ geworden sind und daß damit die Landwirtschaft indirekt Sozialleistungen erbringt, die eigentlich Aufgabe aller wären, die sie aber zum großen Teil auf ihre Schultern nehmen muß.

Zusammenfassend darf ich vielleicht noch einmal unterstreichen, daß sich die Landwirtschaft in einem gewaltigen Umstellungsprozeß befindet. Viele Dinge sind nicht zu leugnen. Dieser Umstellungsprozeß bedarf nicht nur gewaltigster Anstrengung, sondern wir brauchen auch im Gesamtinteresse, um diesen Umstellungsprozeß zu verkraften, das nötige Verständnis und die nötige Unterstützung.

Das Mißverständnis, meine sehr verehrten Damen und Herren, zwischen der wirtschaftlichen und sozialen Bewertung der Landwirtschaft und dem, was sie tatsächlich leistet, muß langsam abgebaut werden.

Denn es geht auf keinen Fall an, die Landwirtschaft über diese Disparität mit dem Hinweis auf den „ideellen Ausgleich“, den sie im gesunden Landleben habe, hinwegzutrusten.

Es würde auch in allen übrigen Berufen niemandem einfallen, den Verzicht auf einen Teil des Einkommens zu verlangen und den Ausgleich in jener Befriedigung zu suchen, die sicherlich jeder echte Beruf gibt. Ich glaube, ich habe das hier klar und deutlich genug ausgesprochen.

Es klingt fast wie ein Schlagwort, und trotzdem ist es ernst, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn man sagt, die Landwirtschaft braucht vor allem das Verständnis, auch in Zeiten des Überangebotes agrarischer Produkte, für die Besonderheit ihrer Situation, für die Besonderheit ihrer Aufgaben, die nicht zuletzt in ihrer einer gewissen Naturgesetzlichkeit unterworfenen Produkten bedingt ist.

Ihren Teil zu leisten war die Landwirtschaft jederzeit bereit und es gibt genügend Beweise, die dies unterstreichen. Sie ist fortschrittlich und bereit, die letzten Erkenntnisse der Forschung auf allen Gebieten zu nützen, weil wir wissen, daß wir heute

nichts versäumen wollen, was wir — wenn wir die Welt-Bevölkerungsbewegung beobachten — vielleicht morgen dringend brauchen. Sie verschließt sich nicht der Entwicklung der Technik, auch verantwortungsbewußt dann nicht, wenn diese sich sogar der Biologie bemächtigt, wie dies z. B. beim Tiefkühlverfahren für Samen im Rahmen der künstlichen Besamung geschieht. Hier wird der Samen von Vaternieren mittels flüssigen Stickstoffes auf minus 196 Grad abgekühlt und dauernd haltbar gemacht. Damit kann man wertvolle Vaterniere weiter vererben, auch wenn sie schon längst der Schlachtung zugeführt sind. Sie lächeln vielleicht darüber, meine Damen und Herren, aber es ist ein gewaltiger Schritt. (Landesrat B a m m e r: „Aber ein kühles System, eine sehr kühle Angelegenheit!“)

Sonst wäre es auch nicht möglich, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß aus einer soeben veröffentlichten Studie der Wiener Arbeiterkammer über die Lebensverhältnisse der Arbeiter in der Österreichischen Montan-Industrie — und das ist ja ein gewisser Querschnitt — in einem internationalen Vergleich der relativ niedrige Ernährungsaufwand der österreichischen Gruppe feststellbar wäre. Zur Erklärung wird in dieser Arbeiterkammerstudie angeführt, daß die Nahrungsmittel in Österreich eben billiger seien. Daß die Voraussetzungen hierfür weitestgehend in den freiwillig oder unfreiwillig übernommenen Verpflichtungen unserer Landwirtschaft liegen, kann wohl kaum jemand ernstlich bestreiten.

Daß dies sofort anders wäre, wenn die heimische agrarische Produktion wegfallen würde, zeigt uns augenblicklich sehr drastisch das Beispiel auf dem österreichischen Eiermarkt. 1964 wurden 242,5 Millionen Stück Eier nach Österreich importiert. Die Inlandsaufbringung lag bei 93.210 Tonnen, das ist ungefähr 1515 (= 1,5 Milliarden) Millionen Stück. Durchschnittlich verbraucht der Österreicher im Jahr 250 Stück Eier. Im Wirtschaftsjahr 1964/65 waren es zum Beispiel 251 Stück pro Person im Durchschnitt.

Sie wissen alle, meine Damen und Herren, daß wir zur Zeit auf diesem Sektor eine Preissituation für den Konsumenten haben, die allen Verantwortlichen zu ersten Überlegungen Anlaß gibt und bei der man der Landwirtschaft am allerwenigsten eine Schuld geben kann.

Wie ist es zu dieser Situation, d. h. zu diesen abnormal hohen Eierpreisen gekommen? (Landesrat B a m m e r: „Schleichhandel macht ihr zuviel!“)

Bekanntlich ist man vor einigen Jahren daran gegangen, in Österreich eine heimische Eier-Produktion aufzuziehen, die einen für Konsumenten und Produzenten tragbaren Preis erbracht hat. Da begann das Ausland zu Dumpingpreisen die Eier auf den österreichischen Markt zu werfen, dadurch wurden die Preise im Vorjahr so weit gedrückt, daß in der letzten Konsequenz viele heimische Produzenten Tausende von Legehennen der Schlachtung zuführten, weil die Eier-Produktion ein ausgesprochenes Verlustgeschäft wurde.

Die Arbeiterzeitung vom 1. März 1964 schrieb damals unter Fettdruck: „Wenn es nach den Leuten ginge, die das fröhliche Huhn von einst zum Eier-Automaten gemacht haben, könnte das ganze Jahr

Ostern sein. Wir schwimmen in Eiern oder könnten zumindest in Eiern schwimmen, wenn man nicht versuchte, den Preissturz mit mancherlei List zu unterbinden."

Es war bei Gott nicht „List“, meine sehr geehrten Damen und Herren, die vor allem die Verantwortlichen in der Landwirtschaft damals bewogen hat, diesen Preissturz zu verhindern und davor zu warnen, sondern es war weit mehr die Sorge ob der daraus sich ergebenden Entwicklung, und es war damals gar nicht einfach, etwa die Gleit Zollverordnung für Eier, die eine unterste Grenze für den Preisverfall eingezogen hat, den nichtagrari-schen Partnern in diesem Land in Wien abzurufen.

Wir wußten alle, daß nach der Zerschlagung der heimischen Produktion es nicht lange dauern wird, bis uns vom Ausland her die Rechnung in Form extrem hoher Preise präsentiert werden wird. (Landesrat B a m m e r : „So wie bei der Kohle!“) Heute ist es leider soweit, daß Importeier das Doppelte von dem kosten, was seinerzeit der Preis gewesen wäre, um die heimische Produktion zu erhalten. (Landesrat B a m m e r : „Genau das gleiche wie bei der Bergbauförderung!“)

Die „Neue Zeit“ vom 14. Dezember 1965 schreibt in einer Glosse: „Der Mangel an inländischen Eiern ist die Folge mangelnder Koordinierung.“ Und weiter: „Die Besitzer der Hühner ärgerten sich und schnitten den legefrendigen Tieren den Hals ab.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als langjähriges Mitglied des Eier- und Geflügelausschusses der drei Kammern in Wien weiß ich sehr genau, wo die Ursachen der mangelnden Koordinierung lagen. Ich weiß aber auch, daß, bevor laut „Neue Zeit“ „die Bauern den Hühnern den Hals abschnitten“ man von gewisser Seite durch zügellose Preis- und Importforderungen den inländischen Produzenten den Hals abgeschnitten hatte. (Beifall bei der OVP.) Da nützen keine gewundenen Erklärungen von da und dort und keine Glossen in der „Neuen Zeit“ (Landesrat B a m m e r : „Die leben alle noch!“ — Abg. P ö l z l : „Die Halsabschneider!“ — Es ist sehr billig, diesen bildlichen Vergleich wörtlich zu nehmen.“), sondern nur das ehrliche Eingeständnis, daß man es nicht verstanden oder kurzzeitig gehandelt hat und man es in Zukunft besser machen wolle.

All das, was damals vielleicht — und diese Feststellung darf ich treffen — in Form von billigen Preisen in die Taschen der Konsumenten floß, ist heute als ein Mehrfaches längst wieder durch die jetzige Situation aus diesen Taschen herausgeholt worden.

Das Eierbeispiel zeigt, meine sehr geehrten Damen und Herren, und deshalb habe ich es etwas ausführlicher umschrieben, daß es sehr kurzzeitig ist, durch extreme und wirtschaftlich nicht gerechtfertigte Importforderungen Preisstürze mit aller Gewalt zu erzielen, die wohl ein momentaner Vorteil für den Konsumenten sind, aber letztlich die Zerschlagung der heimischen Produktion zur Folge haben. Denn dies bezahlt dann nicht nur, wie in diesem Beispiel hier, die Landwirtschaft, sondern vor allem auch die Konsumenten, leider, muß ich sagen.

Und eines muß ich noch hinzufügen, meine Damen und Herren, vergessen wir nicht: Was heute bei den Eiern möglich ist — diese Erkenntnis haben wir bereits mit Lehrgeld bezahlt —, kann uns morgen in anderen agrarischen Produktionsparten ebenso passieren.

Sind wir daher glücklich und dankbar, wenn es vor allem der steirischen Landwirtschaft gelungen ist, ihre Produktion so auszubauen, daß sie in der Lage ist, z. B. im heurigen Jahr neben dem eigenen Bedarf noch insgesamt über 14.000 Stück Rinder und über 600 Tonnen Fleisch im Gesamtwerte von etwa 170 Millionen Schilling zu exportieren, sind wir glücklich, daß es auf dem Molkereiproduktsektor vor allem den steirischen Molkereien gelungen ist, Waren in erstklassigster Qualität und Auswahl auf den Markt zu bringen.

Das Trockenmilchwerk in Hartberg verarbeitet täglich 220.000 Liter Milch und bringt davon 80% in den Export nach England. Auf dem Schweine-sektor ist die Situation etwas anders. Hier geht der Zyklus der extrem niedrigen Preise, die zeitweise sogar unter den Preisen vor 10 Jahren lagen, nun etwas in die Höhe. Daß bei der September-Viehzählung in der Steiermark die Anzahl der Mutter-sauen um 31% zurückgegangen ist, das läßt im nächsten Jahr leider eine Verknappung auf dem Schweinefleischsektor erwarten. (Abg. H e i d i n g e r : „Aber die Konsumenten haben nichts gemerkt davon!“)

Die Ursachen hierfür sind im heurigen durch das Unwetter bedingten gewaltigen Ernteausschlag und in den Produzentenpreisen des ersten Halbjahres 1965, die unter jene des Jahres 1952 abgesunken sind und in der sehr arbeitsintensiven Schweinehaltung zu suchen. Wer ist heute noch bereit, in Österreich, etwas zu tun zu den Voraussetzungen des Jahres 1952? Es zeigt sich auch hier wieder wie überall, daß immer dann, wenn die Produktion wesentlich unter den Gestehungskosten getätigt werden muß, diese Produktion dann absinkt, um erst dann wieder anzusteigen und mit viel Mühe und Opfern zum Ansteigen gebracht werden muß, wenn die Nachfrage ausgeglichen ist und die Preise sich erholt haben.

Man ersieht daraus aber auch, daß es sowohl für den Produzenten als auch für den Konsumenten ein Vorteil ist, wenn eine kontinuierliche Preisentwicklung angestrebt wird, um diesen Zyklus möglichst zu dämpfen. Denn volkswirtschaftlich gesehen, das kann niemand bestreiten, ist sowohl das Tief als auch das Hoch immer mit Unkosten verbunden.

Die Forderung der Landwirtschaft nach Marktordnung und dergleichen Dingen möge daher von diesem Gesichtspunkt gesehen werden.

Wir sind auch glücklich, daß die Geflügelproduktion aus der Steiermark auf dem österreichischen Markt mit schätzungsweise 20 bis 25% vertreten ist, und wertvollste Impulse und Anregungen für neue Entwicklungen gerade von hier ausgegangen sind.

Die Umstellung der österreichischen Konsumenten von der importierten Gefrierware auf die heimische und qualitativ bessere Frischware hat vor

ungefähr 6 Jahren eingesetzt und bei dieser Gelegenheit darf ich vielleicht in einem Satz darauf verweisen, daß es letzten Endes in weitestgehendem Maße damit gelungen ist, dem Konsumenten eine Ausweichmöglichkeit zu geben für das überall — nicht nur in Österreich — teure und knappe Kalbfleisch.

Der Feldgemüsebau und die Sonderkulturen bringen nicht nur den daran interessierten steirischen Landwirten ein zusätzliches Einkommen, sondern sie tragen weitestgehend zur Vielfältigkeit des Marktangebotes bei.

In einer neuen und begrüßenswerten Entwicklungsphase befindet sich der steirische Obstbau. Er versucht anerkennenswerterweise alles das, was einst den Ruf des steirischen Apfels weit über unsere Grenzen hinaus begründet hat, sowohl in Menge als auch in Qualität, wieder aufzuholen.

Der Forstwirtschaft kommt selbstverständlich in unserer walddreichen Steiermark eine besondere Bedeutung zu und sie ist innerhalb unserer Wirtschaftsbilanz ein Aktivposten.

Es wäre aber zu wenig, meine sehr verehrten Damen und Herren, wollte man nur die Situation der Landwirtschaft aufzeigen, ihre Leistungen unterstreichen, ohne dabei auch auf einige Probleme für die Zukunft etwas näher einzugehen.

Wie in allen übrigen Berufen, so auch in der Land- und Forstwirtschaft, verlagert sich die Arbeit immer mehr und mehr von der Hand in den Kopf. Nicht mehr die Muskelkraft allein, sondern in gleichem Maße ist Fachwissen Voraussetzung. Die Bildung, das Fachwissen, das kaufmännische Denken und die Überlegung organisatorischer und rationaler Methoden, die Anpassungsfähigkeit an die Konsumentenwünsche, werden in Zukunft mehr denn je im Vordergrund stehen. Hier alle Möglichkeiten der schulischen und außerschulischen Bildung zu fördern und auszubauen, sind Investitionen für die Zukunft. Der Bauer von morgen wird im großräumigen Konkurrenzkampf mehr denn je auch im Interesse der ganzen Volkswirtschaft seinen Mann zu stellen haben, um das vollführen zu können, was seit eh und je sein Auftrag war: Den Boden zu bebauen und daraus das tägliche Brot zu erarbeiten.

Für die Erhaltung der bäuerlichen Familienbetriebe mit einer gesunden Betriebsstruktur sind auch in Zukunft alle verfügbaren Möglichkeiten zu mobilisieren.

Denn weder die Agrarfabriken des Westens noch die des Ostens geben die Gewähr für die Erhaltung so vieler lebenswichtiger Substanzen, denn ihnen ist eines gemeinsam, meine sehr verehrten Damen und Herren: Sie sind nur „Lebensunterhalt“, während der bäuerliche Familienbetrieb „Lebensunterhalt“ und „Lebensinhalt“ ist.

Bestrebungen in Österreich, in verschiedenen Produktionsparten solche Agrarfabriken zu errichten, sind daher Gefahr und Existenzfrage für viele bäuerliche Familienbetriebe. Ich beziehe mich hier konkret auf ein Projekt bei Wiener Neustadt. Die, die mit diesen Dingen zu tun haben, wissen, was ich meine. Denken wir dabei daran, daß z. B. in Jugoslawien bei diesem System innerhalb kürzester Zeit die Lebensmittelpreise wesentlich gestiegen

sind und daß die bekannten Kornkammern des Ostens nicht einmal in der Lage sind, den eigenen Bedarf zu decken und daß sogar in diesen Tagen die Sowjetunion darangehen muß, in einem neuen Fünfjahresplan mehr Mittel in die Landwirtschaft zu pumpen, als man dies in den letzten 17 Jahren getan hat. Und trotzdem werden die Schwierigkeiten dort und sonstwo nicht aus der Welt zu schaffen sein, weil der Beruf dort nur Lebensunterhalt ist und nicht inneres Bedürfnis, weil man die innere Einstellung des bäuerlichen Menschen einfach nicht erzwingen kann.

Die Probleme des Marktes, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind heute für den Bauern ebenso wichtig wie die Fragen der Produktion. Um die Jahrhundertwende in der Betriebsform der Selbstversorgung verbrauchte der Bauer ungefähr 75% seiner Erzeugnisse selbst, heute sind es nur mehr 12%.

Der Bauer ist daher in erster Linie Produzent für den Markt geworden und „die Sorge um diesen Markt ist daher die agrarische Aufgabe Nr. 1“, erklärte vor kurzem unser Landwirtschaftsminister Dipl.-Ing. Schleinzer.

Daher: Der heimischen Produktion die Märkte zu erhalten, durch Anbot guter Qualität, Entgegenkommen und Eingehen auf die individuellen Käuferwünsche, Anpassung in Menge und Güte an einen gegebenen Rhythmus sowie der Werbung und Aufklärung sind daher besonderes Augenmerk zu schenken. Und wir dürfen gerade in diesen Fragen im Interesse aller bei Gott nicht kleinlich sein.

Es hieße die Tatsachen völlig verkennen, würde man glauben, daß die Erhaltung einer gesunden und lebensfähigen Landwirtschaft nur im Interesse dieser selbst liegt. Es gibt so vieles an ihr, an dessen Erhaltung alle in diesem Lande geradezu ein Lebensinteresse haben müssen.

Angefangen von der Sicherheit, die die heimische Lebensmittelproduktion uns jederzeit bietet, über die vielfachen wirtschaftlichen Wechselbeziehungen der Landwirtschaft zur gesamten Volkswirtschaft bis zu der Tatsache, daß nur die bäuerliche Landwirtschaft den Boden, unseren Lebensraum, fruchtbar erhält und das natürliche Gleichgewicht der Landschaft bewahrt. Nur die bäuerliche Landwirtschaft in ihrer Vielseitigkeit gestaltet die Naturwelt zur Kulturlandschaft, deren der moderne Mensch des 20. Jahrhunderts immer mehr als Erholungsraum bedarf.

Fragen wir daher nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren, ob dieses oder jenes notwendig ist, sondern denken wir daran, daß es die Grundlage allen Lebens ist.

Der amerikanische Gelehrte Howard hat in diesem Zusammenhang vor dem amerikanischen Kongreß ein mahndendes Wort gesprochen. Er sagte: „Man vermisst das Wasser erst, wenn der Brunnen versiegt ist.“ Wir sind gut beraten, wenn wir gemeinsam alles tun, daß dieser unser Lebensbrunnen — die Landwirtschaft — nie versiegt. (Allgemeiner lebhafter Beifall.)

Präsident: Herr Abg. Schrammel hat das Wort.

Abg. **Schrammel**: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich möchte jetzt von der Landwirtschaft, von diesem sehr wichtigen Aufgabenbereich, abschweifen und einige Gedanken zum Feuerwehrewesen bringen.

Das abgelaufene Jahr hat speziell das steirische Land mit Katastrophen ärgsten Ausmaßes nicht verschont und so den gefährvollen Einsatz vieler tausender Helfer aus den freiwilligen Feuerwehren und überhaupt aus den Feuerwehren, verlangt.

Für die steirische Bevölkerung war und ist das Bewußtsein, im Ernstfall den Naturgewalten nicht hilflos ausgeliefert zu sein, eine wohlthuende und große Beruhigung.

Für die Feuerwehrmänner bedeutet aber diese Tatsache die schönste Anerkennung für ihre selbstlose Arbeit. Gerade im heurigen Jahr 1965 haben die Feuerwehren ihre Daseinsberechtigung immer unter Beweis gestellt. Bei schwierigen Bergungen und insbesondere im Hochwassereinsatz haben sich immer wieder Männer gefunden, die bereit waren, sich neben ihrer beruflichen Tätigkeit für diese Hilfeleistung einzusetzen und dort und immer zu helfen, wo eben Hilfe notwendig war. Unsere steirische Wirtschaft hat in den letzten Jahren einen bedeutenden Aufstieg genommen. Neue Arbeitsstätten, Betriebe wurden geschaffen. Überall im Land sind Fortschritte sichtbar. Im gleichen Ausmaße steigen aber auch die Gefahren der Brände. Die Unfallsziffern steigen. Es kommt leider durch den Fremdenverkehr immer häufiger vor, daß unsere Wehrmänner mit Kranwagen, Schweißaggregaten bei Bergungsarbeiten nach schweren Verkehrsunfällen Hilfe leisten sollen. Es ist längst nicht mehr die Aufgabe der Wehren, nur allein Brände zu bekämpfen. Das Katastrophenjahr 1965 hat uns allen gezeigt, daß es um unsere Heimat trotz Bundesheer und finanzieller Hochwasserhilfe schlecht bestellt wäre, hätten wir nicht die Feuerwehr. Die Inanspruchnahme der steirischen Feuerwehr hat in diesem Jahre eine ganz bedeutende Erhöhung bzw. Vermehrung gegenüber dem Vorjahr erfahren. Hat schon die Zahl der Brände zugenommen, so waren insbesondere die Anforderungen im Hochwassereinsatz ganz gewaltige. Die ungünstige Witterung im Frühjahr und Sommer 1965 brachte in vielen Teilen der Steiermark Überschwemmungen und Vermurungen in ganz großem und bedeutendem Ausmaß. So waren unsere freiwilligen Helfer beinahe in allen Gebieten der Steiermark verlangt worden. Es standen nahezu 17.000 Wehrmänner freiwillig im Hochwassereinsatz. In 140.226 geleisteten Arbeitsstunden wurden so etwa 20 Millionen Schilling an Volksvermögen gerettet, und das allein nur im Hochwassereinsatz, während bei der Brandbekämpfung 1 Milliarde Schilling vor den Flammen gerettet wurden. Unsere Feuerwehren waren dabei wohl das Rückgrat der Hilfeleistungen, die so dem Nächsten und seinem bedrohten Gut gewährt werden konnten. Ein echter Sicherheitsfaktor für die Bevölkerung sind somit unsere Feuerwehren in der Steiermark geworden.

Wenn ich mich nun als ein kleiner Feuerwehrmann zum Sprecher aller Wehren der Steiermark machen darf, so soll erwähnt werden, daß durch den wirtschaftlichen Aufstieg und durch den erhöhten

Wohlstand die Gefahren ständig größer wurden. Es wird daher notwendig sein, daß der Gerätestand den Anforderungen angepaßt wird. Gerade die Freiwillige Feuerwehr bemüht sich immer wieder, Wege zur Eigenfinanzierung solcher sehr dringend notwendiger Investitionen zu finden, doch reichen diese Mittel bei weitem nicht aus, um dann im Ernstfall schlagkräftig einsatzbereit zu sein. Eine finanzielle Hilfe seitens der Steiermärkischen Landesregierung ist daher lebensnotwendig für unsere Feuerwehren. So ist sicher auch die Errichtung einer neuen Feuerweherschule speziell für die Ausbildung von jungen Feuerwehrmännern notwendig, und diese Ausbildung verlangt Bergungsarbeit, Hilfeleistung bei Verkehrsunfällen, Elementarereignissen, Ölbränden u. dgl. Diese Einrichtung ist sicher kein Luxus. Wenn der Steiermärkische Landtag und die Steiermärkische Landesregierung den Beschluß gefaßt haben, durch eine besondere Hochwassermedaille Hilfeleistungen im Rahmen des Katastrophenjahres zu würdigen, so hat man dies in Kreisen der freiwilligen Helfer der Feuerwehren besonders ehrend aufgenommen. In guter Zusammenarbeit mit dem Bundesheer, mit der Gendarmerie, mit dem Roten Kreuz, mit dem Bergrettungsdienst haben unsere Kameraden in der Feuerwehr uneigennützig Millionenbeträge gerade in diesem bald verflissenen Jahr 1965 durch den rechtzeitigen Einsatz gerettet. Ob im Hochwassereinsatz, bei den schrecklichen Dammbürchen in den Bergbauen in Köflach, bei ungezählten Brandbekämpfungen und bei der Hilfeleistung bei Verkehrsunfällen, überall haben diese Männer oft mehr als ihre Pflicht getan, getreu ihrem Gelöbnis, dem Nächsten zu helfen. Bei aller Schwere der einzelnen Hilfeleistungen war es immer erhebend, wie der feuerwehrliche Gedanke, der uns sicher alle beseelt, uneigennützig in allen Fällen von Unglück Hilfe zu leisten, verwirklicht worden ist. (Allgemeiner Beifall.)

2. Präsident: Herr Abgeordneter **Buchberger** hat das Wort.

Abg. **Buchberger**: Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es wird in der gegenwärtigen Zeit sehr oft der Satz geprägt, daß wir in einer Epoche der größten Umwälzungen leben, und wir können auch tatsächlich die Feststellung machen, daß diese Umwälzung in der gegenwärtigen Zeit alle Berufsschichten und alle Berufsstände betrifft, so auch vor allem die Landwirtschaft. Wir können, wenn wir einen Rückblick auf die Vergangenheit machen, die Feststellung treffen, daß sich diese Umwälzung in der Landwirtschaft enorm ausgewirkt hat. Wir wissen, daß z. B. die landwirtschaftliche Nutzfläche jährlich um ca. 5000 ha weniger wird, daß sich auch die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe verringert und daß vor allem die bäuerliche Bevölkerung ständig im Rückgang begriffen ist. Ich darf hier in dem Zusammenhang einige Zahlen nennen:

Im Jahre 1950 waren bei der Land- und Forstwirtschaftlichen Sozialversicherungsanstalt noch 49.042 Versicherte, wogegen es im Jahre 1964 nur mehr 23.329 waren. Es sind somit in diesen 14 Jahren um 25.711 Landarbeiter weniger geworden. Und

wenn ich das hier gesagt habe, so bin ich der Meinung, daß dieser Rückgang an landwirtschaftlichen Arbeitskräften durchaus nicht zum Stillstand gekommen ist, sondern ich bin der festen Überzeugung, daß sich der bäuerliche Bevölkerungsanteil von ca. 15 oder 16% in der Gegenwart noch auf 10 oder 12% in den kommenden Jahren verringern wird. Ich bin auch der Meinung, daß wir diese Dinge nicht durch Jammern oder dergleichen beseitigen können, sondern wir müssen uns, wenn wir diese Dinge betrachten, nach der Decke strecken. Und in dem Zusammenhang gibt es für uns vor allem eine Möglichkeit, daß wir von der Mechanisierung Gebrauch machen.

Wenn ich aber nun von der Mechanisierung spreche, so muß man natürlich einige Dinge vorausschicken, z. B. daß nur dann eine entsprechende Mechanisierung in der Landwirtschaft möglich ist, wenn die entsprechenden Voraussetzungen dafür geschaffen sind. Und hier ist vor allem die Grundzusammenlegung, die Entwässerung und — was das Entscheidendste überhaupt ist — nämlich eine entsprechende Arbeitsteilung die Voraussetzung. Und wenn ich nun vielleicht zur Arbeitsteilung oder zur Mechanisierung komme, so möchte ich hier vor allem eines sagen. Es wurde festgestellt, daß das Gebiet der Ost-, Süd- und Weststeiermark zu den klimatisch günstigsten Gebieten von ganz Europa überhaupt zählt. Ja, wir können die Feststellung machen, daß in diesem Gebiet sämtliche Pflanzen, die in der Landwirtschaft gängig sind, wachsen und gedeihen. Und diese günstige klimatische Vorbedingung hat sich — leider Lottes, muß ich sagen — auch sehr häufig noch bis dato nicht zum Vorteil, sondern sehr häufig zum Nachteil für die bäuerliche Bevölkerung dieser Gegend ausgewirkt, vor allem deshalb, weil die Vielzahl der bäuerlichen Betriebsführer der Meinung war, weil sowieso alles wächst, fühle ich mich auch verpflichtet, alles anzubauen. Und wenn er dann am Ende des Jahres Bilanz gezogen hat, mußte er sehr oft, ja fast immer die Feststellung machen, daß es für das, was er zum Essen für sich und seine Familie für das ganze Jahr gebraucht hat, gerade gereicht hat, aber zum Verkauf ist nichts übrig geblieben. Daher bin ich der Meinung und auch die Agrarpolitik in Österreich und gerade in der Steiermark vertritt den Standpunkt, daß wir auf Grund intensiver Beratungen die bäuerliche Bevölkerung und die bäuerlichen Betriebsführer, vor allem die der klein- und mittelbäuerlichen Betriebe soweit bringen müssen, daß sie sich der entsprechenden Spezialisierung zuwenden.

Wenn ich aber nun der Spezialisierung das Wort rede und die bäuerlichen Betriebsführer zur Spezialisierung anrege, so muß ich mir vorerst darüber Gedanken machen, welche Sparten ich den bäuerlichen Betriebsführern anraten kann. Ich muß vor allem einmal die Feststellung treffen, welche Produkte in Österreich noch absetzbar sind und — gesetzt den Fall, daß es zu einem Zusammenschluß innerhalb der EWG kommt — welche Produkte kann ich auch dann noch bei einer scharfen Konkurrenz aus dem Ausland zu einem entsprechenden Preis absetzen? Wir Österreicher müssen vor allem dahingehend unsere Spezialisierung ausrichten, daß wir die noch offenen Importlücken stopfen. Und

hier können wir einige wichtige Feststellungen treffen: Wir mußten z. B. im Jahre 1964 noch um 300 Millionen Schilling Tabak aus dem Ausland importieren, wir mußten weiter im Jahre 1964 noch um 280 Millionen Schilling Gemüse aus dem Ausland importieren, wir mußten um 620 Millionen Schilling Mais und um 300 Millionen Schilling Obst aus dem Ausland importieren. Die Landwirtschaftskammern und agrarischen Vertretungen in der Steiermark und in Österreich haben diese Tatsachen zur Kenntnis genommen. Und es ist in der Steiermark im Jahre 1962 zur Gründung der Feldgemüsebauern-Organisation gekommen, die gegenwärtig einen Mitgliederstand von 4777 Mitgliedern aufweist. Es wird innerhalb dieser Organisation, die sich durchaus aus klein- und mittelbäuerlichen Betrieben zusammensetzt, sehr intensiv die Frage des Feldgemüsebaues betrieben. Im Jahre 1965 wurden in der Steiermark 470 ha verschiedener solcher Spezialsparten, die den Feldgemüsebau betreffen, angebaut. Ich darf hier wiederum einige Zahlen nennen: Es wurden 250 ha Einlegegurken gebaut, 35 ha Bohnen, 90 ha Samenbohnen, 60 ha Mais, und zwar Speisemais, 20 ha verschiedene Gemüsearten sowie verschiedene Probeversuche unternommen. Insgesamt waren es, wie gesagt, 470 ha.

Man sieht, daß wir hier einen enormen Fortschritt erzielt haben und dieser Anbau von Feldgemüse gibt vor allem den kleinbäuerlichen Betrieben sichere Einnahmen. Es wird in diesem Zusammenhang aber auch notwendig sein, um die verschiedenen, noch offenen Möglichkeiten zu erproben, daß sich die Steiermärkische Landesregierung und der zuständige Referent so großzügig erweisen, daß dieser Organisation auch eine entsprechende Versuchsanstalt zur Verfügung gestellt wird, um die verschiedenen Möglichkeiten zu prüfen, die sich noch ergeben könnten, um noch zusätzlich für diese kleinbäuerlichen Betriebe, die sehr häufig im Grenzgebiet liegen, Einnahmequellen zu schaffen.

Ich habe schon früher erwähnt, daß wir noch sehr große Mengen Tabak aus dem Ausland einführen müssen. Die österreichische Tabakindustrie verarbeitet derzeit nur etwa 7% heimische Tabake. Sie ist gegenwärtig also noch gezwungen, 93% aus dem Ausland zu importieren. Es konnte aber festgestellt werden, daß es im Jahr 1965 in der Steiermark bereits 549 Tabakpflanzler gegeben hat, und zwar mit einem Gesamtflächenausmaß von 109 ha. Es besteht aber auf Grund einer Vereinbarung mit der österreichischen Tabakindustrie noch die Möglichkeit, diese Fläche von 109 ha auf 400 ha zu erhöhen. Wir haben hier also noch eine Möglichkeit, uns ausbreiten zu können.

Eine sehr intensive und interessante Sparte ist der Obstbau. Gegenwärtig, aber vor allem noch vor einigen Jahren mußten wir feststellen, daß wir auf dem Sektor des Obstbaues, obwohl einst führend in Europa, sehr tief abgesunken sind. Aber wir können bereits heute feststellen, daß auf diesem Gebiet schon Gewaltiges aufgeholt werden konnte. So wurden in den letzten Jahren in der Steiermark insgesamt 1000 ha Intensivobst-Anlagen eingerichtet und es besteht auch für die Zukunft noch auf Grund genauer statistischer Erhebungen, auf die ich hier nicht näher eingehen will, weil es die Zeit

nicht erlaubt, die Möglichkeit, den Obstbau in der Steiermark noch auszuweiten. Ja die Situation ist gegenwärtig so, wenn wir den Bedarf an Obst decken wollen, müßten wir noch mindestens 2000 ha Neuanpflanzungen durchführen. Es wird also auch auf dem Sektor des Obstbaues notwendig sein, eine entsprechende Versuchsanstalt einzurichten. Es sind auch diesbezüglich schon Vorbereitungen im Gange, und zwar in der Landwirtschaftsschule Haidegg, ob es gelingen wird, eine entsprechende Versuchsanstalt einzurichten, um die verschiedenen Neuerungen auf diesem Gebiete entsprechend ausprobieren zu können.

Im großen und ganzen möchte ich zusammenfassend folgendes gesagt haben: Nämlich, daß sich die steirische Landwirtschaftskammer und vor allem die agrarische Berufsvertretung intensiv bemüht, nicht etwa nur, wie so oft gesagt wird, den Großbauern zu vertreten, sondern ich möchte auf Grund meiner Ausführungen beweisen, daß sie vor allem auch bestrebt ist, den kleinbäuerlichen Betrieben entsprechende Einnahmequellen für die Zukunft zu sichern, um so die Existenz dieser klein- und mittelbäuerlichen Betriebe in Zukunft zu gewährleisten. (Beifall.)

Präsident: Herr Abg. Leitner hat das Wort.

Abg. Leitner: Meine Damen und Herren! Offiziell wird immer beteuert, daß die derzeitige Agrarpolitik den Interessen der kleineren Bauernwirtschaften dient. Es ist richtig, daß bedeutsame Mittel in die Landwirtschaft zur sogenannten Strukturverbesserung gesteckt werden. Trotzdem kann die bäuerliche Bevölkerung nicht mit Zuversicht in die Zukunft blicken. Die Zahl der kleineren bäuerlichen Betriebe — das hat mein Vorredner schon gesagt — ist ständig im Absinken und die Zahl der Nebenberuf-Betriebe wächst immer weiter an. Ebenso wächst aber auch an der Bodenbesitz der Großbauern und Großagrarien.

Diese Tatsachen zeigen, daß die derzeitige Agrarpolitik auf Kosten des bäuerlichen Familienbetriebes geht und zur Stärkung der Großbetriebe führt.

Im Jahrzehnt von 1950 bis 1960 sind in Steiermark fast 100.000 Menschen aus der Landwirtschaft abgewandert. Das führt zu großen Arbeitsüberlastungen, vor allem bei den kleineren bäuerlichen Betrieben, wo es bekanntlich nicht sehr viele Maschinen gibt.

Damit die kleineren Bauern wirtschaftlich bestehen können, müssen sie die Rentabilität ihrer Betriebe durch geeignete Rationalisierungsmaßnahmen heben.

Bis zu einem gewissen Grad kann das ein kleiner Bauer tun. Richtige Düngung, Verwendung von erstklassigem Saatgut steigern die Hektarerträge. Zweckentsprechende Haltung und Fütterung der Tiere erhöhen die Qualität und dadurch auch die Einnahmen. Die Rentabilität einer solchen Wirtschaft hängt aber auch ab vom Einsatz der Technik. Die richtige Anwendung und Ausnützung der Maschinen kann wesentlich zur Senkung der Produktionskosten beitragen. Während der Ausnützungsgrad der Maschinen in den kleinen bäuerlichen Betrieben niedrig ist, sind die Anschaffungs-, Betriebs-

und Erhaltungskosten sehr hoch. Für den einzelnen bäuerlichen Familienbetrieb ist daher meistens der Kauf von modernen Maschinen unrentabel und auch aus Kapitalmangel oft unmöglich. Das geht deutlich aus einer Aussendung des statistischen Zentralamtes vom Jahre 1961 hervor, wonach fast ein Drittel der Wirtschaften, in Steiermark über 20.600 von 75.000, weder ein Zugtier noch eine Zugmaschine haben und beinahe die Hälfte der Betriebe, nämlich 37.000, ausschließlich mit tierischer Zugkraft arbeiten müssen. Nur 6800 Betriebe sind nach dieser Statistik — vielleicht gibt es schon eine neuere — voll motorisiert, das sind meistens Gutsbetriebe und Wirtschaften von Großbauern. Die technische Entwicklung, das wissen wir alle, geht aber immer weiter. Es kommen größere und teurere, auch bessere Maschinen auf den Markt. Der einzelne kleine Bauer ist immer weniger imstande, mit dieser technischen Entwicklung Schritt zu halten. Die kleineren Wirtschaften verlieren dabei noch mehr an Rentabilität und Konkurrenzfähigkeit, und das Ende ist eben die Verpachtung oder sogar der Verkauf des Hofes.

Der Landwirtschaftsminister Dr. Schleinzer nannte dieses moderne Bauernlegen anlässlich einer Fahrt durch die grüne Steiermark „Gesundwachsen“. Die ÖVP hat nur eine Sorge, daß dieses Gesundwachsen nicht schlagartig vor sich geht. Es gilt ja doch immer wieder bei Wahlen die Stimmen dieser kleinen und mittleren Bauern für sich zu gewinnen. Wir Kommunisten sind für eine andere Verwendung der zur Verfügung stehenden großen Budgetmittel. Die beachtliche Summe, die der Bund und das Land Steiermark der Landwirtschaft geben, müßte für eine planmäßige Förderung der bedürftigen Bauern verwendet werden. Eine besondere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang jenen Maßnahmen zu, die der Mechanisierung der kleinen bäuerlichen Familienbetriebe dienen. Da eine ausreichende und rationelle Mechanisierung der einzelnen kleinen bäuerlichen Wirtschaften nicht möglich ist, müssen Bund und Land die überbetriebliche Nutzung der großen Maschinen in jeder Hinsicht fördern, damit die modernen Bauern auch den kleinen Bauern zu rentablen Bedingungen die neuen, modernen Maschinen zur Verfügung stellen. Das wäre vor allem durch die Beistellung entsprechender Mittel und auch durch die Errichtung von gemeinnützigen Maschinenhöfen, durch die Förderung von Maschinengenossenschaften und ähnlichen Einrichtungen, wie sie heißen, ist ja nicht entscheidend, das wäre ein Weg, der den kleineren Bauern die Anpassung ihrer Betriebe an die technischen und wirtschaftlichen Erfordernisse der heutigen Zeit ermöglichen würde. Gerade für den Ausbau des überbetrieblichen Maschineneinsatzes wie überhaupt für den Ausbau des Genossenschaftswesens müßten entsprechende Beträge aus den Mitteln des Grünen Planes und Förderungsmittel des Landes Steiermark abgezweigt werden. Das würde die Erfassung, die Verwertung und die Vermarktung sowie die Produktion der landwirtschaftlichen Erzeugnisse der bäuerlichen Familienbetriebe sicher entfalten.

Meine Damen und Herren! Im Zusammenhang mit dieser Gruppe möchte ich noch zu einem ande-

ren Problem sprechen. Mir kommt das sehr wichtig vor. Durch die Reden bei den letzten Barbarafeiern im weststeirischen Kohlenrevier zog sich wie ein roter Faden die Köflacher Schlammkatastrophe, die die weststeirischen Bergarbeiter noch lange nicht vergessen werden. Bekanntlich haben sich in der Nacht vom 15. auf den 16. August dieses Jahres hunderttausende Kubikmeter Schlamm durch den Revierstollen nach Köflach gewälzt und beschädigten 180 Häuser und richteten beträchtliche Schäden auf Äckern und Wiesen an. Die Schlammflut ersäufte auch den Tagbau und die Grube Karlschacht. Der Schaden beträgt viele Millionen Schilling, und es ist nur als außerordentliches Glück zu bezeichnen, daß diese Katastrophe in Köflach keine Menschenopfer, wie das zum Beispiel in Lengede der Fall war, gefordert hat. Opfer allerdings dieser Katastrophe sind auch 170 Arbeiter des Bergbaues Piberstein, die auf Grund der teilweisen Stilllegung dieser Grube ihren Arbeitsplatz verloren haben. Anfangs Oktober — so wurde seinerzeit gemeldet — wird das Untersuchungsergebnis über die Ursache dieser Schlammkatastrophe in Köflach vorliegen. Eine Regierungskommission — so hieß es —, der auch Vertreter der Grazer Berghauptmannschaft angehören, sollte bis dahin herausfinden, warum der Damm des Schlamnteiches 3 im aufgelassenen Barbaratagbau bei Köflach geborsten ist. Dann erst — so konnte man in den Zeitungen lesen — würde die Staatsanwaltschaft entscheiden, ob sie einschreiten werde. Wir haben jetzt Mitte Dezember, nicht anfangs Oktober, und noch immer ist der Öffentlichkeit kein Bericht darüber zugegangen. Das ist meiner Meinung nach, gelinde gesagt, sehr, sehr sonderbar. Ein sonderbares Verhalten zur Schuldfrage war schon von allem Beginn an festzustellen. In der Presse konnte man lesen, daß die Schuldfrage noch offen sei, aber die Alpine zeige sich mehr als zugeknöpft. Der zuständige Berghauptmann Dipl.-Ing. Dr. Habelsberger habe auf die Frage, hieß es in einer Zeitung, wer seinerzeit die Sachverständigen waren, die den Dammbau technisch begutachtet haben, geäußert: „Es ist besser, wenn ich Ihnen den Sachverständigen nicht nenne.“ Wieso und warum kommt Dr. Habelsberger zu einer solchen Stellungnahme? Wenn ein Sachverständiger ein Gutachten zeichnet und siegelt, so hat jeder damit Befasste das selbstverständliche Recht, zu erfahren, von wem dieses Gutachten stammt. Hier gibt es keine Amtsgeheimnisse. Der leitende 1. Staatsanwalt Dr. Cresnik erklärte, daß die Grazer Staatsanwaltschaft keinen Anlaß habe, etwas zu unternehmen, zumal es im Verlaufe der Katastrophe weder einen tödlichen Unfall noch eine schwere, ja nicht einmal eine leichte Verletzung gegeben habe. Sind Millionenschäden an öffentlichem und privatem Gut nicht durch die Staatsanwaltschaft zu verfolgen? Ist es völlig gleichgültig, ob z. B. die zuständige Berghauptmannschaft alle notwendigen Vorsichtsmaßnahmen, Vorschreibungen bei der Errichtung und bei den ständigen Kontrollen des Dammes, wie sie notwendig sind, gemacht hat? In der Lengede-Affäre, die allerdings Todesopfer gefordert hat, schaltete sich die zuständige Staatsanwaltschaft sofort ein und zog in den Untersuchungskreis nicht nur die Ilseder-Hütte ein,

sondern auch die zuständige Berghauptmannschaft. Warum ist dies notwendig? Die zuständige Berghauptmannschaft ist gleich wie bei uns in Österreich für Bauwerke im Bergbau als Baubehörde tätig.

Die Berghauptmannschaft genehmigt Projekte und kollaudiert diese auch nach der Fertigstellung. Wieso und warum diese Behörde Projekte genehmigt und nach erfolgter Kollaudierung womöglich noch Sicherheitsauflagen erteilt, ist ausschließlich Angelegenheit der Berghauptmannschaft bis zu dem Moment, wo es eben schief gegangen ist.

Gleiches erlebten wir vor einigen Monaten bei einem Gletscherbruch in der Schweiz, wo die Staatsanwaltschaft sofort eingeschritten ist und die zuständige Berghauptmannschaft ebenfalls in die Untersuchung einbezogen hat. Wäre dem nicht so, so würde die Berghauptmannschaft ja Richter in eigener Sache spielen und es würde somit eine Unvereinbarkeit vorliegen, wie das offensichtlich im Zusammenhang mit der Köflacher Schlamm-Katastrophe und der Berghauptmannschaft der Fall ist.

Direktor Dr. Fabricius erklärte im Zusammenhang mit der Schlammkatastrophe, daß keine Anzeichen eines bevorstehenden Bruches zu erkennen waren. Das kann schon deshalb nicht stimmen, meine Damen und Herren, da schon vorher im Damm Risse festgestellt worden sind und einige Zeit vorher die Packer Bundesstraße, die unmittelbare Grenze ist, abgestützt werden mußte. Wenn sich Dr. Fabricius über die übrigen Ursachen auf das Gutachten der Technischen Hochschule beruft, so ist das doch zu wenig. Am Fuße des Dammes, so heißt es in einem Zeitungsbericht, wurden vor einiger Zeit stützende Piloten eingeschlagen in jenem Bereich, in welchem der Damm dann brach, behaupten Kenner. So schreibt diese Zeitungsstimme. Es handelt sich hier um eine steirische Zeitung.

Oft wurde der Ausdruck verwendet, daß das Material, aus dem der Damm errichtet wurde, so fest wie Beton sei. Damit sollte offensichtlich nachgewiesen werden, daß der Damm nicht wegen seiner Zusammensetzung des Materials und auch nicht wegen anderer Mängel brach, sondern — wie ebenfalls öfters betont — auf Grund höherer Gewalt, die zu verhindern eben nicht im Bereich der für die Herstellung des Dammes verantwortlichen Personen lag. Der Damm wurde im wesentlichen aus Quarzsand gebaut. Quarzsand preßt sich, wie jeder Sand, bindet sich aber nie homogen. Deswegen erscheint mir der Ausdruck „fest wie Beton“ höchst irritierend. Beton hat eine ganz andere Festigkeit und kann deswegen mit gelagertem Quarzsand niemals in Vergleich gestellt werden.

Der Klärteich ist auch nicht übergelaufen, sondern der Damm ist nach der Luftseite hin abgedrückt worden. Veränderungen müssen sich unzweifelhaft ergeben haben, sonst wäre die Packer Bundesstraße nicht schon vorher abgestützt worden. Und gerade in der Tangente der Packer Bundesstraße haben sich Veränderungen ergeben und sonst nirgendwo? Das ist unglaublich. Bestehen doch wesentliche Teile des Klärteiches in seiner Abgrenzung aus aufgeschüttetem Schwemmaterial, woraus zum Großteil auch der Quarzsand besteht. Der

Damm hätte zumindest einen Betonkern haben müssen, sagen Fachleute. Doch das war ebenfalls nicht der Fall.

In diesem Zusammenhang verweisen Fachleute darauf, daß das ominöse Gutachten, worüber offenbar niemand auspacken will, todsicher Daten über Mindestausmaße des Dammfußes und der Dammkronen vorsah, über die statisch versicherte Dammhöhe, über die statisch versicherte Schütthöhe sowie einer periodischen Kontrolle durch die Berghauptmannschaft usw. Wie die Fotos zeigen, brach der Damm offenbar nicht an oberster Stelle durch. Durch den ungeheuren Seitendruck schnitten sich die Wasser- und Schlammmassen sehr bald weiter nach unten ein und die Katastrophe war eben da. Wie schon erwähnt, sollen am Dammfuß, aus welchen Gründen immer, Piloten eingeschlagen worden sein. Durch solche Arbeiten wird jedoch ein Schüttdamm bis zur Dammkronen hin erschüttert. Daß die ergiebigen Regenfälle, die es damals gab, sicherlich noch das ihre dazu beigetragen haben, ist zweifellos. Das Hauptkriterium liegt jedoch bei den Bestimmungen über den Dämmebau. Es hätte nicht so weit kommen müssen bei entsprechender Aufmerksamkeit aller Befähigten, d. h. der Berghauptmannschaft und der zuständigen Bergdirektion.

Die Öffentlichkeit erwartet energisch einen Bericht über die Ursachen der Dammkatastrophe, wozu auch die Veröffentlichung des immer wieder angeführten Gutachtens der Technischen Hochschule und jene Vorschreibungen gehören müßten, die die Berghauptmannschaft Graz in diesem Zusammenhang erteilt hat.

Präsident: Herr Abg. P r e n n e r hat das Wort.

Abg. **Prenner:** Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein Sektor, der nie an Bedeutung verliert, ist nach wie vor die Landwirtschaft. In der Gruppe 7, Abschnitt 73, scheinen auch die Kleinlandwirte- und Besitzfestigungs-Aktionen auf.

Von gewissen Bevölkerungskreisen werden diese Einrichtungen immer wieder kritisiert und als unnötig hingestellt. Ich möchte dazu sagen, daß der Bauer, würden seine Produkte entsprechend bezahlt, oder könnte ihm jemand die Gewähr geben, daß seine Ernte vor Witterungseinflüssen oder Unwetter verschont bleibt, keine wesentliche Hilfe brauchen würde. Wie Sie alle wissen, befindet sich die Werkstatt des Bauern ja unter freiem Himmel. Um aber überhaupt eine Beihilfe zu bekommen in Form der Besitzfestigung oder der Kleinlandwirtehilfe, müssen die entsprechenden Voraussetzungen vorhanden sein, die von Herrn Ing. Schiefer sehr genau überprüft werden. Es heißt hier u. a. „eine Förderung aus öffentlichen Mitteln kann grundsätzlich nur solchen Besitzern gewährt werden, die ohne eigenes Verschulden in eine Notlage geraten sind und die Gewähr bieten, daß sie ihren Betrieb in Zukunft ordnungsgemäß bewirtschaften und instandhalten werden“. In jedem Fall muß zuerst geprüft werden, ob das Ziel der Besitzfestigungsaktion durch die Inanspruchnahme eines zinsverbilligten Darlehens im Rahmen der Besitzfestigung auch erreicht werden kann. Nur wenn das Ziel der Aktion durch ein Darlehen allein voraussichtlich nicht er-

reicht werden kann, darf eine Beihilfe gegeben werden. Die Besitzfestigungsaktion kommt im allgemeinen den Bergbauernbetrieben zugute. Ausnahmen, die dann aber besonders begründet sein müssen, werden nur gemacht, wenn ein besonderer Härtefall vorliegt. So wurden für die Besitzfestigungsaktion vom Jahre 1949 bis 1965 insgesamt in 6986 Fällen 73,577.300 S ausgegeben. Für die Agrarinvestitionskreditaktion (Besitzfestigung und Baumaßnahmen) in den Jahren 1955 bis 1965: In 10.679 Fällen 421,892.600 S. Diese Beträge, die zu Neu-, Umbau und Instandsetzung von Wohn- und Wirtschaftsgebäuden, zur Errichtung von Hauswasserversorgungsanlagen, zum Ankauf von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten usw. verwendet wurden, kommen ja auch wieder der gewerblichen Wirtschaft zugute, somit profitiert nicht allein der Bauer von diesen Förderungsmaßnahmen. Gönnen wir doch unseren Bauern, die Tag für Tag schwer arbeiten und trotzdem mit allen Fasern ihres Herzens an Grund und Boden hängen, diese Erleichterungen. Es könnte sonst passieren, daß auch bei uns, wie dies im benachbarten Burgenland schon der Fall ist, Acker brach liegen, weil es sich nicht lohnt, sie zu bearbeiten, weil andere Berufe ein besseres Einkommen, leichtere Arbeit, mehr Freizeit bieten.

Denken Sie, meine Damen und Herren, aber auch an die Folgen solchen Tuns! Solange unser Bauernstand vermag, den Tisch des Volkes größtenteils zu decken, solange sind wir auf diesem Gebiet unabhängig. Was würden uns Maschinen und dergleichen nützen, wenn im Ernstfall das Gespenst Hunger nicht zu bannen wäre. So absurd bei der momentanen wirtschaftlichen Lage dieser Gedanke sein mag, die politische Lage im kleinen und großen sollte uns nie ganz auf die Wichtigkeit des Bauernstandes im eigenen Lande vergessen lassen. Es dürfte immer noch wesentlich billiger kommen, Beihilfen zu gewähren, als eines Tages vor leeren Scheunen zu stehen.

Wenn man heute oft den Vorwurf erhebt, daß der Bauer nicht anpassungsfähig ist, zu wenig aufgeschlossen ist, daß er mit der Zeit nicht Schritt halten kann, dann muß man ihm zugute halten, daß die Möglichkeit zur Aufwärtsentwicklung erst im Beginnen ist. Unsere bäuerliche Jugend, die aus guten Berufsschulen fachliches Wissen mit heimbringt, wird ihr Können unter Beweis stellen, und im Hinblick auf unsere Jugend braucht uns um den Bauernstand nicht bange sein. (Allgemeiner Beifall.)

2. Präsident: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten S c h e e r das Wort.

Abg. **Scheer:** Hohes Haus, meine Damen und Herren! Es ist vielleicht ein gutes Zeichen, wenn bei der Budgetdebatte über die Landwirtschaft die Reihen der OVP so leer sind, weil sie vielleicht schon all das erreicht haben, was sie erreichen wollten. Wir Freiheitlichen sind der Auffassung, daß die Bauern noch nicht all das erreicht haben, was sie erreichen müßten, um im Konzert der übrigen Bundesländer in Österreich den gleichen Rang und die gleiche Stellung einnehmen zu können, die sie

eigentlich einnehmen müßten. Wir stehen freiheitlicherweise auf dem Standpunkt, daß man nicht einen Berufsstand dem anderen vorziehen sollte, sondern daß die Bevölkerung eines Staates, eines Landes gleichermaßen am Fortschritt, aber auch am Unglück eines Staates teilhaben oder mitwirken bzw. mitleiden müßte. Und daher glauben wir, daß der Bauer ein gleiches Anrecht wie jeder andere Berufsstand hat, behandelt und bevorzugt oder in Schranken gehalten zu werden, wie es die Lage erfordert.

Aber, meine Damen und Herren, von freiheitlicher Sicht her gesehen ist der Bauer vom freien Bauern zu einem Bauern geworden, der unter dem Diktat des Staates merklich oder nicht bemerkt in einer Weise schon untergetaucht ist, daß von dem freien Bauernstand nicht mehr viel zu merken ist. Der freie Bauer befindet sich an einem Gängelband des Staates, das nur noch jetzt durch die Zwangs-krankenversicherung den letzten Lichtpunkt erhalten hat.

Meine Damen und Herren! Wenn ich nur eine ganz kleine Einnengung zu diesem Problem heute vorbringen möchte, dann möchte ich die Verbesserung des so großen und guten genossenschaftlichen Gedankens hier vortragen. Der genossenschaftliche Gedanke, der dem Bauern die Sorge abnehmen soll, seine Produkte zu verkaufen, wird von der Osterreichischen Volkspartei und den von der Osterreichischen Volkspartei in der Hauptsache dirigierten Genossenschaften in einer Weise verwässert, die die Bauern mit fliegenden Fahnen in eine „schwarze Kolchosa“ führt, die sich darin äußert, daß beispielsweise die Genossenschaft in Stainach — ich bedauere, daß mein Freund Lackner nicht hier ist — über nicht weniger als 36 Gewerbescheine verfügt und Tankstellen, Kaufhäuser und Werkstätten aller Art usw. betreibt und somit dem Mittelstand, dem Gewerbestand direkt Konkurrenz macht, und daß der Bauer gar nicht mehr das Geld von der Genossenschaft für seine Produkte, die er abgeliefert hat, erhält, sondern Gutscheine, um in den einzelnen Geschäften, die die Genossenschaft betreibt, seine Käufe zu tätigen. Also der sonst so freie Bauer bekommt kaum mehr Bargeld in die Hand, sondern wird gezwungen, in seinen sogenannten genossenschaftlichen Geschäften Einkäufe zu tätigen. (Abg. Schrammel: „Der Bauer würde sich aber nicht zwingen lassen!“) Sie kriegen beispielsweise in Admont in dem Großkaufhaus der dortigen Genossenschaft vom Zuckerl über weibliche Unterwäsche, Oberhemden, Strümpfe, Anzüge, Geschirr, ja Traktoren und Lastwagen alles zu kaufen, was es nur zu kaufen gibt. Daß dazwischen natürlich der freie Beruf zwischen dem roten Mühlstein der Konsumgenossenschaft einerseits und dem schwarzen Mühlstein der schwarzen Genossenschaft andererseits schön langsam, aber sicher zerrieben wird, dämmert dem Mittelstand erst schön langsam auf, und die gleichen Vertreter, die den Mittelstand zu schützen vorgeben, sind am besten Wege, den Mittelstand vollkommen umzubringen, meine Damen und Herren. Das geschieht in dem Zusammenhang. Und auch die Untersuchungen, die seitens des Rechnungshofes dort in der Ennstaler Genossenschaft getätigt wurden, sind nur darauf hinausgelaufen, daß diese Ge-

nossenschaft die Steuern, die sie für die Betreibung der gewerblichen Betriebe nicht bezahlt hat, nachzahlen hat müssen, nicht deswegen, weil sie genossenschaftliche Tätigkeit ausgeübt hat. Das ist leider Gottes in dieser Form so verdreht und entstellt in den verschiedenen Zeitungen dargestellt worden, insbesondere auch im Steirischen Bauernbündler. Ich möchte sagen, der ganze Staat ist so stark wie jedes einzelne Glied in der Kette, die die Berufsstände darstellen. So stark wie das schwächste Glied in der Kette ist, ist die ganze Kette insgesamt. Und so wollen wir auch den Bauernstand betrachtet sehen. Wenn wir aber jetzt vom Bund her schauen, wie weit der Bauer in die Abhängigkeit des Staates gekommen ist, möchte ich nur das vergangene Jahresbudget des Bundes hernehmen. Der Steuerzahler zahlt z. B. direkt 1426 Millionen Stützungsgelder an die Bauernschaft im Jahr. Für den Preisvergleich bei Brotgetreide, bei Milch, Lebens- und Düngemitteln sowie für Futtermittel werden nicht weniger als 2912 Millionen Schilling aufgewendet (Landesrat Wegart: „Wem kommt denn das zugute, wenn nicht dem Konsumenten! Das ist doch ein Unsinn!“ — Abg. Neumann: „Reden Sie für oder gegen den Bauern?“) Es ist eine interessante Tatsache, daß ein Satz einen Anfang, eine Mitte und ein Ende hat und auch eine Ausführung. Ich kann mit dem ersten Wort natürlich nicht alle Schlußfolgerungen gesagt haben, daher sind Ihre Zwischenrufe jetzt etwas verfrüht. Ich komme auf die Verbrauchersituation noch genau zu reden, selbstverständlich, meine Herren, nur, wir verlängern uns in der Ausführung, wenn Sie mich jetzt schon unterbrechen. Ich weiß, das sind sehr komische Zahlen, die ich da vorbringe, aber wir kommen nicht umhin, sie sind nun einmal trockenerweise da. . . . und weitere 375 Millionen Schilling, die der „Grüne Plan“ aufwendet. Das sind also insgesamt 4 Milliarden 713 Millionen gewesen im Jahr 1965 oder noch deutlicher 4713 Millionen Schilling, die also in dem Zusammenhang für die Landwirtschaft aufgewendet wurden. (Abg. Buchberger: „So hätte das Ihr Kollege Dr. Stephan nicht formuliert!“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe.)

Präsident: Ich bitte, in der Rede fortzufahren.

Abg. Scheer: Ich darf noch einmal zurückkommen und feststellen, 4713 Millionen Schilling werden also von der Steuerzahlern direkt dafür aufgewendet, um der Bauernschaft unter die Arme zu greifen. Wir sind der Auffassung, daß das auch richtig und in Ordnung ist, aber daß man dabei auf einem falschen Wege ist. Der Weg ist falsch, wenn wir auch das gleiche Ziel im Auge haben. (Zahlreiche unverständliche Zwischenrufe.) Sie bringen mich nicht dazu, davon abzulassen, zu sagen, was ich jetzt sagen will. Der Weg ist also in unseren Augen nicht der richtige. Wenn wir dem Bauern den gerechten Milchpreis zubilligen, überhaupt gerechte Preise zubilligen, wie jedem anderen Beruf, dann ist es nicht notwendig, ihn von staatswegen an diese Kette zu hängen. Das ist unsere Auffassung dazu. Ganz abgesehen davon, daß wir nicht verstehen können, daß z. B. der Milchpreis

eine derartige Unterstützung erfährt und wir damit eine Subvention betreiben für Leute, die diese Subvention bestimmt nicht verdienen. Beispielsweise alle Fremden, die durch den Fremdenverkehr ins Land kommen, kriegen einen von uns subventionierten Milchpreis, alle Spitzenverdiener in diesem Staate haben damit dieselbe Vergünstigung wie der Rentner, der zweifellos sehr hart betroffen werden würde, würde man den Milchpreis erhöhen. Aber es gibt Wege, um diesen Milchpreis für den Rentner und den kleinen Verdiener erträglich zu machen, indem ich diesen Leuten eben eine entsprechend höhere Kinderbeihilfe oder sonst eine Milchezugewendung zukommen lasse. Dazu brauche ich aber nicht vom Generaldirektor abwärts und alle Gäste, die zu uns nach Österreich kommen, subventionieren. Ob das nun die Milch ist oder das Brot oder sonstige Lebensmittelpreise, die gestützt werden, ist gleichgültig. (Abg. Dr. Rainer: „Sie müssen zur SPO hinüberreden!“) Vor allem zu den Abgeordneten auf den Bänken der Volkspartei muß ich reden, weil wir gemeinsam in der Lage wären, diese Sachen zu regeln, wenn schon die Sozialisten nicht wollen. Das ist ja das, was ich immer wieder behaupte. Meine Damen und Herren, sowohl im Parlament als auch in der steirischen Landstube, wenn Sie wollen, in diesen Dingen sind wir alle auf einer Linie. Herr Dr. Rainer, wir sind uns vielleicht über das Ziel einig, dem Bauernstand zu helfen, haben aber eben eine andere Meinung über den Weg. Und über den Weg kann man unter Umständen streiten. Wir sind der Auffassung, daß diese Art der Verbrauchersubvention vollkommen verkehrt und falsch ist. Es blieben uns viele wertvolle Milliarden Schilling erspart, wenn wir das den Fremden abknöpfeln, die von auswärts zu uns auf Urlaub herkommen, das ist doch weit angenehmer, als wenn wir von unseren Steuergeldern den Milchpreis subventionieren. Und auf der anderen Seite haben wir im Budget des Bundes Lücken genug, die ausgefüllt und aufge bessert werden müßten. Ich denke da insbesondere an eine Höherdotierung des Bundesheeres, ich denke an das Kulturbudget des Bundes, an unsere Straßen, unsere Autobahnen usw. usw. Das sind alles die Gelder, die wir dafür verwenden müssen. Es würde nicht gerade 4 Milliarden ausmachen, aber vielleicht 2 Milliarden, und zwei Milliarden Schilling sind doch die Summe, die wir allein jetzt bei unserem Landesbudget in einem Jahr brauchen für alle unsere Aufwendungen des Landes. Das ganze Landesbudget beinhaltet 2,2 Milliarden Schilling und das könnten wir allein an diesen Dingen einsparen.

Und das ist eine wesentliche Sache. Aber, meine Damen und Herren, warum sind Sie gar nicht so interessiert an dieser Erledigung? Sie sind deshalb nicht interessiert, weil ja dann die Bauern nicht so an Ihrem Gängelband hängen würden. (Präs. Koller: „Da schätzen Sie die Bauern aber wirklich viel zu nieder ein!“) Das ist es. Das Gängelband würden Sie damit verlieren und deshalb sind Sie nicht geneigt, diese Fragen zu regeln, und das ist auch der Grund dafür, warum der Herr Landeshauptmann „nein“ sagt zur gesetzlichen Regelung für die Hochwassergeschädigten, damit jeder einzelne Bauer schön am Gängelbändchen hängt und bitten kom-

men muß um seine Entschädigung. Das ist der Sinn und sonst gar nichts. (Landesrat Wegart: „Das ist ein ausgesprochener Unsinn!“ — Abg. Buchberger: „Das ist eine Frechheit! Wir laden Sie einmal ein, damit Sie die Verhältnisse bei den Genossenschaften an Ort und Stelle kennenlernen!“ — Abg. Neumann: „Er hat keine Ahnung!“)

Präsident: Bitte, den Redner nicht dauernd zu unterbrechen.

Abg. Scheer: Ich habe z. B. da eine ganzen Stoß des „Steirischen Bauernbündlers“, Ihrer ÖVP-Zeitung, und bin daher sehr gut informiert. Aber diese Zeitung ist kein Fachblatt, sondern das ist eine politische Streitschrift. Da werden diese Probleme nicht in dem Sinne behandelt, wie man sie behandeln müßte. Das ist also unsere Meinung zu den Dingen.

Meine Damen und Herren, es war mir darum zu tun, grundsätzlich festzuhalten, daß die Freiheitliche Partei sehr wohl für alle Ansätze ist, die man dem Bauern zukommen läßt, daß wir aber der Auffassung sind, daß die Wege, dem Bauern sein Recht werden zu lassen, nicht die besten sind und daß leider Gottes der Würgegriff des Staates und ein bißchen mit diesem Staat — zumindest mit 50% — auch der Würgegriff der ÖVP um den Bauern nicht gerade das beste für den Bauern ist. (Abg. Dr. Rainer: „Das ist eine falsche Auffassung!“)

Präsident: Es sind noch 20 Redner vorgemerkt. Als nächster Redner spricht Abg. Burger.

Abg. Burger: Hohes Haus, verehrte Damen und Herren! Als Metallarbeiter möchte ich mich beim Kapitel der Industrieförderung dem Kohlenbergbau zuwenden.

Ich tue dies mit einem gewissen Ernst deshalb, weil in der Hütte Donawitz es allenthalben bekannt und spürbar ist, wie es in den Herzen der Bergarbeiter ausschaut, wenn sie ihren Arbeitsplatz verlieren, versetzt werden, transferiert werden und eine neue Arbeit aufzunehmen haben. Und dies bei jenem Stand, dem man mit Recht zubilligen muß, daß er nach den Jahren des Weltkrieges, nach dem Zusammenbruch, jene Gruppe von Arbeitnehmern darstellte, die den ersten Impuls für die österreichische Wirtschaft wieder gegeben hat. Den Impuls in zahlreichen Überstunden, den Impuls über zahlreiche Sonntags-Schichten mit einer Selbstverständlichkeit, die geradezu aufopferungsvoll war.

Nehmen Sie, meine verehrten Abgeordneten, es bitte nicht so auf, daß ich mich als Außenstehender plötzlich genötigt fühle, ein Loblied zu singen. Letzten Endes gehöre ich ja, wie schon erwähnt, selbst der Gewerkschaft der Berg- und Metallarbeiter an. Es erinnert mich das an den Ausspruch des Herrn Präsidenten Koller, daß man das Wasser erst dann zu schätzen weiß, wenn der Brunnen versiegt ist. Sinnvoll wäre das auch anzuwenden für so manche Bereiche unserer Bergarbeiter.

Ich möchte aber sagen, daß die Bergarbeiter von damals, die hungernd der österreichischen Wirtschaft den ersten Lebensimpuls wieder gegeben haben, das Brot und den Standort, von dem das Brot

herkommt, genauso zu schätzen wußten, daß aber auch die Bauern so wie die Wirtschaft jede Arbeitsstunde genau registrieren, und zwar mit viel Takt. Damals haben wir in der größten Notzeit uns sehr wohl alle gemeinsam vertragen. Heute, wo der Tisch voll gedeckt ist, scheint dies nicht mehr der Fall zu sein, zumindest bedauerlicherweise wird das sogar manchmal im Hohen Haus feststellbar. Der Bergarbeiter erfährt in der Neuzeit ein eigenartiges Schicksal, wohl deshalb, weil dieser alte, edle Beruf verdrängt wird durch neue Energieträger. Wieviel ist über dieses Problem schon gesprochen worden bei Kongressen unserer Gewerkschaft, in den Hohen Häusern unserer Bundesländer, wo Kohlengruben sind, aber man konnte und man soll es nicht verhüten, daß neue Energieträger ihren Einzug halten, daß neue Energieträger mit größerem Heizwert die Kohle verdrängen, die im Endeffekt oder in der Nutzung billiger sind als die heimische Kohle. Fast scheint es schmeichelhaft zu sein, wenn ich hier an einen Mann denke, der die erste Bergarbeiterversicherung eingeführt hat, die Bruderlade. Es war schon im vorigen Jahrhundert, dieser Saal ist geziert mit dessen Bild. Ich glaube, daß nicht alle um diese soziale Großtat wissen. Es war dies Erzherzog Johann.

Nun, meine verehrten Abgeordneten, Erdgas, Heizöl und moderne Energieträger sind noch im Kommen, wie die Atomenergie. Zumindest aber spüren wir das Erdgas und das Heizöl. Seit 1960 haben wir in der Steiermark allein 5 Kohlengruben zugesperrt, zum Großteil, Gott sei Dank, wegen Auskohlung. Das ist ein natürliches Ereignis. Hier läuft eben ein Betrieb aus. Aber es ist vielleicht doch wertvoll festzustellen, welche Gruben es waren und wieviele Arbeitsplätze eingebüßt worden sind. In St. Kathrein und in Ratten wurden Kohlengruben geschlossen. Hier sind 147 Arbeitsplätze frei geworden, im Marienschacht 161 Arbeitskräfte, in Ilz-Mutzenfeld sagt die Statistik keine Zahl an, ich persönlich weiß es nicht, in Seegraben waren es 467 und im Franzensschacht 480. Diese Kohlengruben verursachen einen monatlichen Produktionsausfall von 78.625 to oder einen jährlichen Ausfall von 311.208 to Kohle. Insgesamt gingen 1255 Arbeitsplätze verloren. Gott sei Dank war es der Alpine möglich, all diese Arbeitskameraden in ihren Betrieben aufzusaugen. Das klingt schön, ist aber nicht so. Denn bei jeder Arbeitsplatzversetzung ist ein psychologisches Problem mit dabei. Wir Österreicher sind mit den Amerikanern nicht vergleichbar, denen es gleichgültig ist, wo sie heute oder morgen einen Posten haben, Hauptsache, es wird gearbeitet, Hauptsache, man findet Beschäftigung. Diese Behauptung wird bekräftigt wohl dadurch, daß vom Franzensschacht ganze 40 Arbeiter freiwillig nach Donawitz gingen, während die anderen in Köflach selbst wieder eine Arbeit gefunden haben. Hier ist auch nebst dem Geld ein soziales Problem mit dabei, die Trennung der Familie. Alles in allem muß gesagt werden, daß eine besondere Härte immer Platz greift, wenn solche Dinge vorkommen. Aber nicht nur soziale Probleme sind dabei. Ich weiß Einzelfälle, wo bis zu 5 S Stundenlohn Einbuße da sind, und diese Lohn einbuße zieht sich freilich hin bis ins ferne Rentenalter, denn der Stundenlohn ist bei der Pen-

sionierung besonders maßgebend. Es sagt aber auch die Statistik aus, daß im heurigen Jahr die heimische Kohle noch einen 40%igen Anteil am gesamten Energiebedarf hat, daß aber in 10 Jahren, 1975, die heimische Kohle nur mehr einen Anteil von 22% haben wird, während sich in diesem Zeitraum der Energiebedarf um das Doppelte erhöhen wird.

Ich richte daher heute an alle einen Appell. Es ist uns bekannt, welche Kohlengruben zur Auskohlung gelangen. Beginnen wir heute schon, beginnen wir frühzeitig mit der sogenannten bezahlten Umschulung für diejenigen, die bereit sind, sich umschulen zu lassen. Bauen wir aber zeitgerecht an Ort und Stelle zur Arbeitskraft, zur Wohnstätte, neue Industriezweige hin. Es muß dies auch bei uns möglich sein, wenn dies in den sogenannten Kohlenländern des Saargebietes, Belgiens oder Englands selbst möglich ist. Das ist keine Phrase, das sind keine leeren Worte, sondern das ist eine Notwendigkeit, die uns alle angeht, ganz gleich, welche Partei. Meine sehr geehrten Abgeordneten! Vielleicht würde jemand die Frage stellen: Ja, welche Industrie wollen wir dahin bringen? Es ist sicher nicht meine Aufgabe, zu sagen, diesen oder jenen Produktionszweig wollen wir als Ausweichindustrie ausbauen, aber ein Beispiel darf ich vielleicht dazu geben. Das Auto ist in Österreich sicher ein zunehmender Gegenstand. Auf europäische Sicht gesehen, gehören wir noch zu den unterentwickelten Gebieten, das heißt also, daß das Auto in zunehmendem Maße Einzug halten wird und natürlich auch die dazugehörigen Zubringerindustrien. Wieviel Stahl, Gummi, Blei, Glas, Elektroartikel, Kabel usw. werden benötigt. Das Auto beschäftigt die pharmazeutischen Fabriken, beschäftigt Krankenhäuser und Ärzte, letztlich auch noch die Begräbnisanstalten. Hier wird man schon irgendeine Industrie finden, die den Menschen Beschäftigung, Arbeit und Brot gibt.

Ich möchte aber zum Schluß noch einmal feststellen, Hohes Haus, daß unsere Kohlengruben unter allen Umständen mit sinnvollen Investitionen gestützt werden müssen, um diese Gruben rentabel zu erhalten. Es ist uns bekannt, daß bei Ausnützung der modernen Energieträger ohne Kohle für die gesamte Energieerzeugung das Auslangen nicht gefunden wird. Die Hausbrandkohle erfährt keine Schranken, es ist hier jetzt Bedarf gegeben und er wird in 20 Jahren gegeben sein, und ein gewisser Anteil an heimischer Kohle für den Industriebedarf wird ebenfalls konstant bleiben, und daher richte ich von hier aus den Appell, Kohlengruben, die ergiebig sind, frühzeitig aufzuforsten mit sinnvollen Investitionen, sie instandzuhalten, wer weiß, wann wir sie in vollem Umfang wieder brauchen. Für Kohlengruben, die vor der Auskohlung liegen, müssen frühzeitig Ersatzbetriebe geschaffen werden, denn für uns alle gilt die Devise, daß wir alle zusammen verpflichtet sind, die Sicherung der Arbeitsplätze zu gewährleisten. (Beifall.)

3. Präsident Koller: Am Worte ist der Abgeordnete Fuchs.

Abg. **Dipl.-Ing. Fuchs:** Hoher Landtag, meine Damen und Herren! Im Voranschlag für das nächste Jahr sind

beträchtliche Summen der Gewerbe- und Industrieförderung gewidmet. Ich möchte mich daher heute zu dieser Gruppe mit einigen Fragen der Industrieförderung in der Steiermark befassen. Daß wir in der Steiermark Entwicklungsgebiete haben, Gebiete, die im Lebensstandard hinter den anderen zurückgeblieben sind, ist allen bekannt. Der Friedensvertrag von Saint Germain und auch das letzte Kriegsende haben weite Teile der südlichen Steiermark abgetrennt, wodurch vor allem das innerösterreichische Verkehrsnetz Bruck—Marburg—Villach dadurch empfindlich gestört worden ist. Es sind somit durch eine nicht aufgeschlossene Verkehrslage bedingt durch die Randlage, weite Teile der östlichen und südlichen Steiermark gegenüber anderen Gebieten und vor allem gegenüber dem Westen Österreichs zurückgeblieben. Die Erscheinungen in den Entwicklungsgebieten sind uns allen bekannt: Ein niedriges Einkommen pro Kopf der Einwohner, eine große Anzahl von Pendlern und ein absolut unbefriedigender Lebensstandard der Bevölkerung. Die Entwicklungsmaßnahmen, die hier eingesetzt haben, brachten schon gewisse Erfolge, und es ist vielleicht interessant, hier festzustellen, daß die Ausgaben für den Straßenbau sich in den letzten 10 Jahren verdoppelt haben. Zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur in den Entwicklungsgebieten werden vom Bund jährlich 45 Millionen Schilling aufgewendet, die nach einem gewissen Schlüssel auf die einzelnen Bundesländer verteilt werden und durch entsprechende Landesmittel ergänzt zum Einsatz kommen. Auf die Steiermark entfallen etwa 9 Millionen Schilling im Jahr. Im Jahre 1955 betragen die Ausgaben für die Förderung der Land- und Forstwirtschaft, der gewerblichen Wirtschaft und die Verkehrsförderung und Förderung der Industrie 45,2 Millionen Schilling, 1966 werden es rund 122 Millionen Schilling sein. Es ist hervorzuheben, daß in den letzten 2 Jahren sich nicht nur fast ein Dutzend ausländischer Betriebe, sondern auch eine große Zahl inländischer Betriebe in der Steiermark niedergelassen haben und daß zum Teil wirklich erfolgreiche Arbeit geleistet wurde. Ich möchte darauf hinweisen, daß es als Glück bezeichnet werden kann, wenn sich im Industriegebiet der Obersteiermark, in dem hauptsächlich männliche Arbeitskräfte in der bodenständigen Industrie beschäftigt werden, Betriebe niederlassen, die in erster Linie Frauen beschäftigen. Diese Dinge zu fördern, muß immer unser geistiges Anliegen sein.

Natürlich ergibt sich mit diesen Ansiedlungen auch eine Reihe von Problemen. Zum Teil werden den Betrieben von den Gemeinden verlockende Angebote gemacht, zum Teil bemüht man sich, die letzte Arbeitskraft auszuschöpfen, ohne zu bedenken, daß ein Betrieb, der sich einmal wo niedergelassen hat, auch eine Entwicklungsmöglichkeit haben und in der Lage sein muß, entsprechend seiner Dynamik weitere Arbeitskräfte heranzuziehen. Es ist erfreulich festzustellen, daß im Rahmen der Steiermärkischen Landesregierung ein eigenes Referat mit den Koordinierungsmaßnahmen befaßt ist, um derartige Dinge möglichst hintanzuhalten und die Industriegründungen und die Ansiedlung von Zweigbetrieben anderer Unternehmen zu einem entsprechenden Erfolg zu machen. In diesem Zusammen-

hang ist es selbstverständlich, daß im Zuge der Strukturverbesserung der Steiermark Branchen einen Niedergang erleben werden und andere Branchen einen Aufstieg. Es muß uns klar sein, daß unter der Erhaltung des Arbeitsplatzes nicht die Erhaltung eines gewissen, bestimmten Arbeitsplatzes, sondern des Arbeitsplatzes schlechthin verstanden werden muß. Wir können also nicht davon ausgehen, daß wir sagen, dieser Arbeitsplatz ist zementiert, sondern wir müssen uns bemühen, dem Arbeitnehmer einen Arbeitsplatz zu schaffen, der auch eine Zukunft hat und der ihm und seiner Familie auf Sicht Arbeit und Brot gibt.

Ich möchte noch kurz das Problem der Pendler streifen. Wir haben in der Steiermark rund 99.600 Pendler, das entspricht einem Prozentsatz von 9,4% der beschäftigten Bevölkerung. Von diesen Pendlern sind etwa 25% als unecht zu bezeichnen, weil sie innerhalb von 45 Minuten mit einem modernen Verkehrsmittel ihren Arbeitsplatz erreichen. Für Graz sind es etwa 22.500 Pendler, das sind rund 20% aller steirischen Pendler. Davon leben jedoch 10.600 im Bezirk Graz-Umgebung, was man also auch als normal bezeichnen kann, denn von wo sollten die Grazer Betriebe ihre Arbeitskräfte auch hernehmen, wenn nicht aus der Umgebung. Die Steiermark liegt hinsichtlich der Pendlerzahl an siebenter Stelle. Nur Salzburg und Wien haben noch eine geringere Anzahl von Pendlern als die Steiermark. Wenn wir also die Standortfrage für neu zu gründende Betriebe prüfen, so müssen wir trachten, daß Betriebe nicht im Einzugsgebiet der bereits bestehenden gegründet werden, um diesen nicht die Arbeitskräfte wegzunehmen, sondern daß wir vor allem neue Betriebe im Grenzland gründen und dort Arbeitsplätze schaffen. Mit zunehmender Verknappung der Arbeitskräfte ist es selbstverständlich, daß das Bestreben immer weiter gehen wird, man wird versuchen, aus immer noch weiterer Entfernung Arbeitskräfte herbeizuholen. Es ist z. B. in Wien so, daß einzelne Firmen, vor allem die großen, einen Autobusverkehr bis zu zwei Stunden bis nach Niederösterreich hinein betreiben, nur um sich mit Arbeitskräften versorgen zu können.

Zum Abschluß möchte ich noch ein Problem streifen, das in diesem Zusammenhang von ganz besonderer Bedeutung ist. Es ist hier in der Diskussion in den letzten zwei Tagen schon angeklungen, daß in Europa ganz deutlich eine Verflachung der Konjunktur festzustellen ist. Das betrifft auch die Vereinigten Staaten von Amerika, wo also das Wirtschaftswachstum nicht mehr mit der Rasanz der letzten Jahre vor sich geht. Es ist bekannt, daß in Deutschland verschiedene Betriebe ausgesprochene Schwierigkeiten mit der Beschäftigung haben, daß es schon Kurzarbeit gibt; ebenso, daß in der Schweiz und in Schweden einzelne Branchen wirklich in Schwierigkeiten gekommen sind und die Erscheinungen, die wir in letzter Zeit gesehen haben, zeigen uns, daß die Dinge nicht mehr so gut sind wie sie es waren. Und es ist, glaube ich, ein Gebot der Stunde, daß wir diese Verflachung in der Konjunktur, diesen Stop im Wirtschaftswachstum aufhalten, daß wir uns Gedanken darüber machen, wie diese Wirtschaft wieder angekurbelt werden kann und daß wir endlich die Wirtschaftswachstums-

gesetze, die schon lange dem Nationalrat vorliegen, verwirklichen, denn das wäre wirklich ein Weg, um unsere Wirtschaft wieder zu beleben und damit die Zukunft für uns und unsere Familien zu sichern. (Beifall.)

Präsident: Der Herr Abgeordnete Ileschitz hat das Wort.

Abg. Ileschitz: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Es ist nichts Unbekanntes und durch viele Diskussionen und Verhandlungen auch hier im Hause schon festgelegt, daß der österreichische Kohlenbergbau, vor allen Dingen aber der Bergbau in der Steiermark, dem Bundesland, in dem sich ja der größte Teil der österreichischen Kohlenproduktion befindet, vor einer gewissen Krise steht. Einer Krise deshalb, weil verschiedene Bergbaubetriebe in den nächsten Jahren der Auskohlung entgegengehen.

Eine solche sachliche Feststellung hat ja einer meiner Vorredner, der Abg. Burger, schon gebracht. Ich darf nun vielleicht ganz kurz ergänzen, daß der österreichische Kohlenbergbau in den letzten zehn Jahren von einem Beschäftigtenstand von 18.000 bereits auf 11.000 durch Auskohlung oder aber durch Schließung von Kohlenbetrieben, die nicht rentabel waren, herabgesunken ist. Daß diese große Zahl von Bergarbeitern, die nicht mehr in der Grube tätig sind, natürlich auch verschiedene andere Rückwirkungen sozialer Natur, aber auch wirtschaftlicher Natur hinterlassen haben, ist auch selbstverständlich.

Ich habe mir schon anlässlich verschiedener Barbara-Feiern erlaubt, einigemal darauf hinzuweisen, daß in Österreich zwar sehr viel über die Förderung der österreichischen Kohle und der österreichischen Kohlenbergbaubetriebe gesprochen wird, daß man sehr viel den Bergarbeitern zu danken habe, da sie ja letzten Endes zum Aufbau unseres Staates in den Jahren nach 1945 Entscheidendes beigetragen haben, daß aber der Dank an die Bergarbeiter vielfach nur in mündlicher und schriftlicher Form, jedoch nicht in Taten erhärtet wurde. Ein Beispiel dafür möge auf diese Tatsache hinweisen: Wir haben so viel schon von Bergbauförderung gehört, von Bergbauunterstützung. Und der österreichische Staat, die österreichische Republik tut ja auch einiges nach dieser Richtung hin, allerdings viel zu wenig. Wenn wir verschiedene andere Industrierichtungen, wenn wir verschiedene andere Berufsgruppen in diesem Staate fördern, wenn z. B. auch die Kunst gefördert wird — und das ist richtig — und zwar mit horrenden Beträgen, dann kann man aber den österreichischen Kohlenbergbau nicht mit so lächerlich kleinen Beträgen fördern, wie es bisher geschieht. Für den österreichischen Kohlenbergbau ist man bereit, 5 Schilling pro Tonne als Förderung zu geben, in Wirklichkeit ist der Betrag unter 3 Schilling, während andere Länder wie z. B. Deutschland weit über 50 Schilling pro Tonne geförderter Kohle als Förderungsbeitrag geben, Belgien sogar weit über 100 Schilling pro geförderter Tonne und zwar deshalb, um a) den Bergbau als solchen zu erhalten und b) um die notwendige industrielle Reserve für Krisenzeiten auch erhalten zu können. (Abg. Dr. R a i n e r : „Was ha-

ben die aber auch alles zugesperrt in Belgien und in Deutschland.“)

Wenn wir die Verhältnisse heranziehen und daran denken, wie Ihr Fraktionskollege Burger schon gesagt hat, wieviel Betriebe in Österreich schon geschlossen haben, wenn wir das Verhältnis der nicht mehr beschäftigten Bergarbeiter zu den noch beschäftigten heranziehen und das in eine Vergleichsbasis mit Deutschland, mit Belgien und auch mit England bringen, werden Sie draufkommen, daß wir in Österreich genau so rigoros waren wie die anderen Länder, vielleicht noch rigoröser. Denn der Prozentsatz ist bei uns größer. (Abg. Dr. R a i n e r : „Nein, das stimmt nicht! Die Arbeitsleistung des einzelnen Bergarbeiters ist in den letzten 15 Jahren ja auch viel größer geworden!“) Herr Doktor, Sie mögen recht haben, wenn Sie sagen, daß durch gewisse Investitionen usw. es möglich geworden ist, wesentlich höhere Kopfleistungen in unserem österreichischen Kohlenbergbau zu erzielen als das früher der Fall war. Aber glauben Sie doch nicht, daß die Deutschen oder die Belgier, die uns im Kohlenbergbau weit überlegen sind, in Bezug auf die technische Einrichtung und Ausgestaltung ihrer Bergbaubetriebe hinter Österreich zurückgeblieben wären. Ganz im Gegenteil, wir haben noch mancherlei auf diesem Gebiete zu lernen bzw. Investitionen zu tätigen, die aber großer Geldmittel bedürfen.

Um den Bestand des österreichischen Kohlenbergbaues zumindest in seiner jetzigen Form zu erhalten, hat die sozialistische Fraktion des Steiermärkischen Landtages drei Resolutionsanträge eingebracht, die sich mit dieser Situation beschäftigen und aus denen hervorgeht, daß Grundlagenforschungen im weststeirischen Kohlenrevier durchzuführen sind, um a) die Ansiedlung von Ersatzindustrien in diesen Gebieten zu ermöglichen und b) hat das Land eine Verpflichtung zu übernehmen, in Zusammenarbeit mit den betroffenen Gemeinden dieses Gebietes Industrie-Gründe sicherzustellen, die es dann ermöglichen, solche Industriebetriebe dort anzusiedeln. Wir haben in der weiteren Folge im weststeirischen Kohlenrevier zum Verbrauch der Feinkohle — je moderner und technisch besser ein Kohlenbergbau ausgenutzt wird, desto mehr Feinkohle fällt ja leider an — schon in den vergangenen Jahren erreichen können, daß die Österreichischen Draukraftwerke in Voitsberg eine weitere größere Dampfturbine aufgestellt haben, also Voitsberg II, mit 65 MW., so daß das Land eigentlich die Verpflichtung hätte bzw. hat, in Vorverhandlungen mit den Österreichischen Draukraftwerken einzutreten, um dieses Unternehmen zu bewegen, ein drittes kalorisches Kraftwerk in Voitsberg, also die Ausbaustufe 3, zu errichten. Wenn Voitsberg 3 gebaut würde — und irgendwie scheint es ja in einer zwar etwas nebulösen Planung auf — wäre es möglich, den gesamten Anfall an Feinkohle aus dem weststeirischen Kohlenrevier in diesem Kraftwerk abzuarbeiten und unserer Wirtschaft dann den entsprechenden Strom zur Verfügung zu stellen. Solche Forderungen sind natürlich leicht zu stellen, Hohes Haus, meine Damen und Herren. Aber die Frage kommt natürlich sowohl von den Draukraftwerken als auch von vielen anderen: Wer bezahlt mir nunmehr den Preis des so teuren kalorischen Stromes gegenüber dem

so billigen Wasserstrom. Auch hier haben wir eine Forderung zu erheben, und zwar zur endlichen Realisierung des Energieplanes, einer Koordinierung jener Betriebsmittel wie Kohle, Wasser, Erdöl und Gas, die es ermöglichen — und die Möglichkeiten sind gegeben — durch billigeren Strom von anderen Energieträgern zu einem Mischpreis zu gelangen und unter Zuhilfenahme dieses Mischpreises wäre es auch möglich, die Kohle mit unterzubringen und damit eine Sicherung der Betriebs- und der Arbeitsstätten der Bergarbeiter hervorzurufen.

Auf der anderen Seite aber, meine Damen und Herren, möchte ich auch darauf verweisen, daß in einigen Jahren die Pipeline, also eine Ölförderleitung von Triest über das weststeirische Gebiet bis in die Tschechoslowakische Republik geplant ist, an deren Verwirklichung schon gearbeitet wird. Für die Steiermark ergeben sich daraus ganz besondere Aspekte. Und es sind im Lande Stimmen laut geworden, ja man beschäftigt sich sogar sehr ernsthaft damit, im Raume der Untersteiermark — der Wildoner Raum wurde bisher genannt — eine Erdölraffinerie zu errichten und verbunden damit aber auch den Ausbau einer petro-chemischen Industrie.

Meine Damen und Herren! In diesem Zusammenhang wäre es für uns alle sehr interessant, den Ausführungen eines Fachmannes auf diesem Gebiet, und zwar des Professors der Montanistischen Hochschule Leoben für das Bergbauwesen und Vorstandsdirektors der OAMG Dr. Fabricius zu folgen, der anlässlich der heurigen großen Jubilarehrung und der Barbarafeier im weststeirischen Raum den Gedanken laut werden ließ, eine solche Raffinerie nicht vielleicht im Wildoner Raum, sondern am besten gleich im weststeirischen Kohlenrevier zu errichten, in dem in einigen Jahren ja sehr viele Arbeitskräfte frei sein werden, auf der anderen Seite große Industriehallen usw. vorhanden sind, Werkstätten und zum Teil auch geschultes Personal, zumindest aber Personal, das sich sehr rasch umschulen ließe für den Raffineriebetrieb und aus den Reihen der jungen Leute aber auch die Möglichkeit vorhanden wäre, sich Fachkräfte anzustellen, die dann in einer petro-chemischen Industrie Verwendung finden könnten. All dieses Dinge, meine Damen und Herren, sind für uns Steirer von einer sehr entscheidenden Bedeutung, und ich glaube eins zu sein mit sämtlichen Abgeordneten dieses Hauses, diese Bestrebungen von seiten dieses Hauses, vor allem aber durch die Landesregierung zu unterstützen, voranzutreiben, damit dieses weststeirische Kohlenrevier, in dem sich ein großes Arbeitskräfte-reservoir in Zukunft finden wird, nicht der Not anheim gestellt wird. Die Möglichkeiten technischer Natur sind vorhanden. Wir haben uns sogar auch schon mit Fachleuten darüber unterhalten, die zuerst Zweifel gehegt haben, ob die Errichtung einer solchen Industrie da draußen überhaupt möglich wäre auf Grund des geringen Wasserangebotes. Wir haben heute ja schon einige sehr lehrreiche Vorträge gehört, wie wichtig Wasser ist, wie wenig uns zur Verfügung steht, wieviel Wasser schon eine Bierbrauerei braucht, um 1 Liter Bier zu erzeugen, und der Chemiker sagt natürlich: Ich brauche noch wesentlich mehr Wasser, wenn ich eine petro-chemische Industrie errichte. Aber auch hier gäbe es Mög-

lichkeiten, dem auszuweichen, denn eine Pumpanlage, eine Rohrleitung über 6 km Länge z. B. wäre technisch nicht unmöglich zu errichten, wenn man im Köflacher Raum zu wenig Wasser hat und das Wasser dann aus dem Abfluß des Teigtischgrabens bei Gaisfeld usw. sich zusätzlich heranholt. Möglichkeiten gibt es also. Ich bitte das Hohe Haus, vor allen Dingen richtet sich aber die Aufforderung an die Landesregierung, nach dieser Richtung hin doch Bestrebungen zu unterstützen, damit der weststeirische Raum doch wieder zu einem blühenden Raum der Industrie wird. (Allgemeiner Beifall.)

3. Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Maunz.

Abg. **Maunz:** Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Gruppe 7 wird auch der Tierzucht breiter Raum gegeben. Ihre Bedeutung beweist schon die Tatsache, daß 70 % der Bareinnahmen der bäuerlichen Bevölkerung aus der Viehwirtschaft stammen und der Exporterlös aus dieser Produktion im Jahre 1963/64 mit 5.5 Milliarden Schilling fast die Höhe des Erlöses aus dem Eisen- und Stahl-export mit 6.5 Milliarden Schilling erreichte. Nicht zuletzt bildet die Viehwirtschaft die Grundlage unserer Ernährung schlechthin.

Von dem Gesamttrinderbestand Österreichs, welcher derzeit 2.2 Millionen beträgt, entfallen auf die Steiermark 20 %. Auf dem Schweinesektor hat die Steiermark anteilmäßig 70 %.

Wenn früher einmal die Viehzahl eines Betriebes über seine Größenordnung ausgesagt hat, so trifft dies heute längst nicht mehr zu. Nicht nur, daß Landarbeiter in unserer Zeit der Industrialisierung rar geworden sind, so ist auch Stall- und Melkpersonal fast überhaupt nicht mehr zu bekommen. Aus diesem Grunde haben sich eine beachtliche Zahl von Betrieben bereits viehlos gemacht und sich anderen Betriebszweigen, z. B. dem Maisbau, zugewendet. Die Tierzucht hat sich daher besonders auf dem Sektor der Zucht und Milchproduktion zum bäuerlichen Familienbetrieb verlagert. Hier sind es der Bauer und die Bäuerin, welche tagtäglich, auch an Sonn- und Feiertagen ohne Achtstundentag und ohne Urlaub — denn das Vieh kann man bekanntlich nicht auf Urlaub schicken — die schwere Stallarbeit verrichten und das Vieh betreuen. Ihnen gebührt Dank und Anerkennung. Es ist ein echter Dienst an unserem Volk.

Die Förderung der Tierzucht ist zum überwiegenden Teil der Landwirtschaftskammer anvertraut, welche durch zielbewußte Maßnahmen in den letzten Jahren beachtliche Erfolge zu verzeichnen hat. Neben anderen Förderungsaufgaben war wohl die Tbc- und Bangbekämpfung, welche 1953 mit Pflichtuntersuchungen und Ausmerzverfahren in Angriff genommen wurde und heute bis auf einen kleinen Rest beendet erscheint, ein schöner Erfolg! Es ist mir eine Ehrenpflicht, heute in diesem Zusammenhang eines Mannes zu gedenken, welcher die Tbc-Bereinigung in der Steiermark zu seinem persönlichen und besonderen Anliegen gemacht und sich große Verdienste erworben hat. Es ist dies unser verehrter Herr Landesveterinärdirektor, Hofrat

Dr. Ganslmayr, welcher mit Ablauf dieses Jahres in den Ruhestand tritt. Ich danke ihm im Namen der steirischen Bauernschaft für all seine Verdienste auf diesem Gebiete. Besonders danken möchte ich natürlich auch allen Beteiligten, den Tierärzten, den Bürgermeistern, den Kammern und allen Organen.

Unser Viehexport wurde durch die Tbc- und Bangbereinigung auf eine solide und sichere Basis gestellt und der Milchwirtschaft gesunde und neue Möglichkeiten eröffnet.

Sehr verehrte Damen und Herren! Erlauben Sie mir, daß ich Ihnen in diesem Zusammenhang einen kurzen zahlenmäßigen Bericht erstatte:

In der Steiermark wurden seit 1953 479.000 Rinder auf Tbc und Bazillus Bang untersucht. Nicht weniger als 60.000 Rinder mußten ausgemerzt werden. Hiefür war ein Aufwand aus öffentlichen Mitteln von 100 Millionen Schilling erforderlich. Ich möchte aber keinesfalls unerwähnt lassen, daß die steirische Bauernschaft einen weitaus höheren Schadensanteil, welcher ziffernmäßig gar nicht erfaßt werden kann, selbst zu tragen hatte. Im Hinblick darauf ist es besonders bezeichnend, daß unsere sozialistischen Partner die Tbc-Post bei den Regierungsverhandlungen jeweils als zu hoch und vielleicht auch unnötig bezeichnet haben. (Abg. Zinkane: „So ein Unsinn!“) Ich kann nur annehmen, daß es sich dabei um Absicht oder um Unverständnis handelt. (Landesrat Gruber: „Woher wissen Sie das?“ — Landesrat Wegart: „Aus der Zeitung!“) Ein weiterer Schritt zur Zucht- und Leistungsverbesserung war die künstliche Besamung. Mit ihr wurde 1947 begonnen und sie hat von Jahr zu Jahr eine größere Bedeutung und Ausweitung erfahren. Zum Beispiel wurden in der Steiermark von 210.000 belegfähigen Rindern 38% künstlich besamt. Hier zeichnet sich eine Möglichkeit ab, die breite Landeszucht, die Qualität rasch und spürbar zu heben. Außerdem ergibt sich in kleineren Kreisen die Einschränkung der Vatertierhaltung. Das vom Landtag beschlossene Steirische Tierzuchtgesetz bietet uns hier die rechtliche Grundlage. Die Entwicklung der Rinderrassen in der Steiermark geht mit der in Österreich konform.

Eine gewisse Einseitigkeit findet ihre Erklärung darin, daß z. B. Italien, welches zur Zeit mit fast 90% an unserem Viehexport beteiligt ist, nur Fleck- und Braunvieh zollfrei einführen läßt, wenn es sich dabei um Zuchtvieh handelt, während alle anderen Rassen, unabhängig von ihrem Nutzwert als Schlachtvieh, mit 10% Zoll belastet sind. Neben dem Braun- und Fleckvieh hat auch die Gelbviehrasse durch besondere züchterische Bemühungen beachtliche Leistungen erzielt. Im Rahmen der Tierzuchtförderung wurde auch die Futtergrundlage wesentlich verbessert. Ich erwähne hier nur die Vielzahl neuzeitlicher Silos, die Trocknungsanlagen, die neben der intensiven Futterberatung wesentlich zur Produktionssteigerung beigetragen haben.

Wie überhaupt die Futterberatung in Steiermark vorbildlich organisiert ist und als Schulbeispiel weit über dem Durchschnitt der Bundesländer liegt und auch anerkannt wird. Im Zusammenhang mit dieser Futterbasis und den erreichten Zuchtleistun-

gen erzeugt die Steiermark jährlich rund 90.000 Schlachtrinder.

In den klimatisch günstigen Gebieten ist durch die enorme Steigerung des Maisbaues die Schweinemast auf eine solide Grundlage gestellt und es werden jährlich 300.000 Stück schlachtreif gefüttert. Daraus geht hervor, daß wir auf den Viehexport und -absatz größtes Augenmerk zu lenken haben, um das Einkommen unserer bäuerlichen Bevölkerung aus diesen Betriebszweigen zu sichern und die Einkommen-Disparität nicht noch größer werden zu lassen.

Obwohl der Viehexport im heurigen Jahr einen befriedigenden Verlauf genommen hat, zeichnet sich bereits ein kleiner Rückgang ab November ab. Die Ursachen waren darin zu suchen, daß bedeutende Mengen Schlachtvieh aus Überseeländern zu Unterpreisen in Italien angeboten wurden. Nach genauer Prüfung konnte festgestellt werden, daß uns hier ein entscheidender Faktor zustatten kommt, und zwar ist die Qualität unseres Schlachtviehs bedeutend besser und es resultiert daraus die berechtigte Hoffnung, daß hier eine baldige Normalisierung und Besserung Platz greifen wird.

Daß es unseren steirischen Bergbauern und Viehzüchtern um die Qualitätssteigerung ernst ist, beweisen 10.000 Kontrollbetriebe mit rund 60.000 Kühen. Z. B. beträgt der Leistungsdurchschnitt von 1964 4183 kg Milch, 170 kg Fett und 4,06% Fettgehalt. Die Richtigkeit dieses Weges beweisen die Absatzveranstaltungen der Zuchtverbände, die im heurigen Jahr einen Gesamterlös von rund 80 Millionen Schilling erbracht haben.

Sicherlich haben alle Förderungseinrichtungen und aufgewendeten Mittel des Landes im Zusammenwirken mit den Organen der Kammern ganz große und entscheidende Erfolge zu verzeichnen.

Ich möchte aber meinen kurzen Bericht nicht damit beenden, daß wir etwa für die Zukunft wunschlos wären. Unser Wunsch wäre es, im Lande Lageräume für Schlachtvieh zu bauen, damit wir für allfällige Engpässe Preisunterschiede auffangen könnten.

Im übrigen ist das Anliegen der steirischen Bevölkerung das, daß weiterhin die Ernährung unserer Bevölkerung für die Zukunft gesichert wird. Und dessen verantwortungsvolle Berücksichtigung ist schon ein Blankoscheck für die Zukunft. Von dieser gesicherten Ernährung unseres Volkes hängt letzten Endes unsere Existenz, unser Wohlstand, und, wenn Sie wollen, auch unsere Freiheit ab. (Beifall.)

Präsident: Als nächster Redner hat Herr Abgeordneter Pölzl das Wort.

Abg. Pölzl: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Der wirtschaftliche Aufschwung der letzten Jahre hat neben sehr erfreulichen Aspekten, wie der Hebung des Volkseinkommens und des Lebensstandards, auch strukturelle Probleme der Wirtschaft gebracht. Durch die erhöhten Geldmittel, die dem Konsumenten zur Verfügung stehen, haben sich die Wünsche und die Geschmacksrichtung wesentlich rascher gewandelt als dies jemals vorher der Fall war.

In der Handelskammer Steiermark sind 34.748 Wirtschaftstreibende registriert. Von diesen 34.748 wirtschaftlichen Unternehmungen in der Steiermark sind rund 25.000 Kleinst-, Klein- und kleinere Mittelbetriebe bis zu 50 Beschäftigten, wobei natürlich ein Mittelbetrieb mit 50 Beschäftigten in der Kleidermacher-Branche schon als Großbetrieb bezeichnet werden kann. Durch die Änderung der Geschmacksrichtung des Konsumenten einerseits und durch die neuesten Erkenntnisse und Errungenschaften der Technik und der Wirtschaft war die Bildung von Großbetrieben möglich gemacht. Diese Großbetriebe sind nun in der Lage, wesentlich rationeller und schneller Waren und Produkte zu erzeugen, die bisher durch Jahrhunderte vom Handwerk in Einzelanfertigung erzeugt worden sind. Wir haben eine Reihe von Handwerks- und Handelsbetrieben, bei denen sich diese strukturelle Änderung sehr stark ausgewirkt hat. Und bei einigen dieser Branchen sprechen wir sogar von „sterbenden“ Berufen. Dazu gehören z. B. die Schmiede, die Wagner, die Faßbinder und die Korbflechter, die Drechsler, die Bürsten- und Pinselmacher, die Kleidermacher, die Schuhmacher und der kleinere Gemischtwarenhandel.

Der Vollständigkeit halber habe ich auch die Zahlen mitgebracht: So gibt es in der Steiermark 649 Schmiede, 310 Wagnereien, Faßbinder und Korbflechter gibt es je 202, Drechsler haben wir 28, Bürsten- und Pinselmacher gibt es derzeit noch 23, Kleidermacher 1828, Schuhmacher 983 und der kleinere Gemischtwarenhandel umfaßt 4562 Betriebe.

Es gibt auf der andren Site wieder Branchen, wie die Kfz-Mechaniker, die Elektrotechniker, die Installateure, die Tapezierer und auch noch einige in der Holzverarbeitung, die wohl eine sehr gute Konjunktur haben, aber auch bei diesen ist die Änderung der Betriebsstruktur in ganz gewaltigem Ausmaß feststellbar.

Kfz-Mechaniker gibt es 480, Elektrotechniker 476, Installateure gibt es in der Steiermark 250, und Tapezierer 447. Bei den nun angebotenen neuen Materialien für diese Branchen, vor allem die Kunststoffe, bei den Kleidermachern die Änderung der neuen Fasern, aber auch in den Metallbranchen, die sich früher nur mit Metall beschäftigt haben, haben die Kunststoffe großen Einzug gefeiert. Der Unternehmer dieser Branchen muß nun im sogenannten 2. Bildungsweg die Bearbeitung und Verwendung dieser neuen Materialien studieren und erlernen.

Hinzu kommt, daß durch die Anstrengungen der Wissenschaft — man kann ohne Übertreibung sagen — fast wöchentlich ein neuer Werkstoff oder ein neues Verfahren durch die Wirtschaft nutzbar gemacht wird. Von diesen 25.000 Kleinst-, Klein- und kleineren Mittelbetrieben in der Steiermark, die ca. 100.000 Menschen Arbeit und Brot geben, haben zwei Drittel der Meister ihre Lehr- und Gesellenzeit vor dem Jahre 1950 abgeschlossen. Es ergibt sich nun die Notwendigkeit, diese Unternehmer durch Informationsabende, durch Informationskurse und durch Spezialvorträge mit dem neuen Stand der Technik vertraut zu machen und auch die neuen wissenschaftlichen Errungenschaften den Meistern und ihren Mitarbeitern zur Kenntnis zu bringen.

Das Wirtschaftsförderungsinstitut der Handelskammer Steiermark hat auf diesem Sektor bisher schon Hervorragendes geleistet. Im Jahre 1963 wurden in 180 Kursen 2140 Teilnehmer, ein Jahr später in 199 Kursen 3496 Teilnehmer und im heurigen Jahr bis zum heutigen Tage 4552 Teilnehmer mit bestem Erfolg im Interesse der steirischen Wirtschaft geschult.

Ich möchte an dieser Stelle den Verantwortlichen des Wirtschaftsförderungsinstituts der Handelskammer Steiermark, Dr. Schäfer, Dr. Reiter und DKfm. Winter für ihre Arbeit herzlich danken.

Die Handelskammer Steiermark hat mit der Errichtung des neuen Werkstättegebäudes um den Betrag von rund 30 Millionen Schilling begonnen, um dem gewerblichen Unternehmer in der Steiermark die Möglichkeit zu geben, sich selbst und seine Mitarbeiter, das heißt seine Betriebsangehörigen, durch Kurse und Spezialvorführungen mit den neuesten Erkenntnissen vertraut zu machen. Ein Meister, der im Jahre 1950 die Prüfung abgelegt hat, war mit dem Co-2-Schweißen, einem Verfahren, das hervorragend ist und bei dem beim Oberflächenschweißen keine Schlackenbildung mehr vorkommt, nicht vertraut. Oder das Argonat-Schweißen, ein völlig neues Verfahren für rostfreie Stähle, Kupfer und Aluminium. Weiters wird das Schweißen für dünnwandige Materialien, für Rohre in diesen Spezialvorträgen und Kursen vermittelt. Aber die Handhabung der neuesten Maschinen sowie die Verarbeitung der neuen Kunststoffe werden und müssen ebenfalls unseren steirischen Handwerkern und ihren Beschäftigten vertraut gemacht werden.

Hohes Haus! Wie ich schon erwähnt habe, haben sich die Eisenbranchen, Schlosser, Mechaniker, Installateure, Elektriker, aber auch die Handwerksbetriebe, die sich bisher nur mit Holz beschäftigt haben, nun mit modernen Kunststoffen, die das Produzieren billiger, rascher und schöner ermöglichen, auseinanderzusetzen. Ein für Österreich bedeutendes Beispiel ist, daß zum Beispiel alle berühmten Schiffabriken Österreichs aus ehemaligen Wagnereibetrieben hervorgegangen sind. Hier ist also ein Strukturwandel, der auf dem Weltmarkt für unser Land Ruhm und Devisen eingebracht hat, vor sich gegangen. Wir haben die Korbflechter und Faßbinder, deren Erzeugnisse jahrhundertlang geschätzt waren, auf Modeartikel umgestellt. Die Industrie hat einfach diese Berufe als überholt hingestellt. Sie mußten sich mit neuen Arbeiten, mit neuem Material auseinandersetzen, um bestehen zu können. Die erfreuliche Auswirkung der Hochkonjunktur — und ich freue mich, in diesem Hause feststellen zu können, ja, wir leben in einer Hochkonjunktur, trotz aller Forderungen zu allen Kapiteln, die von den sehr verehrten Damen und Herren dieses Hohen Hauses gebracht worden sind, wir leben seit vielen Jahren in Österreich in einer Hochkonjunktur. Breite Schichten der Bevölkerung haben ihr durch Wissenschaft und Erfindergeist, aber auch durch Konsumorientierung einen Strukturwandel zu verdanken, der die unangenehme Nebenerscheinung für den Kleingewerbetreibenden gebracht hat. Es gilt nun, den Fleiß und die Arbeitskraft vieler tau-

sender steirischer Landsleute durch die Beratung im zweiten Bildungsweg abzusichern.

Im Kapitel 7 haben wir unter der Post 705 einen Betrag von 850.000 S zur Förderung der Klein- und Mittelbetriebe enthalten. Es liegt im Interesse dieses Hohen Hauses, hier nach bestem Wissen und Gewissen die Leistungen der steirischen Bevölkerung auf die einzelnen Kapitel zu verteilen, vorsorglich aber für die kommenden Jahre das Augenmerk auf die Post 705 zu richten und in den kommenden Landesvoranschlägen ein Vielfaches von den 850.000 S für die Förderung, Beratung und Weiterbildung des Kleingewerbes der Steiermark zur Verfügung zu stellen. Mehr Bildung und mehr Kenntnisse, vermittelt durch den Beratungsdienst des Wirtschaftsförderungsinstituts der Handelskammer Steiermark, für das steirische Gewerbe verhindern erstens ein soziales Gefälle und fördern den Fleiß und die Tüchtigkeit des steirischen Handwerks zum Nutzen und Frommen unseres Landes! (Allgemeiner Beifall.)

3. Präsident: Der Herr Abgeordnete DDr. Götz hat das Wort.

Abg. **DDr. Götz:** Hohes Haus! Ich möchte einige Worte über das Problem des Fremdenverkehrs verlieren, über ein Problem, das im vorliegenden Voranschlag auch die Schwerpunkte erkennen läßt, die zumindest in den Ansätzen des Budgets schon primär gesetzt sind, jene Schwerpunkte, die einerseits die Förderungsaufgaben des Landes umfassen, andererseits direkt für bestimmte Investitionen gewisse Anreize geben, wie Schwimmbäuderausbau, Lifte, Campingplätze, das ganze weite Gebiet des Wanderns, der Schutzhütten und auch spezifische Sportanlagen, wie Tennisplätze, Minigolfplätze usw.

Eine weitere, nicht so deutlich sichtbare, aber entscheidende Post ist in all jenen Ansätzen zu sehen, wo von allgemeinen Werbemitteln, von Förderungsmaßnahmen die Rede ist. Und hier glaube ich, daß vielleicht eine Anregung nicht uninteressant ist, nämlich die Anregung, neben einer Spezialwerbung für spezielle Gebiete auch eine solche Werbung auf einen ganz bestimmten Personenkreis zu konzentrieren. Ich darf feststellen, daß ein gleicher Versuch — und ich hoffe, daß es hier zu einer entsprechenden Übereinstimmung zwischen der Landeshauptstadt und dem Land kommen wird — seitens der Landeshauptstadt unternommen wird. Ein berufsgruppenmäßig gezielter Werbungsversuch, der sich vor allem nach den Gewohnheiten, und zwar nach den Urlaubsgewohnheiten dieser verschiedenen Berufsgruppen richtet. Es ist so, daß eine allgemeine Entwicklung des Fremdenverkehrs der Steiermark zugute kommt, und zwar die Tatsache, daß eine Abnahme des Direktverkehrs aus den industriellen Ballungszentren Rhein-Ruhr, die ja einen Hauptanteil, sagen wir die Hauptquelle des Fremdenverkehrs darstellen über die Route Kufstein—Innsbruck—Italien, daß eine gewisse Verschwenkung dieses Hauptstromes in südöstlicher Richtung erfolgt ist. Das heißt, daß in den letzten beiden Jahren eine außerordentlich starke Zunahme des Fremdenverkehrs nach Jugoslawien, Bulgarien und Ru-

mänien eingesetzt hat und daß diese Veränderung des Reisetromes nicht nur für den unmittelbaren Urlaubsaufenthalt in der Steiermark, sondern vor allem für die Reiseroute und auch für den Zwischen-aufenthalt in der Steiermark von außerordentlich hoher Bedeutung ist.

Ich möchte auch sagen — zum Unterschied von anderen Materien, die ich im Laufe dieser Budgetdebatte behandelt habe —, daß es zweifellos sehr erfreulich ist, zur Gesamtentwicklung des steirischen Fremdenverkehrs feststellen zu können, daß sich eine Initialzündung der Gebietskörperschaften, ganz allgemein gesprochen, zu unerhörten und sich vielfach erhöhenden Initiativen auf der Ebene der gesamten Fremdenverkehrswirtschaft, der einzelnen Gemeinden, der zentralen Fremdenverkehrsgebiete der Steiermark positiv ausgewirkt hat. Wie entscheidend diese Vervielfältigung einer solchen Initialzündung ist, mögen jene Zahlen beleuchten oder mag jene Zahl beleuchten, die in einer Zusammenfassung aus dem Jahre 1964 — und zwar Ende 1964 — den Minus-Saldo der Handelsbilanz und den Plus-Saldo der Dienstleistungsbilanz aufzeigt. Wenn man weiß, daß im Jahre 1956 die Handelsbilanz Österreichs 1,9 Milliarden Defizit ausgewiesen hat und die Dienstleistungsbilanz 2,2 Milliarden Überschub und wenn man vergleicht, daß es im Jahre 1964 bereits ein Negativsaldo der Handelsbilanz von 10,8 Milliarden war, dem eine Dienstleistungsbilanz von positiv 10,9 Milliarden gegenübergestanden ist, so sieht man in diesen Ziffern das bestätigt, was immer wieder, ich möchte sagen, als beruhigende Mitteilung bei der Betrachtung der gesamten Zahlungsbilanz ausgeführt wird, nämlich die Mitteilung, daß durch den Fremdenverkehr, durch die Dienstleistungsbilanz eine noch positiv gestaltete Zahlungsbilanz ermöglicht wird. Wie weit dies im Jahre 1965 auch möglich sein wird, weiß man nicht, denn die Ziffern, die Voraussagen im Jahre 1965 zeigen, daß der Unterschied verhältnismäßig knapp geworden ist.

Ich möchte vielleicht auf noch etwas hinweisen: Auf etwas, das im Bereich der Ausbauwünsche in ein konkretes Stadium getreten ist, nämlich die Frage des Flugverkehrs, oder konkret, die Frage des Ausbaues des Grazer Flugplatzes. Im Herbst des heurigen Jahres waren Vertreter einer nicht unbekanntem und großen Reisegesellschaft in Graz, die darauf hingewiesen haben, daß sie innerhalb eines Jahres die Fluggäste, die Urlaubsgäste ziffernmäßig auf das Dreifache steigern konnten, d. h., daß sie von 24.000 im abgelaufenen Jahr auf über 75.000 im heurigen Jahr gekommen sind, die allein mit Charterflugzeugen in bestimmte Urlaubsorte geflogen wurden. Und sie rechnen, daß diese Steigerung progressiv weitergeht. Ich glaube, daß daher die Bedeutung des Ausbaues des Grazer Flugplatzes, die Bedeutung vor allem des Anschlusses unserer Flugverbindungen auch außerhalb spezieller Charterflüge, wie etwa des Anschlusses München oder Frankfurt über Linz, wie das jetzt geplant ist, also des Anschlusses an das internationale Flugverkehrsnetz für den Fremdenverkehr, für die Wirtschaft unseres Landes außerordentlich wichtig ist. Vielleicht wird es möglich sein, eine Reihe von not-

wendigen, aber wie die Debatte gezeigt hat, in absehbarer Zeit nicht erfüllbaren Straßenausbesse- rungs- und Straßenbauwünschen zumindest in den wirtschaftlichen Auswirkungen durch einen guten Ausbau des Flugplatzes, durch eine Steigerung der guten oder entsprechenden Flugverkehrsverbindun- gen nach Graz teilweise abzumildern. Ich muß sa- gen, es ist bedauerlich, sogar sehr bedauerlich, daß bis nun die Steiermark und Graz in dem inneröster- reichischen Flugverkehrsnetz ein absolutes Stief- kind war, wiewohl das Passagieraufkommen im innerösterreichischen Flugverkehr auf der Strecke Graz—Wien bzw. Wien—Graz das größte war und gewisse Zusagen schon für die Sommerflugplange- staltung des Jahres 1965 gegeben waren, die aber nicht eingehalten wurden.

Ich hoffe — und diese Hoffnung möchte ich an den Schluß meiner Ausführungen stellen —, daß es im nächsten Flugplan, also speziell im Sommerflugplan, möglich ist, die Zusage oder das vague Versprechen, das seitens der AUA gegeben wurde, nämlich die direkte Flugverbindung Graz—Linz—Frankfurt, Wirklichkeit werden zu lassen und damit einmal einen Ansatzpunkt zu finden, den Verkehrsstrom der Zukunft bereits an einem Zentralpunkt auch in der Steiermark und für die Steiermark anzubinden. (Beifall.)

Präsident: Der Herr Abgeordnete Zinkanel hat das Wort.

Abg. Zinkanel: Hohes Haus, sehr verehrte Da- men und Herren! Ich habe mein Konzept im Hin- blick auf die vorgeschrittene Zeit gekürzt und darf es mir vielleicht daher erlauben, auf einige Bemerkun- gen der Vorredner ganz kurz einzugehen.

Der Herr Präsident Koller hat im Zusammenhang mit den Schwierigkeiten bezüglich der Hochwasser- hilfe darauf hingewiesen, daß es sehr unerfreulich ist, daß man da nicht so zu Rande gekommen ist, als es notwendig gewesen wäre. Ich darf sagen, von der sozialistischen Seite waren da keine Schwie- rigkeiten. Es wird sicher auch die andere Seite es nicht so gewollt haben, daß die Hilfe für die Ge- schädigten gerade von denen kommt, die selber mehr oder weniger — nachdem es die Kleinen und Kleinsten gewesen wären nach der anderen Seite — geschädigt waren, daß die zur Hilfeleistung vor allem hätten herangezogen werden sollen.

Bezüglich der Preispolitik möchte ich feststellen: Selbstverständlich ist auch die Preispolitik eine Po- litik des Möglichen. Es soll weder den bäuerlichen Produzenten, aber natürlich auch nicht den städti- schen Konsumenten gewissermaßen der Hals abge- schnitten werden. Ich glaube eher, daß Bauern und Arbeiter gemeinsam darauf achten müßten, daß ihnen nicht beiden zu viel aus der Tasche herausge- nommen wird.

Eine etwas eigenartige Bemerkung hat der Kol- lege Maunz meines Erachtens damit gebracht, daß er sagt, daß die Sozialisten gegen die entsprechende Einstufung der Tbc-Post gewesen wären. Soweit ich mich inzwischen informieren konnte, hat es mit dem Herrn Referenten in dieser Hinsicht keine Schwie- rigkeiten gegeben. Was verlangt wurde, das wurde

auch eingesetzt. Ich möchte das sehr deutlich fest- stellen und außerdem könnte ich mir vorstellen, daß sich die Post wirklich ändert, denn wenn für 50.000 Betriebe — nur um eine Zahl zu nennen, denn ich habe nicht die authentischen Ziffern, nur Beispielsziffern — bereits die Bereinigung durchge- führt wurde und vielleicht nur mehr 5000 oder 6000 Betriebe übrig wären, man dann selbstver- ständlich die damit frei werdenden Mittel der Land- wirtschaft auf einem anderen Sektor zur Verfügung stellen würde. Und ich glaube nicht, daß jemand draußen in der Landwirtschaft gegen eine solche Re- gelung etwas einzuwenden hätte. Das dazu.

Und nun einige andere Feststellungen. Nachdem so viele der in das Hohe Haus entsandten Abgeord- neten bei der vorjährigen Budgetdebatte ihre leb- hafte Anteilnahme am Verlauf der Bauernkammer- wahlen 1964 bekundet haben — die zahlreichen Zwischenrufe während meines Berichtes waren ja ein deutlicher Beweis dafür —, glaube ich fast, ver- pflichtet zu sein, den Damen und Herren des Hohen Hauses eine Information über den heutigen Stand der Dinge geben zu sollen. (Abg. Neumann: „Aber eine sachliche Information!“)

Wie ich schon damals feststellen konnte, haben wir Sozialisten — Kollege Neumann, Sie werden mir beipflichten — im Interesse der Wahrung der Demokratie die Bauernkammerwahlen vom vorigen Jahr beim Verfassungsgerichtshof angefochten. Mit einem tatenlosen Hinnehmen der bei dieser Wahl gehandhabten Praxis hätten wir nicht nur uns, son- dern letztlich auch Ihrer Seite, glaube ich, keinen guten Dienst erwiesen. Die Anfechtung ist aufge- griffen worden. Wir erwarten für den morgigen Tag die abschließende Verhandlung im Gesetzesprü- fungsverfahren. Es liegt mir absolut fern, über den Ausgang dieser Verhandlungen eine Prognose stel- len zu wollen. Ich möchte nur das Hohe Haus in Kenntnis setzen, daß bei den Beratungen über die Anfechtung Bedenken bezüglich der Verfassungs- mäßigkeit der gesetzlichen Regelung hinsichtlich des aktiven Wahlrechtes entstanden sind. In seinem Beschluß vom 3. Juli 1965, das Verfahren zum Zweck der Überprüfung des Bauernkammergesetzes und der Wahlordnung zu unterbrechen, geht der Verfas- sungsgerichtshof auf die betreffenden Gesetzesstel- len ein und vertritt die logische Meinung, daß die Kammerzugehörigkeit und die Kammerumlage- pflicht auch das Wahlrecht bedingen. Ich habe es mir versagt, meine sehr verehrten Damen und Her- ren, hier ein Zitat aus dieser Unterbrechungsschrift, aus diesem Beschluß zu bringen, um nicht zuviel Zeit für diese Frage aufzuwenden. Wenn der Ver- fassungsgerichtshof nicht noch triftige Gründe fin- det, von dieser bereits geäußerten Rechtsmeinung, die sich mit unserer Auffassung erfreulicherweise deckt, abzugehen, dann ist mit einer Behebung der Bauernkammerwahl 1964 und damit auch mit der Zwangsauflösung der derzeitigen Vollversammlung der Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft zu rechnen. Das würde weiters bedeuten, daß im kom- menden Jahr das Bauernkammergesetz novelliert und in weiterer Folge die Bauernkammerwahlen wiederholt werden müßten. Daß der Bauernbund in dieser Situation acht Tage vor der Entscheidung

eine beachtliche Erhöhung der Kammerumlage beschlossen hat, das findet nicht nur bei der „Kleinen Zeitung“, sondern auch draußen bei der Bauernschaft kein sehr großes Verständnis. (Abg. Neumann: „Das war wieder eine unsachliche Bemerkung, die Bauern haben durchaus Verständnis!“) Wenn man damit 14 Tage gewartet hätte, bis man weiß, ob man legal weiterwirtschaften kann oder ob man nicht schon im Zustand der Illegalität sich befindet (Abg. Neumann: „Sie wissen, daß jetzt die übliche Zeit der Voranschlagstellung ist!“), dann würde kein Mensch sich an diesem Beschluß stoßen. (Abg. Nigl: „Er greift halt gerne in ein schwebendes Verfahren ein!“) Das ist ja keine absolut festgefügte Zeit von vornherein, sie läßt sich variieren.

Die Bemerkung der „Kleinen Zeitung“ ist da eigentlich sehr zutreffend, daß es eine etwas eigenartige Geheimtuererei gewesen ist. (Unverständliche Zwischenrufe.) Aber doch nicht mit so einem Geschenk an die Bauernschaft, man darf doch nicht an die Landeskammer allein denken, man muß auch an die Bauernschaft denken. (Abg. Dr. Rainer: „Die SPÖ hat den Mitgliedsbeitrag auch erhöht!“) Wir stehen nicht vor dem Verfassungsgerichtshof, Herr Doktor. (Abg. Dr. Rainer: „Vielleicht kommt es noch!“ — Landesrat Gruber: „Da brauchen Sie sich nicht wundern, wir bekommen halt nur von unseren Mitgliedern das Geld!“)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Zinkanell.)

Ich möchte sagen, das alles, die Arbeit, der Ärger, die Kosten und auch das unliebsame Aufsehen wäre erspart geblieben, wenn man nicht über das an sich unzulängliche Kammergesetz hinaus vielen Wählern das Wahlrecht entzogen hätte. Es ist schade um die Kraft, die durch solche Vorkommnisse in Anspruch genommen wird. So viele wichtige Aufgaben drängen heran, daß alle positiven Kräfte auf diese wichtigen Aufgaben konzentriert werden sollten. Das gilt besonders für unsere Landwirtschaft, die sich auf die zu erwartende Konkurrenz aus dem EWG-Bereich vorbereiten muß. Vom Landesbudget her ist erfreulicherweise für die Sicherung und den Fortschritt der steirischen Landwirtschaft sehr wohl vorgesorgt.

Ich bin überzeugt, daß die Realisierung der vom Land finanzierten Vorhaben rascher vonstatten geht als die Aufnahme der Tätigkeit der sogenannten Bodenbank. Das Gesetz über die Errichtung eines landwirtschaftlichen Grundauffangsfonds für das Land Steiermark ist am 27. Jänner dieses Jahres beschlossen und am 29. Juli dieses Jahres ausgegeben und versendet worden. Bis heute aber konnte der zuständige Herr Landesrat Dr. Niederl das Kuratorium nicht zur konstituierenden Sitzung einberufen, weil noch immer nicht alle Mitglieder des Kuratoriums nominiert sind. Ich darf dazu feststellen, die sozialistische Fraktion hat schon vor Monaten ihre Leute genannt. (Abg. Buchberger: „Wir wollen den Spruch des Verfassungsgerichtshofes abwarten!“)

Ihr werdet euch auch einigen, aber möglichst bald. Ich wollte nämlich auch sagen, das Nochnichtfunk-

tionieren der Grundauffangsstelle ist wirklich bedauerlich, da es deswegen vielen bäuerlichen Betrieben noch versagt ist, die vom Grundangebot her mögliche Aufstockung und damit die Verbesserung ihrer Existenzgrundlage durchzuführen. Wieviel Boden ständig angeboten wird, das lesen wir zu jedem Wochenende aus den Zeitungen. Auch da hätte ich eine ganz interessante Unterlage gehabt aus Niederösterreich, wie dort eine genossenschaftliche Grundauffangsstelle sehr, sehr wesentliche Arbeit für die bäuerlichen Betriebe geleistet hat. Im Hinblick auf eine Verbindung mit der EWG kommt eben gerade der Besitzaufstockung sehr große Bedeutung zu. Es ist allerdings die Vergrößerung des Besitzes allein kein ausreichendes Mittel, um dem scharfen Konkurrenzwind, der bei Öffnung der EWG-Tore nach Österreich blasen wird, standzuhalten. Nach wie vor ist es die Intensivierung und Erweiterung der Berufsausbildung, die im Vordergrund aller Bestrebungen stehen muß, unsere Landwirtschaft europafähig zu machen. Wenn, wie aus einer kürzlich erschienenen Meldung zu entnehmen ist, nur 4% jener bäuerlichen Jugendlichen, die einmal einen Hof von über 10 ha Größe übernehmen müssen, eine landwirtschaftliche Fachschule besuchen, dann ist das absolut unbefriedigend und ungenügend. Diese nur 4% erscheinen noch unzulänglich, wenn man die Vergleichszahl aus Westdeutschland, nämlich 37%, danebenstellt. Alles, was auf diesem Sektor geschieht und angestrebt wird, soll wirksam unterstützt werden.

Die Fach- und Berufsschulausbildung ist meines Erachtens unbedingt noch zu verstärken und zu unterstützen durch eine verstärkte Erwachsenen-Berufsausbildung. Ich habe schon im Finanzausschuß auf die Möglichkeit hingewiesen, die Landwirtschaftsbetriebe des Landes viel mehr als das bisher geschieht als Stätten der bäuerlichen Erwachsenen-Berufsausbildung heranzuziehen. Dem Land stehen bei solchen Vorhaben meines Erachtens keine unüberwindlichen Hindernisse im Wege.

Ausreichende Berufsausbildung und Strukturverbesserung sind zwar wichtige, aber doch nur Teilgebiete der Agrarpolitik. Es würde zuviel Zeit in Anspruch nehmen, sich hier mit allen Teil- oder Spezialfragen auseinanderzusetzen. Ich möchte daher nur noch die grundsätzlichen Feststellungen treffen: Aus Gründen der Ernährungspolitik, aus Gründen des inneren Absatzmarktes für die heimische Industrie und das Gewerbe und aus Gründen der Erhaltung der österreichischen Kulturlandschaft muß es ein Anliegen des ganzen Volkes sein, den Bestand der bäuerlichen Familienbetriebe zu sichern. Die allgemeine Wirtschaftspolitik hat auf diese Sicherung durch eine gerechte und regulierende Ordnung des Marktes Bedacht zu nehmen. Das bedingt allerdings auch eine umfassende Marktforschung und die Förderung einer marktgerechten Spezialisierung. Besonderes Augenmerk ist dabei der ökonomischen und überbetrieblichen Technisierung zuzuwenden. Für die Verwendung der öffentlichen Förderungsmittel wären einheitliche gesetzliche Richtlinien und auch ausreichende Kontrollmöglichkeiten zu schaffen. Neben der materiellen Gleichstellung des Landvolkes muß ihm auch der gleiche

soziale und kulturelle Standard wie der übrigen Bevölkerung zugesichert werden. In bezug auf die soziale Gleichstellung sind wir in Österreich zur Zeit dabei, mit der Errichtung der Bauernkrankenkasse einen sehr wesentlichen Schritt vorwärts zu tun. Es geht nicht an, die einzelnen Paragraphen des Bauernkrankenkassengesetzes hier zu besprechen, das ist sicher auch nicht notwendig, da alle Damen und Herren über die Aufgaben einer Krankenkasse zweifellos bestens informiert sind. Ich darf jedoch auf zwei Unterschiede zu anderen Krankenkassen hinweisen:

1. Die finanziellen Mittel werden in einer Art Partnerschaft mit dem Bund 50 : 50 aufgebracht. Die sozialistische Arbeiterschaft zahlt also über ihre Lohnsteuerleistung einen sehr entscheidenden Anteil mit für die Leistung der Kasse an die Bauern.

2. Es besteht noch kein Vertrag mit den Ärzten, so daß es zu unliebsamen Verkomplizierungen und Verteuerungen bei der ärztlichen Betreuung kommen kann und kommen wird, sofern nicht bis zum 1. April — das ist der Tag, wo die Leistungspflicht der Kasse einsetzt — doch noch eine Vereinbarung mit den Ärzten zustande kommt.

Trotz der vorhandenen Anfangsschwierigkeiten ist die Errichtung der Bauernkrankenkasse selbstverständlich für die bäuerlichen Familien ein außerordentlicher Fortschritt. Viele tausende bäuerlicher Männer und Frauen und auch Kinder werden nicht mehr aus Sorge vor den Kosten den rechtzeitigen Weg zum Arzt oder ins Krankenhaus scheuen und viel Unheil, das durch das zu späte Aufsuchen ärztlicher Hilfe entstanden ist, wird nunmehr vermieden werden können. Die Bauernkrankenkasse ist ein Segen, das hört man jetzt auch von jenen Bauernbundfunktionären, die noch bis zum Jahre 1963 entschieden gegen die Bauernkrankenkasse eingestellt waren.

Ich will darauf verzichten, die scharfen Äußerungen von Bauernbundfunktionären, mit denen sie die Einführung der Bauernkrankenkasse abgelehnt haben, wiederzugeben. Nur den Artikel der „Landwirtschaftlichen Mitteilungen“ vom 1. Juni 1963, den ich da zur Verfügung hätte, möchte ich in Erinnerung bringen. Dort wird mitgeteilt, daß die Mehrzahl der Bezirkskammern, die vom Bauernbund geführt sind, und die Mehrheit der Gemeindebauernobmänner — das sind Bauernbundfunktionäre — die Bauernkrankenkasse ablehnen.

Es wurde auch eine Befragung durchgeführt. Sie hat keine Überraschung gebracht. Sie entsprach der jahrelangen negativen Haltung der Bauernbundführung. Nur 18% der Befragten haben überhaupt ihre Stimme abgegeben und davon haben 72,5% mit „Nein“ gestimmt. Wenn trotz dieser Haltung des Bauernbundes die Bauernkrankenkasse ihre Tätigkeit nun aufgenommen hat, so ist das, meine sehr verehrten Damen und Herren, vor allem das Verdienst und der Erfolg des Bundesministers für soziale Verwaltung, des Sozialisten **P r o b s t**. (Beifall bei der SPO — Heiterkeit bei der ÖVP. — Abg. **P a b s t**: „Das glaubt Ihr ja selbst nicht!“ — Abg. **N e u m a n n**: „Sagen Sie auch dazu, daß nach dem Entwurf vom Minister Probst die Bauern ihre Krankenkasse hätten selbst bezahlen müssen!“) Aber ist

ja gar nicht wahr, Kollege. Es war von vornherein an eine Beteiligung des Bundes gedacht. Und ich könnte Ihnen hier einen Zeitungsausschnitt vorlegen, in dem der Herr Finanzminister Korinek, einer unter den vielen Finanzministern der letzten Zeit, eine sehr eindeutige Ablehnung des Bundeszuschusses zur Bauernkrankenkasse erklärt hat. Also bei uns hat es da keine Schwierigkeiten gegeben. (Abg. **N i g l**: „Da ist unser Finanzreferent schon großzügiger!“) Ich freue mich jedenfalls, meine Damen und Herren, diese Feststellung treffen zu können. Ich habe sie auch bewußt an den Schluß meines Diskussionsbeitrages gestellt als einen weiteren Beweis für das aktive Verständnis, das die Sozialisten den Sorgen und Anliegen der bäuerlichen Bevölkerung entgegenbringen, einem Verständnis, mit dem wir Sozialisten auch die vorliegenden landwirtschaftlichen Resolutionsanträge unterstützen und mit dem wir gerne auch dem landwirtschaftlichen Teil des Landesvoranschlages 1966 unsere Zustimmung geben. (Beifall.)

Präsident: Am Wort ist der Herr Abgeordnete **H o f b a u e r**.

Abg. **H o f b a u e r**: Hoher Landtag, sehr verehrte Damen und Herren! Verschiedene Gründe veranlassen mich, auch zur Gruppe 7 das Wort zu ergreifen; bitte nicht zur Landwirtschaftsfrage, obwohl mir dieses Thema nicht unbekannt wäre, sondern zum Fremdenverkehr. Ich habe mit Entsetzen festgestellt, es sind wohl acht neue Abgeordnete in das Hohe Haus eingezogen, und ich habe mich beim Herrn Präsidenten nicht erkundigt, wie viele Abgeordnete schon das Wort ergriffen haben, aber bis jetzt hat noch keiner ein Wort über den steirischen Fremdenverkehr gesagt. (Abg. **K a r l L a c k n e r**: „Kommt schon noch!“)

Ich erachte es als meine unumgängliche Pflicht, denn wir wissen ganz genau, der Fremdenverkehr ist nicht nur heute, sondern auch in Zukunft eine unserer wichtigsten Einnahmequellen — das wird immer wieder betont — für unsere Heimat, aber nicht nur als Devisenbringer, sondern jeder von uns weiß, daß gerade in unserer Heimat, speziell in meinem Bezirk, diese zusätzlichen Einnahmen aus dem Fremdenverkehr sehr willkommen sind. Deswegen bitte ich, daß man sich dieser Frage stärker widmet. Ich darf mit Freude feststellen, daß der zuständige Referent, Landesrat **W e g a r t**, in dieser Hinsicht wesentlich aufgeschlossener ist und er selbst sagt, daß in der Obersteiermark rund 60% des steirischen Fremdenverkehrs sind.

Meine Damen und Herren! Sie alle wissen aus der Statistik, zum Beispiel 1963/64, daß rund 97,2% der Besucher aus dem Westen kommen und nur 2,8% aus den östlichen Ländern. Ich glaube kaum Gefahr zu laufen, daß man mir vielleicht eine Unverlässlichkeit irgendwie anhängen will oder kann, aber immerhin, das sind Zahlen, mit denen sich der steirische Fremdenverkehr zu beschäftigen haben wird. Wenn man bedenkt, 97,8 bzw. 97,2% und dagegen nur 2,8%, so wird das, zukunftsmäßig gesehen, doch noch ein Problem werden, mit dem man sich zu beschäftigen haben wird.

Ich habe eingangs erwähnt, daß ich mich bei meinem Fremdenverkehrsbericht hauptsächlich auf den politischen Bezirk Liezen verlege, weil sich ja dort das Gros des steirischen Fremdenverkehrs abwickelt. Und ich habe mir diesmal die Zahlen von 15 Gemeinden heraus schreiben lassen, weil ich im vergangenen Jahr das Gefühl gehabt habe, daß man dort und da gelächelt hat, weil ich bei der Gruppe 7, die die wichtigsten Wirtschaftszweige beinhaltet, soviel vom Bezirk Liezen und allem, was in diesem Bezirk anfällt, gesprochen habe.

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Alle diese Gemeinden, die ich namentlich aufzählen werde, haben keine Industrie oder keine wesentliche Industrie. Und diese Gemeinden leben praktisch vom Fremdenverkehr. Ich darf auch von vorn herein betonen, daß alle diese Gemeinden, die keine oder nur geringe Steuereinnahmen haben, sehr viel in den letzten Jahren zum Fremdenverkehr beigetragen haben. Und nun zum Ausseerland, ich müßte kein Ausseer sein, wenn ich nicht dort mit den Jahreszahlen beginnen würde. Ich darf dazu sagen, daß diese Zahlen nur bis 30. Oktober oder 30. November Gültigkeit haben, weil ja für Dezember noch keine Statistik vorliegt. Aber immerhin haben wir — ich fange bei der kleinsten Gemeinde des Ausseerlandes an — in Kainisch im Jahre 1964 25.057 Übernachtungen gehabt und im Jahre 1965 25.003. Grundsee: 1964 116.549 und 1965 bis Ende Oktober 116.051. Altaussee: 1964 116.614 und 1965 — hier geht die Statistik bis 30. November — 117.326. Mitterndorf: Ich traue mich das zu sagen, wenn auch dort ein ÖVP-Bürgermeister ist, ist eine sehr aufstrebende Fremdenverkehrsgemeinde und hat 1964 125.192 Übernachtungen gehabt und bis jetzt — auch nur bis November — 123.999. Bad Aussee hatte im vergangenen Jahr 1964 154.065 und jetzt 1965 bis Ende Oktober 195.130. Und es sei mir gestattet, daß ich Tauplitz, weil es geographisch zu diesem Kessel dazugehört und dazu paßt, auch zum Ausseerland dazurechne. Tauplitz hatte vergangenes Jahr 145.206 Übernachtungen und in diesem Jahr 162.000. Man rechnet, hat mir der Fremdenverkehrsverein gesagt, daß man bis Ende d. J. auf 180.000 Übernachtungen kommen wird. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dazu möchte ich sagen, daß im Ausseerland einschließlich Tauplitz eine Steigerung von 1964 auf 1965 um 56,5% zu verzeichnen ist. Ich habe mir dann noch die Gemeinden Schladming, Ramsau, Obdorn, Donnersbachwald, bitte auch Donnersbach, wo der Abgeordnete Lackner sitzt, Wildalpen usw. herausgeschrieben. Keine Unterlagen habe ich bekommen für die Gemeinden Stainach, Wörschach und Gröbming. Immerhin darf ich sagen, daß diese Gemeinden einschließlich des Ausseerlandes im Jahre 1964 über 1 Million Übernachtungen gehabt haben und 1965 über 1,202.000. Wenn ich für Gröbming, Wörschach und Stainach und noch für andere Gemeinden des Bezirkes Liezen die Unterlagen hätte, ich getraue mich zu sagen, es würden bis 31. Dezember dieses Jahres rund 1,5 Millionen Übernachtungen im politischen Bezirk Liezen stattfinden.

Meine Damen und Herren! Daraus ersehen Sie, daß das eines der allerwichtigsten Gebiete ist in der

Gruppe 7, und ich würde es begrüßen, wenn sich in Zukunft mehr Abgeordnete des Hohen Hauses um diesen Zweig in der Steiermark kümmern würden. Warum sage ich das? Weil sehr viele Abgeordnete des Hohen Hauses der Meinung sind, es geht das ganze Geld immer da hinauf. Ich bin nicht so unobjektiv, daß ich nicht sagen würde, daß der Landesrat Wegart sehr oft schon namhafte Unterstützung gegeben hat, ich muß aber sagen, daß die Privatinitiative — der Landesrat weiß es — eine äußerst große ist. Und wer dieses Gebiet kennt vom Ausseerland angefangen bis Schladming und bis Aigen im Ennstal usw., weiß, was sich hier an Eigeninitiative abspielt. Ich habe eingangs gesagt, daß das lauter Gemeinden mit kleinen Einnahmen sind. Ich möchte damit sagen, daß es dieses Gebiet — es ist naturmäßig eines der schönsten — ich wäre kein Ausseer, wenn ich das nicht sagen würde — sehr wohl verdient, daß man es in aller Zukunft doch, Herr Landesrat, da muß ich mich an dich wenden, mehr fördert. Ich denke da an Kärnten, wie hat man Villach ausgebaut, wo der Fremdenverkehrsstrom ist. Ich würde auch bitten, nicht nur fördern, sondern auch die Straßen in Ordnung bringen; es ist in diesem Hohen Hause schon oft erklärt worden, daß der Pötschenpaß und das Ausseerland das Einfallsgelände für die ganze Steiermark sind. Und wenn ich mich absichtlich bei den Straßendebatten nicht eingemischt habe, so muß ich doch sagen, im Interesse eines gut funktionierenden Fremdenverkehrs, nicht nur für das obere Gebiet, sondern auch für das südlichere Gebiet, müßten sich die zuständigen Mitglieder der Landesregierung auch für den Ausbau des Straßennetzes von Kainisch bis Klachau einsetzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, aber auch andere Gebiete, das Admonter Gebiet, das Donnersbachwalder Gebiet, die sind alle besonders unterstützungsbedürftig. Wenn ich an das Gebiet von Donnersbachwald denke — ich habe es schon im Finanzausschuß erklärt und dankenswerterweise hat es heute auch der Herr Abgeordnete Lackner Karl erwähnt —, so müßte mit aller Gewalt die Straße von Donnersbach nach Donnersbachwald eine Erweiterung erfahren. Aber in diesem Tal fehlen sogar in verschiedenen Orten die Telefonanschlüsse. Man kann von einem fremden Gast nicht verlangen, daß er in diese schönen Gebiete geht und dann nicht einmal einen Telefonanschluß hat. Genauso ist es im Admonter Gebiet, die Kaiserauer Straße und was es dort noch alles an Naturschönheiten gibt. Herr Landeshauptmannstellvertreter Dr. Koren hat gestern so schön über die Naturschutzgebiete gesprochen. Diese schönen Gebiete und Naturschönheiten bestehen alle, aber sie sind alle sozusagen „unterentwickelt“. Meine Bitte geht daher dahin, daß das Fremdenverkehrsreferat sich doch Gedanken macht, wie man dieses einmalige Gebiet doch unterstützen könnte. Herr Landesrat Wegart weiß, daß alle die von mir aufgezählten Gemeinden für den Fremdenverkehr schon Schulden gemacht haben. Er weiß genau, sie haben dies und jenes gebaut, sie haben Schulden gemacht und sind nun an der finanziellen Grenze angelangt. Aber ich glaube, es liegt auch im Interesse der Steiermark,

daß man sich echte und ehrliche Gedanken macht, wie man dort helfen kann. Denn, meine Damen und Herren, so wichtig die Landwirtschaft auch ist, so ist auch der Fremdenverkehr eines der wichtigsten Kapitel für die Steiermark. (Beifall.)

Präsident: Als nächster Redner hat Herr Abgeordneter **Zagler** das Wort

Abg. Zagler: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich möchte zur Gruppe 7 auf drei Dinge in Industrie und Bergbau eingehen. Und zwar möchte ich eingehen auf die Schlammkatastrophe im heurigen Jahr, auf die Bergbauförderung und auf die Industrieneugründungen im Bergbaurevier der Weststeiermark.

Vorerst möchte ich mich in meinen Ausführungen mit der Schlammkatastrophe befassen. Durch den Dammbruch am 15. August 1965 hat sich eine Schlamm-Masse von ca. 800.000 m³ über das westliche Siedlungsgebiet in Köflach, über die Fluren und Felder bis zum Karlschacht-Tagbau ergossen. Es war eine Katastrophe, die im ersten Moment in ihrer ganzen Tragweite nicht absehbar war.

Ich möchte hier von dieser Stelle aus allen Helfern und allen freiwilligen Helfern, die geistig und manuell uns zur Seite gestanden sind, den besten Dank für ihre Leistungen aussprechen.

Der Damm ist durch Experten und Fachmänner kommissioniert worden, und es ist nicht so, wie der Abg. Kollege Leitner es ausgeführt hat. Der erste Kommissionsbericht liegt derzeit nicht nur in der Bergdirektion, sondern auch in der Gemeinde Köflach auf. Es kann jeder nachschauen und nachlesen, was in diesem Kommissionsbericht drinnensteht. Es ist weiters der Damm — und das war auch vorgeschrieben — von einem Wächter Tag und Nacht bewacht worden. Und es hat, bevor er gebrochen ist, absolut keine Anzeichen gegeben, daß sich hier etwas rühren würde. Wenn der Abg. Leitner von der Packer Bundesstraße gesprochen hat, so ist es so, daß es dort auch schon früher Setzungen gegeben hat, als der Schlamm noch gar nicht in den alten Barbara-Tagbau eingeschwemmt wurde. Die Sicherung der Packer Bundesstraße hätte auch ohne Schlammteich vorgenommen werden müssen.

Es hatte zuerst den Anschein, daß durch diese Schlammkatastrophe ca. 2000 Arbeitskräfte frei würden, weil durch die Schlammkatastrophe auch der Karlschacht-Tagbau überflutet wurde und die Grube unter Wasser gestanden ist. Es war mir von allem Anfang an sofort klar, daß die Fluren und die Keller vom Schlamm gereinigt werden können, aber mein großes Bedenken war sofort der Franzschacht, weil dort unmittelbar die Förderwege abgeschnitten worden sind, und weil letzten Endes die Kohle vom Franzschacht ohne Wäsche nicht verwendet werden kann, weil diese, obwohl sie an sich hochwertig ist, eine Vertaubung von 40 bis 60% aufweist und daher unbedingt gewaschen werden muß. Bei einer Tagesförderung von 1400 t, so wie sie vor der Katastrophe war, entstand ein Schlamm-anfall von ca. 3000 m³ täglich. Man kann sich vorstellen, daß bei solchen Mengen wirklich ein Gelände vorhanden sein muß, wo solche Schlamm-mengen absetzbar sind. Es wurden sofort über Er-

suchen der Bergdirektion und des Betriebsrates und des Zentralbetriebsrates Experten bestellt und Untersuchungen vorgenommen, um die Arbeitsplätze im Franzschacht noch zu retten. Die Untersuchungen des Expertenkomitees haben folgendes Ergebnis gezeitigt: Der Raum für diese Schlamm-mengen sei nirgends vorhanden, und um die Sicherheit der Bergarbeiter zu gewährleisten, mußte trotzdem ein Teil des Franzschachtes stillgelegt werden. Dadurch konnten 450 Arbeitsplätze nicht mehr besetzt werden. Durch Verhandlungen und verschiedene Umstellungen ist es gelungen, diese 450 Bergarbeiter auf ein Minimum von 170 zu reduzieren. Die übrigen sind in anderen Betrieben, wie Oberdorf, Zangtal und selbst im Karlschacht untergebracht worden. Von den 170 freiwerdenden Arbeitskräfte sind rund 60 in Pension gegangen oder haben die Invaliditätsrente oder Frühpension erhalten, ein großer Teil hat sich selbst um andere Arbeit umgesehen und ca. 60 mußten von der Alpine übernommen werden. Was ist uns als Gewerkschafter und Betriebsräte bei dieser Misere schon anderes übrig geblieben. Aber wenn ich später in einer weststeirischen Zeitung gelesen habe, daß sich der ÖVP-Obmann von Köflach groß hervorgetan hat und behauptet hat, es hätte auch Möglichkeiten gegeben, die Arbeitsplätze im Franzschacht zu retten und er die ganze Schuld dem Betriebsrat zugeschoben hat, so muß ich hier feststellen, wenn ich es früher gewußt hätte, hätten wir uns das Expertenkomitee erspart, die Alpine hätte sich wahrscheinlich viele tausende Schilling erspart, wenn ohnedies in Köflach so ein Bergbau-Experte seinen Wohnsitz hatte. Man geht immer, auch bei solchen Situationen, irgendwie auf politischen Stimmenfang aus. Wir haben ja bereits jedes Jahr Wahlen. Und voraussichtlich auch im nächsten Jahr wieder eine. (Abg. Dipl.-Ing. Schaller: „Das ist schon sicher!“) Sehr interessant ist es, festzustellen, daß man überzeugt ist, daß die Landwirtschaft und der Bergbau für die nationale Sicherheit Österreichs aufrechterhalten werden müssen. Wir brauchen eine Ernährungssicherheit, wir brauchen auf der anderen Seite eine sichere Energiequelle und ich glaube — was auch Kollege Burger schon gesagt hat —, daß wir die Kohle sicher noch für 20, 30 oder 40 Jahre als nationale Sicherheit für Österreich sehr gut brauchen können. Und hier wurde durch die Bergbauförderung versucht, dem Bergbau das zu geben, was ihm gebührt, weil wir ihn für die nationale Sicherheit brauchen. Und hier muß ich wieder aus Anlaß der Schlammkatastrophe am 5. September im „Bauernbündler“ lesen, „nach schöner Zusammenarbeit haben sich Bauer und Arbeiter endlich zusammengefunden. Aber Vizekanzler Dr. Pittermann hat sofort wieder dagegen geschossen, um zwischen diese beiden Gruppen einen Keil hineinzutreiben.“ (Abg. Neumann: „Hat er auch!“) Und hiezu möchte ich nun folgende Feststellung machen: Es wurde also im „Bauernbündler“ geschrieben, der Vizekanzler habe für die Bergbauförderung die Aufhebung der Zollfreisteilung für Heizöl gefordert. Das war natürlich wieder ein Angriff gegen die Landwirtschaft, weil die Bauern dadurch Benzin und Dieselöl usw. teurer bezahlen müßten. Ich muß aber auch dazu wieder feststellen, daß am 7. Oktober 1965 ohne viel Gerede

der Finanzminister diese Zollfreistellung aufgehoben hat, um dadurch 180 Millionen Schilling für sein Budget hereinzubekommen. Niemand hat hiezu etwas gesagt, daß das ein Angriff gegen die Landwirtschaft wäre. Wohl aber sind aus diesem Einkommen heraus die Bergbauförderungen nicht unterstützt worden. Das muß ich dazu feststellen.

Ich möchte andererseits noch folgendes zum Ausdruck bringen: Im diesjährigen Budget waren 65 Millionen Schilling für die Bergbauförderung eingesetzt. Der Finanzminister hat von vornherein 14% davon abgestrichen. Ein Teil der Bergbauförderungsmittel ist auch zur Schließung des Bergbaues Grünbach verwendet worden. Hier hätten wohl andere Stellen eingreifen müssen.

Interessant ist auch folgendes: Die Absatzkrise für Feinkohle hat ja nicht erst heuer oder vor einem Jahr, sondern bereits im Jahr 1960 begonnen. Und wenn schon dort von Schließung unrentabler Bergbaue gesprochen wurde und auch tatsächlich einige geschlossen wurden, so muß ich feststellen, daß im Jahre 1964 ein neuer Bergbau eröffnet wurde mit einem Kostenaufwand von rund 90 Millionen Schilling. Dieser Bergbau förderte bisher ca. 15.000 t. Wenn ich die Investitionen, die dort hineingesteckt worden sind, auf die Tonne umlege, so würde die Tonne auf ca. 6000 S kommen. Und zwar ist das der Bergbau Höflein an der Hohen Wand. Er gehört der NIOGAS. Und auch dazu möchte ich ein paar Worte sagen. Die NIOGAS ist eine Gesellschaft, die einen Sondervertrag mit der OMV besitzt und den Kubikmeter Erdgas um 14 Groschen geliefert bekommt. Das ist eine Subvention eines verstaatlichten Betriebes, der OMV, die das Land Niederösterreich oder die NIOGAS jährlich mit 65 Millionen Schilling subventioniert. Man muß sich da wirklich fragen, kann man mit öffentlichen Geldern solche Spiele treiben, nur, um politisch einen Vorteil zu erreichen? Ich glaube, das ist nicht der Sinn und für die Österreicher absolut nicht von Vorteil. Ich weiß, daß Niederösterreich nach dem Abzug der Besatzungstruppen sehr in Mitleidenschaft gezogen war und das Land soll Subventionen erhalten, aber man darf das Geld doch nicht so verschwenden. Nicht genug diese Subvention seitens der OMV, sondern es ist noch folgendes geschehen: Ein großer Anteil aus der restlichen Bergbauförderung hätte diesem Betrieb zugute kommen sollen, und zwar 1 Million Schilling. Wenn ich die Förderung mit der Kopfquote gleichsetze, dann muß ich sagen, wenn alle gleich viel fördern, dann wären es ganze 150.000 S gewesen, die diesem Bergbau zukommen sollten. Und wieder stand in der weststeirischen Zeitung: „Die Sektion 4, Pittermann, verhindert die Bergbauförderung.“ Jawohl, das muß ich ganz offen sagen, weil er nicht zugestimmt hat einem Betrieb, der ohnedies eine Subventionierung schon aus der OMV bekommt, noch weitere Mittel zukommen zu lassen und andere, sehr leistungsfähige Betriebe in den Hintergrund zu stellen. Das war also ebenfalls wieder in der weststeirischen Zeitung zu lesen, wieder vom gleichen Obmann der ÖVP in Köflach geschrieben. Und hier muß man sich wohl fragen, wo liegt da die Zusammenarbeit? Wo geht man gerechte Wege? Wo klärt man die Men-

schen wirklich ehrlich auf? Wir müssen doch alle gleich, ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit, offen und ehrlich für die Zukunft Österreichs arbeiten, für die Sicherheit und Neutralität unserer Heimat.

Ich möchte nur noch einige Worte zum Fremdenverkehr sagen. Die Gemeinde Lankowitz ist durch den Dambruch finanziell am schwersten betroffen worden, weil der Betrieb Franzschacht aus dem Gemeindegebiet Lankowitz zur Gänze zum Erliegen kam. Auf der Stubalpe im Gemeindegebiet Lankowitz und im Gemeindegebiet von Salla ist ein Schigebiet und ein Erholungsgebiet, das für den Wintersport und für den Fremdenverkehr überhaupt bestimmt eine große Zukunft vor sich hat. Ich möchte nur anregen, daß die Schneefreihaltung der Straße vom Gaberlschutzhaus bis zum Alten Almhaus über das Land oder über den Fremdenverkehr durchgeführt werden möge. Es würde dies der Gemeinde Lankowitz sowie allen Wintersportlern und so auch dem Fremdenverkehr sehr dienen. (Beifall.)

2. Präsident Afritsch: Ich erteile Herrn Abg. W u g a n i g g das Wort.

Abg. **Wuganigg:** Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich will vor allem den Herren Abg. DDr. Götz und Hofbauer dafür danken, daß sie dem Problem Fremdenverkehr ihre Aufmerksamkeit zugewendet haben und möchte ganz besonders unterstreichen, was der Abg. Hofbauer gesagt hat, nämlich, daß der Fremdenverkehr in manchen Gebieten eine besonders große Bedeutung hat, da er ja für diese Gebiete die einzige Quelle des Erwerbes darstellt. Zu einem derartigen Fall möchte ich sehr kurz Stellung nehmen. Meine Damen und Herren! Vor einigen Jahren wurde der Bergbau im Gebiete Ratten und St. Kathrein stillgelegt. Soweit ich informiert bin, haben sämtliche bisherigen Versuche, hier Industrie Gründungen durchzuführen, versagt. Ich glaube, es müßte doch auch Aufgabe des Landes sein, für die dortige Bevölkerung neue Erwerbsquellen zu schaffen. Und ich möchte sagen, dieses Gebiet würde vor allen Dingen geeignet sein, für den Fremdenverkehr erschlossen zu werden. Ich darf Ihnen dazu vielleicht zwei Gemeinden nennen, zwei von einigen Gemeinden dieses Gebietes. Es ist sehr erfreulich, daß in den letzten Jahren sich die Übernachtungen ständig erhöht haben. So hatte z. B. die Gemeinde Rettenegg im vergangenen Jahr 39.000 Übernachtungen und die Gemeinde Gasen, eine sicherlich sehr, sehr kleine Gemeinde, 16.000 Übernachtungen zu verzeichnen. Es ist also das Interesse vorhanden und es wäre die Möglichkeit gegeben, auch dieses Gebiet weiterhin auszubauen und den Fremdenverkehr zu intensivieren. Es wäre allerdings unsere Aufgabe, hier eine Aktion durchzuführen, um größere und neue Unterkünfte und Übernachtungsmöglichkeiten zu schaffen. Das wäre möglich, wenn wir für diese beiden Gemeinden eine Bettenaktion ins Leben rufen würden.

Ich verweise in diesem Zusammenhang auf den Antrag der sozialistischen Fraktion, der am 14. Dezember, also vor zwei Tagen, eingereicht wurde und

dessen Bedeutung um so größer ist, als diese Gebiete auch im Winter ihre Anziehungskraft nicht verlieren.

Ich habe vor zwei Tagen von einem Bildungsgefälle gesprochen. Ich darf heute vielleicht hinzufügen, daß es in unserer schönen grünen Steiermark auch ein Wohlstandsgefälle gibt, das Ihnen ja allen bekannt ist. Ich muß hier anführen, daß der Bezirk Weiz im letzten Drittel dieser Skala und damit an sechstletzter Stelle dieses Wohlstandsgefälles steht. Darum meine Bitte an Sie, alles zu tun, daß dieser schöne nördliche Teil des Bezirkes Weiz zu keinem vergessenen Land wird. (Beifall.)

Präsident: Der Herr Abg. Lind hat das Wort.

Abg. **Lind:** Hohes Haus! Zum Kapitel Fremdenverkehr möchte ich, da ich aus der Oststeiermark komme, über die Verhältnisse des Fremdenverkehrs in der Oststeiermark zuerst und dann auch ganz kurz über die Bedeutung des Fremdenverkehrs im allgemeinen einige Worte sagen.

Die Oststeiermark hat Anschluß an den Fremdenverkehr gefunden. Es kommen sehr viele Wiener zu uns. Man nennt die Oststeiermark auch den Garten der Wiener. Aber auch Ausländer und sogar Gäste aus Übersee sind zur Erholung in der Oststeiermark eingetroffen. Die Beherbergungsbetriebe bemühen sich sehr, die Privatzimmervermieter geben ihr Bestes. Der Gast legt selbstverständlich Wert auf einigen Komfort und der wird dem Gast in der Oststeiermark geboten. So kann die Oststeiermark in der Zeit vom 1. Mai bis 30. September 1965 doch stolz sein auf 920.697 Übernachtungen, die trotz des Schlechtwetters zu verzeichnen waren. Im Vorjahr waren es zur selben Zeit 917.980 Übernachtungen. Die Orte wurden verschönert, Spazierwege wurden ausgebaut, ein Blumenschmuckwettbewerb hat stattgefunden, und es war dies ein willkommener Anlaß zur Verschönerung der Fenster und der Balkone, der Vorgärten usw. usw. Über die Schönheiten der Oststeiermark selbst glaube ich nicht zu viele Worte verlieren zu müssen. Lassen wir unseren Blick, beginnend vom schönen Rebenthal, über Täler, Hügel und grüne Auen, die von Silberstreifen der Gewässer durchzogen sind, über schöne Wälder bis ins Hochgebirge gleiten. Alle Möglichkeiten sind hier geboten, ja auch für den Weidmann. Ruinen, Schlösser, Burgen, Denkmäler und Naturschutzgebiete umrahmen dieses schöne Bild der Oststeiermark. Wir und auch der Fremde finden wunderbare Erfrischungen in den Bädern, die in der letzten Zeit erstanden sind. Campingplätze wurden errichtet usw.

Die zweite Saison, also die Wintersaison, beginnt aufzublühen. Die Oststeiermark hüllt sich im Winter in einen schönen, weißen Mantel, besonders im nördlichen Teil. Skilifte sind aus dem Boden gewachsen. Ich zitiere nur einige: Schöffern, St. Jakob im Walde, Wenigzell, Vorau. Auf der Teichalpe und auch in anderen Orten des Bezirkes Weiz sind wunderbare Erholungsstätten, nicht zuletzt die bereits genannten, erstanden.

Dem Fremdenverkehrsverband Oststeiermark gehören zur Zeit 43 Fremdenverkehrsvereine an. Der

Verband ist der größte des Landes, zugleich aber auch der älteste. Es ist notwendig, diesen schönen Flecken Heimat besonders zu fördern, da die Fremdenverkehrseinnahmen auf Grund des Wohlstandsgefälles hier besonders gebraucht werden. Neue Bäder und sogar Badeseen werden errichtet und weitere Skilifte werden gebaut.

Den Ausbau der Straßen dürfen wir selbstverständlich nicht vergessen. Denn nur über schöne und staubfreie Straßen kommt der fremde Gast in unser schönes Land. Ich erwähne nur einige Abschnitte, die hier vordringlich wären: Die Alplstraße von Wenigzell über Ratten, die Straße von Waldbach nach St. Jakob im Walde, Ungerbach—Schöffern—Schöffernsteg, Hartberg—Flattendorf—Pöllau, Pöllau—Wiesenbach übers Gscheid nach Birkfeld, von Waltersdorf nach Heinersdorf, Kaibing—St. Johann usw. usw. Auch den Bezirk Feldbach möchte ich selbstverständlich nicht vergessen.

Die Oststeiermark ist die Perle mit unbegrenzten Möglichkeiten, die noch besser erschlossen werden muß. Hier gibt es wirklich Ruhe und Erholung. Ich bitte auch bei der Werbung für den Fremdenverkehr auf die Oststeiermark nicht zu vergessen.

Vielleicht ist es möglich, hier einen eigenen Film zu produzieren. Vielleicht ist es auch möglich, die Oststeiermark in der Fernsehsendung „Der Fenstergucker“ zu zeigen.

Ich glaube, es gibt hier unbegrenzte Möglichkeiten für die Fremdenverkehrsförderung. Die entsprechende finanzielle Unterstützung ist natürlich von größter Bedeutung und ich möchte bitten, daß wir weiterhin diese Unterstützung nicht übersehen.

Nun zur Bedeutung des Fremdenverkehrs in der Steiermark und für Österreich:

Die Entwicklung war bisher auf Grund der guten Führung des Referates unter der Leitung des Herrn Landesrates Wegart im Lande ausgezeichnet. Der Fremdenverkehr ist ein volkswirtschaftlich überaus wichtiger Faktor geworden, der nicht mehr wegzudenken ist. Die Deviseneinnahmen waren im Vorjahre so groß, daß damit unser Außenhandelsdefizit abgedeckt werden konnte. Darüber hinaus wurden die Devisen für unsere Urlaubsreisenden in das Ausland gebracht. Die heimische Wirtschaft wird gestärkt, die durch den Fremdenverkehr eine große Anzahl an Arbeitsplätzen sichert. Für Arbeitnehmer, für Kleinlandwirte und auch für andere Berufsgruppen bringt der Fremdenverkehr durch Privatzimmervermietungen schöne Nebeneinnahmen. Die Landwirtschaft hat einen höheren Lebensmittelabsatz zu verzeichnen. Die Leistungen auf dem Gebiete des Fremdenverkehrs waren bisher enorm. Fremdenverkehrsbetriebe wurden ausgebaut und neue errichtet. Privatpersonen haben Zimmer errichtet. Bäder und Skilifte sind aus dem Boden gewachsen und vieles mehr. Wir müssen dieses Werk fortsetzen. Wir dürfen nicht rasten. Wir brauchen mehr Mittel für die Fremdenverkehrsförderung. Diese kommen in einem Vielfachen mit hohen Zinsen wieder zurück. Ein Rückgang im Fremdenverkehr würde Arbeitslosigkeit, Verminderung der Kaufkraft und einen empfindlichen Devisenausfall selbstverständlich zur Folge haben. Der Schwerpunkt in der nächsten Zeit muß sich auf den Bau

von weiteren Bädern, Schiliften, Schipisten und auf die Lärmbekämpfung konzentrieren.

Eine Bitte noch, auch hier im Hohen Haus: Verbringen Sie alle, soweit es Ihnen möglich ist, auch Ihren Urlaub bei uns in Österreich. Somit stärken Sie unsere Betriebe, somit sichern sie die Arbeitsplätze.

Nicht zuletzt sei erwähnt, daß der Fremdenverkehr der Schlüssel für die Verständigung ist. Stadt und Land — Hand in Hand. Der Städter lernt den Bauern kennen und umgekehrt. Der Schlüssel für ein vereintes Europa liegt im Fremdenverkehr, der Schlüssel für die Völkerverständigung. Alles trifft sich, wenn wir uns bemühen, bei uns in Österreich. Österreich ist somit wirklich das Herz Europas. Wir sind uns dieser Bedeutung gar nicht alle bewußt. An die Begebenheit in St. Johann bei Herberstein möchte ich erinnern, was trifft sich dort beim Buschenschank, Leute aus Norwegen, Deutschland, Italien, alle haben sich sofort zusammengefunden. Vielleicht gibt es hier und da Möglichkeiten, die von Politikern nicht immer wahrgenommen werden. Vielleicht ist hier die Möglichkeit gegeben, ein Vereintes Europa zu fördern bzw. hervorzurufen. Wir brauchen den Fremdenverkehr wie unsere tägliche Nahrung. Fördern wir ihn mit all unseren Kräften. Dann blüht unsere schöne Heimat.

Gestatten Sie mir, noch einige Worte ganz kurz zum Kapitel der Betriebsgründungen zu sagen. Dieses Thema möchte ich auf die Oststeiermark konzentrieren.

Ich glaube, daß es unser oberstes Gebot ist, neue Betriebe ins Leben zu rufen, aber auch die bestehenden Betriebe entsprechend zu stärken, damit die Arbeitsplätze gesichert sind. Bei uns in der Oststeiermark sind einige neue Betriebe erstanden, sie stehen auf guten Füßen und bieten bereits mehreren hundert Leuten Arbeitsplätze. Es ist aber hier noch sehr viel aufzuholen, um das Pendlertum weitgehend einzuschränken, obwohl das Pendlertum für manche Leute auch Vorteile bietet, weil man sich hier den Arbeitsplatz leichter auswählen kann. Aber tausende Familien sind getrennt, und diese Familien müssen zusammengeführt werden. Und da möchte ich ganz kurz sagen, daß es wichtig ist, bei den Betriebsgründungen auch auf eine gewisse Größenordnung zu achten. Die Größenordnung soll zwischen 50 und 300 Beschäftigten liegen. Des weiteren sollen die Betriebe so abgestimmt sein, daß ca. 20% an Fachkräften beschäftigt werden und der übrige Teil sich aus angelernten Arbeitskräften zusammensetzt. Gerade in der Oststeiermark sind sehr viele kleinbäuerliche Betriebe, die Nebeneinnahmen benötigen. Hier haben und hätten diese Menschen die Möglichkeit, ihren zusätzlichen Verdienst in neuen Betrieben oder in gestärkten Betrieben zu erlangen.

Fördern wir also die Arbeitsplatzsicherung. Es muß auch hier entschieden betont werden, daß hier noch mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen. Ich glaube, daß 50 Millionen entschieden zu wenig wären, um Betriebe ins Leben rufen zu können, um den Gemeinden unter die Arme greifen zu können, die nicht aus eigenem die Voraussetzungen für die Betriebsgründung bieten können. Jeder

von uns hat das Recht auf Arbeit und auf ein gerechtes Einkommen. Frei von Not und soziale Sicherheit für alle soll unser Leitspruch sein.

Präsident: Am Worte ist Herr Abg. Schaffner. Ich erteile es ihm.

Abg. Schaffner: Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich werde mich an die Empfehlung des Herrn Präsidenten halten und mich kurz fassen. Wir haben durch die Herren Vorredner schon verschiedenes über die Förderung und über die Bedeutung des Fremdenverkehrs gehört. Wenn ich hier als Gastwirt zum Thema Fremdenverkehr etwas ausführen darf, dann möchte ich von dieser Stelle aus vor allem der Steiermärkischen Landesregierung und im besonderen unserem Referenten, Herrn Landesrat Franz Wegart, herzlichst danken, daß für den Fremdenverkehr im Jahr 1966 um ca. 5 Millionen Schilling mehr zur Verfügung stehen als im Jahre 1965.

Der Fremdenverkehr ist für uns in Österreich eine Schicksalsfrage geworden; seine Förderung liegt im Interesse aller und er ist daher eine Angelegenheit der Gesamtheit. Das Hohe Haus wird im Bewußtsein der Verantwortung für das Wohl der steirischen Bevölkerung dieser Erhöhung zweifellos seine Zustimmung geben.

Ich glaube daher sagen zu können, daß man sich der Bedeutung dieses Wirtschaftszweiges wohl bewußt ist, zwar leider etwas spät, denn wir in der Steiermark haben wertvolle Jahre versäumt gegenüber dem Westen unseres Landes. Es ist richtig, daß die äußerst ungünstige geographische Lage unseres Landes sowie die noch nicht fertiggestellten Einfallsstraßen und die noch nicht leistungsfähigen, der heutigen Zeit entsprechend ausgebauten Gaststättenbetriebe mit schuld daran sind.

Hohes Haus! Trotz größter Investitionsfreudigkeit kommen wir mit der Hebung unseres Ausstattungsstandards nur sehr langsam voran. Damit aber schwindet von Jahr zu Jahr die Möglichkeit, den wachsenden Ansprüchen der Gäste ein ihrer Nachfrage entsprechendes Angebot entgegenzustellen. Zu den traditionellen Fremdenverkehrsländern im Westen und Süden treten nun mit uns die Länder im Norden und Osten in Konkurrenz. Die Länder im Osten bauen modernste Hotelbetriebe, alle Zimmer mit Balkon und Bad, ja sogar jedes Zimmer mit Innenlo, weil jeder, der zu zahlen bereit ist, auch verlangt, daß ihm ein entsprechender Komfort geboten wird.

Trotz verständnisvoller Förderung des Fremdenverkehrs befinden sich unsere steirischen Fremdenverkehrsbetriebe, da sie immer stärker hinter jenen des Westens, Südens, Nordens und Ostens zurückbleiben, in einer wenig wünschenswerten Situation.

Ich weiß nicht, ob den Mitgliedern des Hohen Landtages und der Bevölkerung bekannt ist, daß die von den konzessionierten Betrieben bereitgestellte Bettenkapazität im Jahresdurchschnitt nur zu 25% ausgenützt ist. Zunächst muß die wachsende Bettenvermehrung abgestoppt werden, um die Bettenkapazität mit der Verpflegskapazität einigermaßen in Einklang halten zu können. Sie alle, meine sehr ver-

ehrten Damen und Herren, werden die Feststellung getroffen haben, daß der Trend sehr wohl besteht, eine Fremdenpension, also Zimmer mit Frühstück, zu bauen, aber die wenigsten sind auch bereit, eine Küche zu führen. Und darin, meine sehr verehrten Damen und Herren, sehe ich eine ernste Gefahr für die steirische Fremdenverkehrswirtschaft. Ein Gast, der sich in einem Restaurant hinter einem Sessel anstellen muß, um nach einer Wartezeit verpflegt werden zu können, kommt nie wieder in unser Land.

So erfreulich es ist, daß rund 18 Millionen Schilling für die Förderung zur Verfügung stehen, so wäre gerade hier zu fordern, daß jene Betriebe, die bereit sind, auch eine Küche zu führen, besonders berücksichtigt werden. In weiterer Hinsicht muß den konzessionierten Beherbergungsbetrieben, die die Beherbergung von Fremden gewerbsmäßig betreiben, jener Gewerbeschutz gewährt werden, auf den jeder Inhaber anderer Gewerbeberechtigungen ebenfalls Anspruch hat. Einen Schutz aber gibt es nur dann, wenn die Privatzimmervermietung eine gesetzliche Regelung erfährt.

Hohes Haus! Als Gastwirt erkläre ich Ihnen, daß wir Privatzimmer brauchen und in vielen Orten noch Privatbetten geschaffen werden müssen. Für die Errichtung neuer Betriebe fehlt uns ja das Kapital. Aus der Privatzimmervermietung darf jedoch keine gewerbsmäßige Fremdenbeherbergung werden, wie dies hier in der Steiermark der Fall ist. In Salzburg und Tirol gibt es bereits ein Privatzimmervermietungsgesetz. Es ist notwendig, daß eine gesetzliche Definition geschaffen wird, wann eine Privatzimmervermietung aufhört, eine häusliche Nebenbeschäftigung zu sein. Wer die Bettenvermietung gewerbsmäßig betreibt, muß eine Konzession besitzen, und er wird sie auch erlangen, wenn hier ein Bedarf vorliegt. Es geht jedoch nicht an, daß in der Vor- und Nachsaison die gewerblichen Betriebe leerstehen, während die Privatzimmer besetzt sind. Bedenken Sie doch, daß die Steuerlast im Gastgewerbe sich auf 10% des Umsatzes beläuft, während in anderen Ländern diese nur 2 bis 3 und 5% beträgt. Ich glaube, diese steuerliche Belastung ist nicht allen Herren bekannt, aber sie ist eine der höchsten des Gewerbes. Auch hier werden der Bund und das Land an Maßnahmen denken müssen, um den Fremdenverkehr als Hauptdevisenbringer und als Schützer unseres Lebensstandards nicht umbringen zu lassen.

Abschließend, Hohes Haus, bringe ich den Dank der Fremdenverkehrswirtschaft für Ihre verständnisvolle Berücksichtigung im Budget zum Ausdruck, bitte aber gleichzeitig, Mittel und Wege zu finden, um ihre Existenz zu sichern und ihr die Möglichkeit zu geben, Investitionen zur Angleichung an den Westen und zur Förderung ihrer Leistungsfähigkeit zu ermöglichen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Ich erteile Herrn Abg. Dipl.-Ing. Schaller das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Schaller: Hohes Haus! Der Unterabschnitt 742 behandelt die landwirtschaftlichen Fachschulen in der Steiermark. Durch das gewaltige

Anwachsen des Wissens kommt wie in allen anderen Berufen auch in der Landwirtschaft der schulischen Ausbildung immer größere Bedeutung zu. Mit der Einführung der bauerlichen Pflichtberufsschule in der Steiermark im Jahre 1962 ist ein sehr beachtlicher Fortschritt in der bauerlichen Berufsausbildung erreicht worden. Was manche befürchtet haben, ist nicht eingetreten. Die Fachschulen haben durch die Berufsschule nicht gelitten, sondern einen ausgesprochenen Zuzug erfahren. Im Herbst dieses Jahres mußten wegen Überfüllung unserer Fachschulen etwa 170 Bewerber zurückgestellt werden.

Um nun einmal tatsächlich einen exakten Überblick über die Bildungssituation in der Landwirtschaft zu bekommen und die Planung für die nächste Zeit richtig ansetzen zu können, wurde im heurigen Sommer eine umfangreiche Absolventenbefragung durchgeführt und im Grazer Rechenzentrum ausgewertet. Derzeit gibt es in der Steiermark 16 landwirtschaftliche Fachschulen, acht für Burschen und acht für Mädchen. Seit 1945 haben insgesamt 3599 Burschen und 3280 Mädchen die Fachschulen des Landes besucht. An der Befragung, die sich aus technischen Gründen nur auf die männlichen Absolventen erstreckte, beteiligten sich 2694 oder 75 % der Fachschulabsolventen. Es ist unmöglich, in der kurzen Zeit auf die Fülle der Zahlen einzugehen. Die wesentlichen Ergebnisse sollen kurz mit einigen Worten umrissen werden.

1. Der Fachschulbesuch liegt in der Steiermark immer noch wesentlich unter dem westeuropäischen Durchschnitt. Lediglich 4 % der Betriebsführer mit Betrieben über 10 ha verfügen bei uns über eine Fachschulausbildung, in Deutschland 37 %, in einigen deutschen Ländern, z. B. Nordrhein-Westfalen 52%. Das Bild ist im ersten Augenblick etwas pessimistisch, verändert sich aber sofort, wenn man die starken Fachschuljahrgänge der letzten Jahre berücksichtigt. So werden jährlich etwa 1200 Vollerwerbsbetriebe in der Steiermark übergeben. Diesen Hofübergaben stehen etwa 300 Fachschulabsolventen gegenüber. Mit dem Eintritt dieser Absolventen in die Hofübernahme wird sich im Laufe der nächsten Jahre der Prozentsatz der Betriebsführer-Fachschulausbildung wesentlich verbessern.

2. Der Fachschulbesuch und die Fachschülerdichte sind im Mur-, Mürz- und Ennstal beachtlich größer als in der Ost- und Weststeiermark. Laut Absolventenuntersuchung kommen zum Beispiel im Bezirk Judenburg auf 1000 landwirtschaftliche Betriebe 121 Fachschulabsolventen, in Knittelfeld 106, in Murau 90, dagegen in Feldbach 31, Voitsberg 30, Weiz 28, Deutschlandsberg, Radkersburg und Graz-Umgebung 26. Wo liegen die Ursachen für diese niedrigen Zahlen in der Ost- und Weststeiermark. Es sind deren viele. Eine davon ist sicher die Kleinbetriebsstruktur, die sich, wie man zahlenmäßig nachweisen kann, negativ auf den Fachschulbesuch auswirkt; die ungünstige Wirtschaftsstruktur tut ein weiteres. Die Größe der elterlichen Betriebe der Fachschulabsolventen liegt beachtlich über dem steirischen Durchschnitt. Sicherlich ist auch eine der Ursachen die relativ späte Errichtung von Fachschulen in der Ost- und Weststeiermark. Die Oststeiermark, in der 27.171 Betriebe oder 36 % aller steirischen bauer-

lichen Betriebe liegen, verfügte bis 1951 nur über eine Fachschule in Kirchberg. Inzwischen ist eine zweite errichtet worden. Die Weststeiermark hat, wenn man von der Spezialschule für Obst- und Weinbau in Silberberg absieht, erst seit 1960 eine Expositorschule in Form der Weststeirischen Bauernschule, die aber derzeit mangels eigener Gebäude ebenfalls in Silberberg untergebracht ist. Nun verzeichnen wir gerade in den letzten fünf Jahren in den Bezirken Feldbach, Hartberg, Weiz, Deutschlandsberg und zum Teil auch in Leibnitz neben Murau die höchsten Schülerzunahmen, so daß wir heuer genötigt waren, als Ausweichlösung in der Bundessportschule Schielleiten drei Lehrgänge zu führen. Trotzdem konnten nicht einmal alle Oststeirer in diesen drei Schulen Unterkunft finden. Soweit es sich jetzt abschätzen läßt, wird auch in den nächsten Jahren mit einer weiteren Zunahme des Fachschulbesuches vor allem in der Ost- und Weststeiermark zu rechnen sein. Es ist einfach unvertretbar, alljährlich hunderte von Burschen und Mädchen, die den nötigen Bildungswillen und die Bereitschaft mitbringen, abweisen zu müssen, weil uns die entsprechenden Schulausbildungsstätten fehlen. In einem auf mehrere Jahre erstellten Ausbauprogramm wird festzulegen sein, wo und wann neue Schulen gebaut werden müssen. Vordringlich ist jedenfalls einmal die Errichtung einer Fachschule in der Weststeiermark, die durch den heurigen Voranschlag gesichert ist. Im außerordentlichen Voranschlag wurden zu diesem Zweck 1,2 Millionen Schilling für Grundankauf und Planungsarbeiten bedeckt. Eine baldige Fertigstellung bzw. eine zügige Bauführung wäre sehr wünschenswert, um endlich auch Silberberg für die ureigensten Aufgaben wieder frei zu bekommen.

Nicht weniger dringend ist jedoch auch die Errichtung einer dritten oststeirischen Fachschule für Burschen im Bezirk Weiz. Die beiden bestehenden bersten über vor Schülern. Es darf auch hier nicht mehr zugewartet werden, wenn uns die Dinge nicht über den Kopf wachsen sollen. Es wäre jetzt schon darauf hinzuweisen, im Voranschlag des Jahres 1967 für ein derartiges Projekt entsprechend Vorsorge zu treffen.

Der Ruf nach einer Schule im Murtal ist ebenfalls berechtigt, wenn man bedenkt, daß die dortigen Bezirke, obwohl sie über keine eigene Fachschule verfügen, den höchsten Fachschulbesuch der Steiermark aufweisen.

Man sieht: Dem Land Steiermark stehen in den nächsten Jahren einige sehr beachtliche Schulbauvorhaben in das Haus, die kein langes Hinausschieben erlauben. Nicht zuletzt betrifft es gerade jene Bezirke, die uns infolge ihrer ungünstigen Wirtschafts- und Betriebsstruktur in anderen Bereichen ohnedies genug Sorge bereiten. Eine Verbesserung der Wirtschaftsstruktur kann aber nur Hand in Hand gehen mit der Verbesserung der Bildungsstruktur eines Gebietes. Unter diesen Gesichtspunkten kommt auch den Bestrebungen zur Errichtung einer zweiten landwirtschaftlichen Mittelschule in der Steiermark eine große Bedeutung zu. Die Abgeordneten der Volkspartei haben in einer der letzten Sitzungen des Landtages einen entsprechenden Antrag eingebracht.

Ein Drittes — und damit komme ich bereits zum Ende:

Das Interesse für eine Weiterbildung nach der Fachschule ist außerordentlich stark. Hier wiederum nur einige Zahlen aus der Absolventenuntersuchung:

Von den 2694 Befragten haben sich 2106 oder 78 Prozent für eine Weiterbildung nach dem Besuch der Fachschule ausgesprochen. 1234 Befragte wollen allgemeine Fachkurse, 863 fachliche Spezialkurse und 783 Kurse geistig-kultureller und allgemeinbildender Art. Fast bei allen Zusammenkünften und Treffen wird der Wunsch nach mehr Bildungsmöglichkeiten laut. Gesteigertes Fachwissen stärkt den Willen nach Ausweitung des Bildungsniveaus. Es läßt sich im übrigen auch umgekehrt zahlenmäßig nachweisen, daß das beste Fundament für die Fachbildung eine gediegene Grundschulausbildung ist und daß mit steigender Schulbildung auch das Interesse für die Fachbildung zunimmt. So sind zum Beispiel in der bäuerlichen Berufsschule nur 13 Prozent Hauptschüler, in der Fachschule sind es nach der Absolventenbefragung 37,3 Prozent. Bei jenen, die sich für eine Weiterbildung nach der Fachschule ausgesprochen haben, ist der Anteil der Hauptschüler auf 38 Prozent angestiegen. Das starke Interesse der ehemaligen Fachschüler an einer Vervollständigung ihres Fach- und Allgemeinwissens, das seine Wurzel zweifellos auch im aufgebrochenen Bildungshunger der bäuerlichen Jugend hat, ist für uns eine Verpflichtung, der wir uns nicht so ohne weiteres entziehen können. Nachdem nun die erste Etappe, nämlich die Konsolidierung des Fachschulwesens in der Steiermark erreicht ist, wird es Zeit, auch an die zweite Etappe, die Schaffung von Bildungseinrichtungen für Fachschul-Absolventen, heranzugehen. Solche Einrichtungen gibt es in einer Reihe anderer Länder schon seit langem. Nun ist heuer auch bei uns erstmals mit der Voranschlagspost 731,717 die finanzielle Grundlage für den genannten Zweck gegeben. Damit ist auch ein Beginn für eine systematische nachschulische Bildungsarbeit gesichert, der zweifellos den Intentionen der jungen Bauergeneration entspricht. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Herr Abgeordneter Vinzenz Lackner hat das Wort.

Abg. Vinzenz Lackner: Hoher Landtag, sehr geehrte Damen und Herren! Ich werde Sie bestimmt nicht lange aufhalten, aber es ist immer notwendig, wenn so viele zu Bergbaufragen sprechen, daß dann ein Bergmann die notwendigen Aufklärungen dazu gibt. Ich könnte hier, so wie es bei den Zwischenrufen geschehen ist, sagen, es redet ein Blinder von der Farbe, aber das will ich nicht. Denn jedem Abgeordneten, der da sitzt, ganz gleich, was für einen Berufsstand er hat, konzidiere ich, daß er auch zum Bergbau spricht. Denn daraus lernen wir, daraus erkennen wir, wie weit ist er demgegenüber aufgeschlossen und wo muß man ihm entgegenkommen. Das ist die Meinung dazu. Und da möchte ich in erster Linie, er ist leider nicht da, dem Herrn Abg. Dr. Rainer etwas dazu sagen. Denn er hat den Leistungsvergleich in die Debatte geworfen. Der Lei-

stungsvergleich läßt sich verschieden anstellen. Wenn ich nehme den Bergbau im Schachtbau, im Grubenbau oder im Tagbau, so wird da ein wesentlicher Unterschied sein. Nehme ich dann Braunkohle, Steinkohle oder Glanzkohle, wird der Unterschied wieder ganz anders sein. Es kommen dazu die Temperaturen, die Gebirgsbrüche und verschiedenes mehr. Und ich hoffe, wenn der Herr Landeshauptmannstellvertreter Prof. Dr. Koren den Berg- und Hüttenmann ausstellen wird, daß man darüber sehr vieles sehen und hören wird, wie schon einmal im Joanneum eine Ausstellung für den Bergbau war, wo man die verschiedenen Begriffe bildlich und wörtlich kennenlernen konnte. Wenn ich nun zu dem Leistungsvergleich kommen kann, so möchte ich sagen, daß bei der einzelnen Leistung wieder die Kopfleistung des Werkes oder die Leistung des Hauers unterschieden wird. Eine Kopfleistung z. B. im Werk Köflach, auf die gesamte Belegschaft bezogen, dürfte $3\frac{1}{2}$ Tonnen sein, pro Ort ist die Leistung dann schon 10 Tonnen. Es ist eben im Bergbau genauso wie in der Landwirtschaft, daß man auch Nebenbetriebe hat und auch Hilfskräfte braucht. Wenn man das in Fohnsdorf anschaut, ist die Werksleistung wesentlich niedriger, sie ist 1.3 Tonnen, und vor Ort, das ist die Abbaustelle, wo die Kohle herausgebrochen wird, ist sie 2 und 5 Tonnen. Das ist ganz verschieden. Wenn man dem gegenüberstellen will die Wärmeeinheiten, so sind es in Köflach pro kg 3000 Kalorien und in Fohnsdorf dafür 5400 Wärmeeinheiten. Daraus sieht man, welche Belastungen auf der anderen Seite darauf liegen und wie vielfältig die Vergleiche angestellt werden können. Dazu kommt aber noch die enorme Tiefe in Fohnsdorf mit 1200 m, von dort weg gehen erst die weiten Strecken hinaus, und das sind ca. 50 km Strecken unterhalb. Das bedeutet etwas, die müssen auch bewältigt werden. Beim Bergbau geht das eben leider nicht so wie in einer Schuhfabrik, heute das, morgen das, oder in einem Stahlwerk. Denn im Bergbau bin ich gezwungen, der Kohle nachzugehen, sie kommt mir ja nicht entgegen, und dadurch werden die Förderwege immer weiter. Es ist natürlich ein Unterschied, wenn ich ein Schaubergwerk hernehme, und Höflein war ein Schaubergwerk, wo 110 Leute 40 Tonnen im Tag fördern, was man mit einer Radtruhle wegradeln kann und bei dieser Belegschaft die Bergkapelle schon bald die Hälfte ausmacht von der gesamten Belegschaft, zum Unterschied von einer Kohle, die ich weiß Gott wie tief heraufholen muß. Trotzdem können aber der österreichische Bergbau und die Leistungen, international gesehen, überall und jederzeit mitkommen. Denn es sind anderswo auch schwierige Gruben. Der Vergleich, daß Belgien oder Deutschland oder England Kohlengruben schließen, hinkt insofern, als das ja Kohlenüberschußländer sind, während wir noch immer 50 und 60 % Kohle importieren. Über die nationale Notwendigkeit braucht man ja nicht streiten. Mich freut aber nur eines. Wenn das Jahr zu Ende geht, sind die Barbarafeiern, verbunden mit Jubilarehrungen, und wir haben heuer das Glück gehabt, allerhöchste Prominenz in Fohnsdorf vereinigt zu finden. Es war der Herr Vizekanzler dort, der Herr Landeshauptmann, alle haben positiv zum Kohlenbergbau gesprochen. Gesprochen ist ja immer pro geworden

vor den Bergleuten, aber nur ist das nicht überall eingehalten worden. Es war einmal notwendig, daß wir uns mit den Kohlenkisten am Ballhausplatz aufgestellt haben, um dafür Verständnis zu finden, aber es hat gewirkt. Und wenn wir heute wieder mehr Freunde für die Kohle haben, als wir sie schon einmal besessen haben, so sind wir dafür dankbar.

Was aber in Österreich alles so schwer macht, das ist der Kantönliche Geist, der ist nicht zu vergleichen mit dem Förderalismus, ist aber sehr gefährlich. Denn Gebiete wie Österreich haben in Deutschland eine einzige Stromversorgung, in Frankreich und in England noch größere. In Österreich haben wir die neun Landesgesellschaften und die Verbundgesellschaft, und da geht schon der Krieg hin und her bei den Preisen. Und erst dieser Tage ist mir von der Steweag ein Bücherl zugeflattert mit einem schönen Frage- und Antwortespiel über die Strompreise, über das Heizöl und dgl. mehr. Das heißt, daß natürlich der Bergbau schon seine Probleme hat. Wenn man heute schreibt und spricht von der Bergbauförderung, und in irgendeiner Zeitung steht, über 300 Millionen hat der Bergbau bekommen, so muß ich dazu sagen, daß die Ziffern auch nicht ganz stimmen. Denn viele Investitionen hat z. B. im Alpine-Bergbau die Alpine aus ihren Hüttenbetrieben eingebracht. Ich möchte aber auch hinzufügen, daß in der Nachkriegszeit und auch jetzt noch der Bergbau mit seinen Preisen — und da ist wieder der Vergleich mit der Landwirtschaft — die übrige Wirtschaft subventioniert und fördert, und das macht nicht weniger als fünf Milliarden Schilling aus. Auch das wolle man dabei bedenken.

Und wenn zu allem Überfluß noch eine Katastrophe dazukommt, wie in Köflach, so soll man daraus wirklich nicht politisches Kapital zu schlagen versuchen. Aber das ist wieder eine Anschauungssache, ob sich einer daran hält oder ob er glaubt, das ist eine Gelegenheit, bei der ich mich bei den Bergleuten anbieten kann, aber die Bergleute haben für das ein feines Ohr, ganz gleich, von welcher Seite es kommt, sie lassen sich nicht so leicht auf den Leim führen. Und die Äußerung des Herrn Vizekanzlers Pittermann wurde sogar in meiner Gegenwart gemacht, aber nicht so, denn er hat mit den Betriebsräten draußen gesprochen, die gefragt haben, wie wird es weitergehen, weil es im ersten Moment ausgeschaute hat, daß es überhaupt nicht mehr zu regeln ist. Es ist nur den Köflacher Knappen zu danken und allen, die mitgeholfen haben, den Technikern und Ingenieuren, daß wir in dieser kurzen Zeit den Betrieb wieder so weit gebracht haben und vor allem wieder den Grubenbau wieder entsumpfen konnten, daß er heute wieder ein vollwertiges Glied in unserer Wirtschaft ist und auf vollen Touren läuft. Da sollte man natürlich das nicht machen. Denn genau das, was der Herr Vizekanzler dort erwähnt hat, haben wir ja heute gehört aus dem Munde des Herrn Landeshauptmannes, daß der Handelsminister beim Finanzminister war und der Finanzminister das vom Handelsminister verlangt hat. Und mit Zivilcourage steht auch der Herr Landeshauptmann dazu. Daher ist es ein Widerspruch, lieber Freund Neumann, wenn in diesem Zusammenhang mit diesen Dingen Demagogie betrieben wird. Und ich muß ehrlich sagen, das ist Demagogie. Und man

sollte einem anderen das nicht vorwerfen, wenn man selbst damit zündelt. Also, mehr Ehrlichkeit gegeneinander; so wie es die Knappen sind, auch wenn es ihnen schlecht geht und wie man es auch sonst im zivilen Leben untereinander gewohnt ist.

Ich möchte aber doch noch darauf hinweisen, daß das mit dem Heizöl die größten Schwierigkeiten für die Bergleute bringt. Denn das Heizöl, das ist ja das, was als Abfallprodukt von der Adria her von Maestre, von Italien kommt. Die wissen ja nicht, wohin damit, sie haben ja so viele solcher Abfallprodukte. Da hauen sie es lieber um einen Spottpreis an die Grenze. Daß das natürlich mit seinen 8- und 9000 Wärmeeinheiten tonnenmäßig gesehen den gleichen Preis ausmacht wie die Kohle in einem bestimmten Umkreis, das ist natürlich eine ernste Konkurrenz. Aber die Frage ist ja die: Wenn irgendwo ein Olscheich nährisch wird da unten und den Hahn abdreht, ob wir nachher das auch noch kriegen. Nur kann man dann die Kohlengruben nicht mehr aufmachen. Es sind ja, das muß ich dem Hohen Hause auch noch mitteilen, $\frac{1}{2}$ Dutzend wenn nicht mehr Anträge gekommen von der einen Fraktion und von der anderen, gemeinsame Anträge, und alle haben nur das Beste gewollt für den Bergbau. Ich würde bitten, daß man das in Zukunft so hält und man sich schlüssig wird, daß man auch zur Tat schreitet. Jetzt ist es bisher nur so, daß uns einmal die öffentlichen Stellen geholfen haben, die verantwortlichen, und zwischendurch ist wieder einmal der Petrus eingesprungen und in diesem Winter schaut es wieder so aus, daß wir doch letzten Endes dorthin kommen, wo der Bergbau seinen gebührenden Platz hat.

Ich möchte aber noch etwas anderes sagen. Wir haben ja schon vor Jahren das Projekt Kastenreith verfolgt. Ich bin daran erinnert worden im Zusammenhang mit dem herrlichen Referat des Herrn Präsidenten Kaan zum Naturschutz. Damals haben wir die Großlandschaft so in den Vordergrund gestellt. Wir haben aber auch noch andere Landschaftsbereiche, und das sind die Caterpillarwege. Wenn man heute in die Gegend fährt und durch die Wälder blickt, sieht man überall zick-zack den angebrochenen Hang. Das ist notwendig, daß wir die haben, man bringt das Holz billiger herunter und braucht nicht auf den Schnee zu warten, wie dies in vielen Gegenden früher war. Man kann aber auch das Vieh auf die Alm führen und herunterführen ohne besondere Gewichtsverluste. Als alter Almhalter habe ich dafür auch Verständnis. Ich darf das nebenbei bemerken. Aber es kommen bei diesen Forstaufschließungen auch Dinge vor, die auch nicht richtig sind. Es wird oft der Grund vom anderen ruiniert mit Moränen, Felsblöcken usw., so daß es schon vorgekommen ist, daß ein kleiner Besitzer hat müssen seinen Viehbestand vermindern, weil ein großer ihm den Weg ruiniert hat, ja sogar Gemeinewege. Dagegen ist nichts geschehen. Dafür ist dann eine Verbotstafel gekommen, daß ein anderer nicht fahren darf. Aber es dreht sich ja nicht einmal um das. Die Caterpillarwege machen es oft erst möglich, daß man zu einem Gehöft mit einem Rettungsauto hin kann. Aber eine noch größere Gefahr bilden diese Wege ja, wenn sie nicht begrünt und nicht aufgeforstet werden in der Form, daß bei

Hochwasser und bei dem niederschlagsreichen Jahr, das wir heuer gehabt haben, die Meteorwässer das Zeug alles mitnehmen, weil es keinen Halt hat und dadurch die Flüsse noch mehr so Zeug mitbringen, Schotter, Wurzelstöcke und dgl. mehr. Meine Bitte geht daher dahin, daß man dann, wenn man so einen Weg macht, rechtzeitig auch für die Begrünung und für die Aufforstung sorgen möchte. Das wäre zu dieser Gruppe von mir der Beitrag. (Beifall bei der SPO.)

2. Präsident: Herr Abgeordneter Karl Lackner hat das Wort.

Abg. Karl Lackner: Hoher Landtag! Es ist ein tragisches Geschick, zuerst hat der Herr Abgeordnete Scheer die Molkerei Stainach zitiert, und ich fühle mich dabei als kleiner Funktionär betroffen, und ich war nicht da, und jetzt ist er nicht da. Aber ich muß diese Fragen natürlich beantworten, man kann da nichts schuldig bleiben.

Er hat unter anderem angeführt, daß die Molkerei Stainach 36 Gewerbescheine hätte und durch diese 36 Gewerbescheine würden die mittleren Gewerbetreibenden in echte Schwierigkeiten gebracht. Es ist richtig, daß wir Gewerbescheine haben, ob es 36 sind, das weiß ich nicht genau. Aber wir haben ziemlich viele, das stimmt. Aber diese Gewerbescheine sind rechtmäßig erworben worden nach dem Ersten Weltkrieg, also lang in der vergangenen Zeit. Und außerdem besteht mit der ADEG im Bezirk Liezen ein Vertrag, wonach nur im Einvernehmen mit der ADEG ein Geschäft erworben werden darf, das heißt, wenn irgendwo ein Kaufgeschäft zum Verkauf steht und kein anderer sich mehr darum bewirbt, dann hat die Genossenschaft das erworben. Die Leute müssen ja Gelegenheit haben zum Einkaufen. Und dann wegen der Steuerschulden! Der Herr Abgeordnete Dr. Klausner hat beim Beginn einen Ausspruch getan wegen der Gemeindeordnung, daß Berge gekreißt haben, und es ist eine Maus geboren worden. Ich darf sagen, da haben auch Berge gekreißt, aber es ist nicht einmal eine Maus auf die Welt gekommen. Wir sind von einem Betriebsprüfer geprüft worden und der Betriebsprüfer hat Steuern verlangt, die nicht zu Recht bestanden haben. (Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz: Der Betriebsprüfer kann keine Steuern verlangen, das kann nur das Finanzamt!) Die Molkerei Stainach — das ist ja allgemein bekannt — war die erste Molkerei, die tbc-freie und bangfreie Milch liefern konnte und zwar an die amerikanischen Truppen. Damit dies aber möglich war, haben uns die Amerikaner vorgeschrieben, daß wir — nach vier Gesichtspunkten — ein neues Werk bauen mußten und erst dann durften wir ein Offert legen. Wir haben aber das Geld nicht gehabt. Aber wir haben das selbst bestreiten müssen und haben uns selbst geholfen. Und zwar haben wir unseren Bauern durch fünf Jahre hindurch sieben Groschen pro abgeliefertem Liter Milch abgezogen, selbstverständlich mit dem Versprechen, daß wir das zurückzahlen werden, wenn wir können. Und der Betriebsprüfer hat gemeint, daß das eine versteckte Gewinnrate ist und die sei zu versteuern. Das haben uns aber die Bauern nur geliehen. Und weiters verlangte die ameri-

kanische Milchproduktion ja ganz andere Bedingungen. Die Bauern müssen Belastungen auf sich nehmen, die nicht so ohne sind. Erstens müssen sie die Milch zweimal am Tag liefern. Was das für einen Bauern in der Erntezeit bedeutet, wenn er um vier Uhr nachmittags mitten in der Heuarbeit in den Stall gehen muß, weil um sechs Uhr die Milch abgeliefert sein muß, das wird jeder einsehen. Es ist eine ausgesprochene Mehrbelastung. Daher müssen wir den Bauern für diese Mehrbelastung auch was geben. Der Steuerprüfer hat wieder gesagt „versteckte Gewinnausschüttung“. Weiters haben wir im Auftrag des „O-Molk“ Milch vertrocknet. Und zwar als Lohnvertrocknung. Und die „O-Molk“ hat die Umsatzsteuer bezahlt. Da hat er gemeint, das müssen wir auch zahlen, obwohl das nur eine Lohnvertrocknung war. Die Tbc- und Bangfreimachung, die bei uns alle Jahre überprüft werden muß, weil es die Amerikaner so vorschreiben, kostet auch etwas. Wir müssen doch den Bauern ein bißchen entgegenkommen. Auch der Tierarzt ist ein armer Hund dabei, wenn er jedem Bauern nachlaufen muß ums Geld. Die Molkerei zahlt daher die Tierärzte und das wird dann den Bauern, damit sie es nicht auf einmal zahlen müssen, innerhalb eines halben Jahres langsam vom Milchgeld abgezogen. Schon wieder hat es geheißt: „Versteckte Gewinnausschüttung“ und so ist das weitergegangen. Und die Verhandlungen in Graz haben dann ergeben, daß nichts übrig geblieben ist. Aber es ist wenigstens einmal ein wenig Wirbel gemacht worden. (Abg. Z i n k a n e l l: „Der Ärger fängt schon beim Finanzminister an!“) Die Lebensader des Ennstales ist die Landgenossenschaft, von der nicht nur die Bauern leben, sondern von der auch die Wirtschaft des gesamten Tales lebt. Ich darf sagen, 40 Millionen Liter Milch produzieren die Ennstaler Bauern, das sind 100 Millionen Schilling. Und die Bauern behalten das Geld ja nicht, das fließt sofort wieder in die Wirtschaft. Daher ist keine Gefahr, daß da jemand benachteiligt wird. Und was das Wesentliche überhaupt ist bei unserem Betrieb in Stainach, wir dienen sehr wesentlich dem gesamten Staate insofern, weil wir durch dieses Amerikaner-Geschäft ja keine Schillinge, sondern Dollar kriegen, also die Nationalbank bekommt diese Dollar. Und zwar macht das im Jahr (Landesrat W e g a r t: „Bitte, sag's nicht genau!“) 2,5 Millionen Dollar aus. Damit Sie sehen, wieviel Dollar als freie Devisen die Ennstaler Bauern dem österreichischen Staat zur Verfügung stellen.

In der Landwirtschaftsdebatte sind schon alle Probleme sehr lebhaft diskutiert worden bis zur Frage kostendeckende Preise oder Subventionen. Ich bin auf jeden Fall für kostendeckende Preise, weil die verlangt ja jeder andere Betrieb auch. Aber ich muß als Bergbauer sagen, daß wir trotzdem auf die Subventionen nicht verzichten könnten, weil da ja ein großer Unterschied besteht, ob es sich um einen „Mähdrescher-Bauern“ handelt oder um einen Bergbauer, der auf die Handarbeit angewiesen ist. Und wie schaut denn dieses Stützung in Wirklichkeit aus? Der Bauer bekommt das Geld ja gar nicht. Der Bauer muß Rechnungen einschicken und der Herr Baumeister oder Maurermeister oder Zimmermeister, der kriegt dann das Geld. Das Geld fließt also

automatisch wieder in die Wirtschaft über den Gewerbetreibenden zum Arbeiter. Der Bauer tut praktisch nichts anderes als seine Pflicht erfüllen, seine schwere Arbeit verrichten und alle miteinander haben dann den Vorteil davon. Und außerdem wird ja so alles subventioniert bei uns. Die verstaatlichten Betriebe werden subventioniert und sogar die Lebensmittel werden subventioniert und zwar nicht zugunsten der Bauern, sondern zugunsten der Konsumenten. Man darf also nicht immer nur vom Bauern reden.

Nun zur Frage der Löhne. Der Herr Abg. Loidl hat sich besonders für die Bauarbeiter verwendet und gesagt, daß die Löhne zu niedrig sind. Ich darf dazu nur sagen, wenn wer einen niedrigen Lohn hat, dann ist das der Bergbauer mit seiner Bergbäuerin. Es gibt keinen anderen Stand, der einen so bescheidenen Lohn für seine schwere Arbeit erhält, noch dazu für die doppelte Arbeitszeit. Der Bergbauer arbeitet ja nicht acht Stunden, sondern zu gewissen Zeiten oft 16 Stunden. Aber er erfüllt seine Pflicht, er macht es. Und wir sind stolz, daß wir unseren Beitrag für die gesamte Heimat leisten dürfen. Und ich will nicht nur fordern, sondern ich darf auch feststellen, daß durch unsere kluge Agrarpolitik in der Steiermark Schwerpunkte geschaffen worden sind, wie z. B. die Besitzfestigung, die in den bewährten Händen des Herrn Landeshauptmannes liegt, oder die Einführung der Agrarinvestitionskredite, die noch unter Minister Thoma eingeführt worden sind, weiters die Aufbaugebiete, das ganze bäuerliche Bildungswesen, all diese Schwerpunkte haben sehr wesentlich zur Existenzfestigung und zur Gesundung unseres Bauernstandes beigetragen. Und jetzt ist es noch notwendig, daß wir uns einen kleinen Nebenerwerb suchen. Es ist ja schon sehr häufig davon gesprochen worden. Lieber Freund Hofbauer, Du hast gesagt, daß wegen der Butter niemand mehr ein Geld gekriegt hat. Ich habe mich nicht sofort vordrängen und zu Wort melden können (Gelächter) aber es ist klar, wir alle wissen, was der Fremdenverkehr für eine Bedeutung hat und gerade für das bargeldlose Bauernhaus, vor allem Bergbauernhaus ist er direkt oder indirekt von ganz besonderer Bedeutung. Direkt durch die Vermittlung von Fremdenzimmern und indirekt durch die Beschäftigung unserer Bergbauernkinder im Winter während der Saisonzeit. Wir verhindern dadurch auch etwas Wesentliches, nämlich die Landflucht, die schon einmal sehr kritisch war. Die haben wir dadurch abgestellt. Ich danke auch Herrn Landesrat Wegart als dem Referenten für den Fremdenverkehr. Er hat ganz neue Wege beschritten, die von eminenter Bedeutung für unsere Heimat sind.

Zum Schluß möchte ich sagen, wir wollen nicht nur immer fordern, ich möchte auch noch ein Rezept geben, wie ich mir das Ganze vorstelle, wie wir Bauern praktisch das Beispiel dafür geben, damit wir alle die Probleme, die sich angefangen von der Gruppe Null bis zur Gruppe sieben durchziehen, wegstreichen. Wir alle sind nämlich gewohnt, zu fordern und zu fordern. Wir brauchen mehr und der Staat soll zahlen. Überlegen wir uns doch einmal, wer ist denn der Staat? Er ist unser Vaterland? Unser Vaterland ist nur in der Lage, uns so viel zu geben, als auch wir bereit sind, für das Vaterland zu

tun. Bekennen wir uns daher zu folgendem: Opfer bringen, mehr leisten und aus dieser echten Mehrleistung heraus werden wir auch echte Erfolge erzielen und diese echten Erfolge kommen dann im gesamten Volk echt zur Geltung und wir haben die Probleme weg. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Lafer.

Abg. Lafer: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Der Agrarexperte der kommunistischen Partei des Hohen Hauses (Heiterkeit) hat in seinen Ausführungen für die Klein- und Kleinstbauern gesprochen und zum Ausdruck gebracht, als ob durch die Groß-Agrarier die Kleinbauern alle aufgesaugt würden. Ich muß daher zuerst fragen, wieviel Klein-, Kleinst-, Mittel- und Großbauern es denn in Rußland gibt? Es dürfte allen klar sein, daß es dort keine Groß-Agrarier, keine Mittel- und keine Kleinbauern gibt. Es gibt dort nämlich nur einen großen Bauern und dieser eine Großbauer ist der Staat und dieser Großbauer hat versagt.

Rußland, einst die Kornkammer Europas, hat in den letzten Jahren größere Mengen Brotgetreide von Amerika importiert. Ja sogar das kleine Österreich konnte heuer etwa 17.000 Stück in Österreich nicht absetzbarer Fettschweine liefern. Das nur kurz, bevor ich in mein Thema eingehe.

Ich möchte nur einige Dinge zu der Frage „Meliorationen“ und „Grundzusammenlegung“ bringen. Die ständigen hohen Verluste, die die Landwirtschaft durch Siedlungsbauten, Straßenbauten, durch Bauten öffentlicher Anlagen usw. alljährlich auf sich nehmen muß, können nur durch Erschließung neuer Flächen wettgemacht werden. Nach Berichten des agrarischen Informationszentrums gibt es in Österreich noch etwa 300.000 ha versumpfte, unproduktive Flächen. Diese Flächen durch Meliorationen und Entwässerungen in wertvollen Kulturboden zu verwandeln, wäre die einzige Möglichkeit, diese von mir genannten Verluste an Bodenfläche auszugleichen. In der Steiermark sollen nach vorsichtigen Schätzungen diese versumpften Flächen noch etwa 40.000 ha betragen. Der Ernteentgang aus dieser gesamten Fläche beträgt nach sorgfältiger Schätzung und Überlegung pro Jahr etwa 100 bis 150 Millionen Schilling, ein Betrag, der der Landwirtschaft und dem gesamten Volk verloren geht. Wenn für diese Förderungsmaßnahmen nicht mehr Mittel als bisher zur Verfügung gestellt werden, dann wird es eben noch sehr, sehr lange dauern, bis diese Flächen der nützlichen Verwendung zugeführt werden können. Dazu kommt noch, daß im Jahre 1965 große Flächen Ackerbodens infolge der Naturkatastrophen, der Überschwemmungen der Landwirtschaft verlorengegangen sind. Bedenken wir doch, daß der Bauer und vor allen Dingen der Bergbauer auf hügeligem Gelände unter schwierigsten Bedingungen dem Boden Nahrungsmittel abringt, ohne die Möglichkeit zu haben, Maschinen einzusetzen und so trotzdem zur Ernährung des Volkes wesentlich beiträgt.

Einen sehr großen Kostenpunkt im Zuge dieser Entwässerungsmaßnahmen verursachen selbstverständlich die zu errichtenden notwendigen Vorflutgräben und Zubringerbäche zu den Flüssen. Viele

Flüsse und Bäche der Steiermark sind stark verwildert und zu einem großen Teil nicht reguliert. Erst nach Durchführung dieser Flußbaumaßnahmen und Entwässerungen kann an die für die heutige Zeit so notwendige Grundzusammenlegung geschritten werden. Bedeuten doch die Grundzusammenlegungen eine unbedingte Voraussetzung für den nicht mehr wegzudenkenden Maschineneinsatz, für die Produktionssteigerung und vor allem für die Verringerung der Erzeugungskosten durch die Überwindung der Streulagen. Erst durch die Behebung der vorhin angeführten Mängel bei Fluß- und Bachregulierungen sowie Entwässerungsanlagen und die mit diesen Maßnahmen verbundene Grundzusammenlegung wird ein Großteil der Betriebe in die Lage versetzt, mit der heutigen Zeit Schritt zu halten. Es darf hier allerdings nicht unerwähnt bleiben, daß die Eigenaufbringung der Mittel bei Klein- und Mittelbauern auf allergrößte Schwierigkeiten stößt.

Außerordentlich erfreulich war die Durchsetzung des „Grünen Planes“ durch den Präsidenten des Österreichischen Bauernbundes, den Dritten Nationalratspräsidenten Ökonomierat Wallner, der hier immer wieder davor warnt, kein Spiel mit dem Feuer zu treiben. Die Sicherstellung der Ernährung unseres Volkes soll und muß der österreichischen Landwirtschaft vorbehalten bleiben. Verlassen wir uns nicht allzusehr, daß man in ruhigen und friedlichen Zeiten oft Lebensmittel aus dem Auslande billiger erhalten kann. Es gibt keine Sicherheit dafür, daß wir uns nicht eines Tages mit dem begnügen müssen, was die österreichische Landwirtschaft aus ihrem eigenen Boden hervorbringt. Wenn unsere Neutralität auch manche Sicherheit birgt, wirklich frei ist ein Volk nur dann, wenn es sich aus eigener Scholle ernähren kann. (Beifall.)

Präsident Dr. Kaan: Ich erteile Herrn Abg. Pabst das Wort.

Abg. Pabst: Hohes Haus, verehrte Damen und Herren! In der Gruppe 7, Post 705, scheint ein Förderungsbetrag von 10 Millionen Schilling für Personalerfordernisse der Landwirtschaftskammer auf. Ich glaube, es ist Ihnen allen bekannt, daß Landwirtschaftsförderung an und für sich Landessache ist. Das war im besonderen auch in der Praxis so nach dem ersten Weltkrieg. Nach dem zweiten Weltkrieg aber wurde hier eine Änderung vorgenommen. Und zwar in der Form, daß das Land die Aufgaben der Landwirtschaftsförderung der Landwirtschaftskammer übertragen hat. Deshalb also sind als Kostenbeitrag für die Personalerfordernisse diese 10 Millionen Schilling im Budget enthalten. Ich glaube, diese Aufgabenübertragung an die Landwirtschaftskammer hat sich auch sehr gut bewährt und ist als unbedingt zweckmäßig anzusprechen. Wir müssen uns aber auch über die Ausgaben dieser Kammer irgendwie Gedanken machen. Sie sind in zwei Gruppen zu teilen, einmal in die sogenannte Interessenvertretung, Rechtsvertretung und zum zweiten, um die Förderungsaufgaben zu erfüllen. Dementsprechend ist auch der Aufbau der Kammer organisiert. Dieser geht von der Gemeinde (Gemeindebauernrat), Gemeindebauern-Obmann als verlängerter Arm der Bezirkskammer über die Bezirks-

kammer mit ihren hauptberuflichen Förderungsorganen, wie Obstwirtschaftsberatern, Hauswirtschaftsberaterinnen, Forstingenieuren, Wegbau-Ingenieuren, Waldhelfern, Pflanzenbaubeamten, die Obstbaubeamten und die Beamten der Tierzuchtleitung oder der Milchkontrolle. Sie alle sind heute echte Freunde der steirischen Bauern. Sie sind weiters die gerne gesehenen Berater unserer Bauern. Sie haben zweifellos sehr maßgeblich seit 1945 mitgewirkt, daß die Landwirtschaft in einer so starken Entwicklung ihrer Uraufgabe gerecht werden konnte, auch in der Steiermark als richtiger Ernährer unseres Volkes auftreten zu können. Schließlich haben wir in der Landeskammer die verschiedensten Abteilungen, die unseren Bauern in schwierigsten Situationen zur Verfügung stehen, die aber auch, weil sie von wirklichen Fachleuten besetzt sind, planend bei der Interessenvertretung zur Verfügung stehen. Das Präsidium mit der Direktion hat wohl in erster Linie die Interessenvertretung durchzuführen, darüber hinaus aber selbstverständlich auch die Landwirtschaftsförderung richtig zu lenken und auch zu überwachen. So ist die Landwirtschaftsförderung eigentlich, wie schon früher gesagt, — obwohl Landesaufgabe — der Landeskammer übertragen und dabei in sehr guten Händen, weil von der Gemeinde ausgehend über den Bezirk bis zum Land eine wohlgefügte Organisation in der Hand der Bauern selbst liegt und weil diese Organisation meist auch besonders gut von aus bäuerlichen Familien stammenden hauptamtlichen Mitarbeitern unterstützt wird. Alle diese Aufgaben werden insgesamt von 760 Bediensteten erfüllt. Es ist nicht uninteressant, daß die Personalkosten mit den sozialen Lasten usw. im heurigen Jahr bei 45 Millionen Schilling betragen, wovon allerdings, und das muß sehr deutlich gesagt werden, ungefähr ein Achtel dieser Angestellten wirklich nur in der Verwaltung tätig sind, während die übrigen im Außendienst als Helfer und Berater arbeiten, und das mit möglichst wenig Bürokratismus. Auch das Budget, das die Landeskammer für das heurige Jahr aufzuweisen hat, soll nicht verheimlicht werden. 160 Millionen Schilling beträgt es und es wird mit diesem Geld wertvollste Förderung der Landwirtschaft durchgeführt.

Ich möchte nur einige Dinge noch ganz kurz streifen. So z. B. führt die Landwirtschaftskammer seit 1949 glaube ich als erste Institution in der Steiermark den Hofaufschließungs- und Forstwegbau durch und in all den Jahren herauf sind mit Einbruch der heurigen Kilometer insgesamt 4.432 km solcher Wege gebaut worden. Wenn früher diese Hof- und Forstaufschließungswege erwähnt wurden, wohl die Notwendigkeit einerseits zur Kenntnis genommen wurde, aber auch andererseits in irgendeiner Form sehr negativ beurteilt wurde, so muß ich darauf hinweisen hier in diesem Hause und ganz deutlich sagen, ein Bergbauer — und dem dienen diese Hof- und Forstaufschließungswege im besonderen — wird in der Zukunft überhaupt nicht bestehen können, wenn er nicht die entsprechende Zufahrt hat. Wer hier irgendwelche Zweifel an der Wichtigkeit gerade dieses Wegbauens hat, dem muß man tatsächlich alles Verständnis für den Bergbauern absprechen. (Abg. Hans Brandl: „Es ist niemand da, der das bezweifelt!“) Weiters hat die

steirische Landwirtschaftskammer als erste Kammer Österreichs auch eine Neueinteilung des Umstellungsgebietes in der Steiermark geschaffen. Ich glaube, es ist bekannt, daß diese Umstellungsgebiete sich aus freiwilligen Vereinen zusammensetzen, wo sich die Bauern freiwillig vereinen, um möglichst intensiv beraten zu werden. Steiermark war hier bahnbrechend, und ich glaube, gerade im heurigen Jahr ist ja auch in der Öffentlichkeit, in den Zeitungen durch die Besichtigungen sehr viel darüber gesprochen und geschrieben und die besondere Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit unterstrichen worden.

Die Landwirtschaftskammer verfügt auch über eine Bauabteilung. Das mag manchem vielleicht fremd sein. Sie wurde in den Jahren nach dem 2. Weltkrieg eingerichtet, besonders zum Wiederaufbau der so schwer durch die Bomben und Kriegshandlungen zugerichteten oststeirischen Bauernhöfe. Zu dieser Zeit hat diese Bauabteilung besonders wertvoll gearbeitet. Sie arbeitet auch heute noch immer und überall, wo Stallbauten, Wirtschaftsbauten usw. durchgeführt werden, und es wäre diese Einrichtung als Einrichtung der Landwirtschaft und als Förderungseinrichtung kaum wegzudenken.

Wertvollste Hilfe bedeutet für die Bauern auch noch die Rechts- und Steuerabteilung. Hier finden alle Bauern in schwierigsten Situationen, besonders in rechtlicher und steuerlicher Hinsicht, wirklich Rat und Hilfe. Ich glaube abschließend sagen zu können, daß diese 10 Millionen Schilling Personalkostenbeitrag, die das Land der Landeskammer leistet, sehr fruchtbar angewendet sind.

Und nun muß ich auch noch ganz kurz zu einigen Dingen, die früher der Herr Kollege Zinkanell gestreift hat, Stellung nehmen. Er hat besonders bekrittelt — das heißt nicht einmal besonders bekrittelt, man muß ehrlich sein — er war sehr anständig und er hat also nur heute irgendwo so gejammert, daß das mit den letzten Bauernkammernwahlen nicht richtig zugegangen wäre. Nun sei es so, daß sich der Verfassungsgerichtshof damit beschäftigen muß, und das Wahlgesetz wird gerichtlich einer besonderen Überprüfung unterzogen. (Abg. Z i n k a n e l l : „Der Verfassungsgerichtshof von sich aus!“) Auch das wissen wir. Ich muß nur wirklich erinnern, am 4. 2. des Jahres 1961 ist in diesem Hohen Hause das sogenannte Bauernkammerngesetz einstimmig novelliert worden. Im Anschluß an diese Novellierung hat der damalige Abgeordnete Edlinger, der auch noch ein wirklicher Bauer war, sich bei seiner Partei besonders bedankt — in dem Protokoll nachzusehen — für das Verständnis, das seine Partei in diesem Falle der Bauernschaft entgegengebracht hat. Das sind Tatsachen. (Abg. Z i n k a n e l l : „Ihr habt ja das Gesetz auch noch mißbraucht und darum ist es gegangen!“) Wenn nun also dieses Gesetz, das damals bestimmt im besten Wissen und in bester Meinung beschlossen worden ist, irgendwelche Mängel aufweisen wird, was ohne weiters möglich ist, so werden wir halt im nächsten Jahr wieder wählen. Ich kann Ihnen aber sagen, Herr Kollege Zinkanell, wir fürchten auch diese Wahl nicht, durchaus nicht. (Abg. H e i d i n g e r : „Vor einer Wahl braucht man sich überhaupt nicht zu fürchten!“) Denn die steirischen

Bauern wissen ganz genau, wer für sie arbeitet, wer sie wirklich vertritt und wer nicht nur vor Wahlen auch eine gewisse Bauernfreundlichkeit zeigt, nachher aber diese Bauern immer wieder als so ungebührliche Beihilfenempfänger schimpft. (Abg. Heidinger: „Die Protektionen sind ungebührliche Beihilfenempfänger!“ — Abg. Zinkanell: „Eine gerechte Verteilung muß erfolgen, eine Verteilung dorthin, wo sie hingehört!“ — Abg. Brandl: „Gegen Protektionismus sind wir!“) Ihre Arbeiterzeitung ist ein besonders Beispiel der Verunglimpfung der Bauernschaft. Wir fürchten diese Wahl aus diesem Grunde nicht, weil unsere Bauern längst erkannt haben, wie wertvoll gerade die Landwirtschaftskammer für sie arbeitet.

Und nun haben Sie weiters noch erwähnt, daß zu Beginn des Monats, also am 9., eine Kammerversammlung stattgefunden hat und daß dort sogar eine 50 %ige (Abg. Zinkanell: „20 %ige hat es geheißen!“) Kammerumlagerhöhung mehr oder weniger sehr geheimnisvoll durchgeführt wurde. Auch dazu ganz offen. Herr Kollege Zinkanell, Sie wissen es selbst auch, weil Sie des öfteren dabei waren. Immer zu Beginn Dezember hat die sogenannte Budgetvollversammlung der Landeskammer stattgefunden, auch heuer natürlich wieder. (Abg. Zinkanell: „Nie im Zustand der Anfechtung!“) Glauben Sie — seien Sie zu sich selbst ehrlich — glauben Sie wirklich, daß man, wie Sie sich vorgestellt haben, 14 Tage warten hätte sollen, das würde bedeuten, daß ungefähr am Neujahrstag die Kammerversammlung hätte zusammentreten müssen und dann etwas beschließen hätte sollen, wozu sie dann nicht berechtigt gewesen wäre. (Abg. Zinkanell: „Am Montag, den 20. 12. wäre es noch immer früh genug gewesen!“) Am 9. Dezember war sie dazu berechtigt, und deshalb ist auch die Beschlußfassung erfolgt. (Abg. Zinkanell: „Das bezweifle nicht nur ich, sondern auch Eure eigenen Leute!“ — Abg. Heidinger: „Die Bauern werden es glauben!“) Wenn Sie nun über die 50 % Kammerumlagerhöhung klagen; meine Verehrten, wir kennen unsere Bauern besser als sie. Eines ist Tatsache: Die Einheitswerte und damit die Grundlagen für die Kammerumlagen, sind in den letzten Jahren, das können wir feststellen, nicht erhöht worden, sondern sogar leicht zurückgegangen, die rein bäuerlichen Grundeinheitswerte. Es ist aus diesem Grund eine Umlagerhöhung rein von der Grundlage her nicht möglich, so wie das z. B. bei der Arbeiterkammer selbstverständlich ist, weil immer mehr Arbeitnehmer werden und dort — das ist auch bekannt — eine Erhöhung von $\frac{1}{2}$ % immer wieder von selbst eintritt, oder auch in der Gewerbekammer, wo durch den Lohnaufwand hier die Grundlage gegeben ist für die Kammerumlage. Das haben wir nicht. Nun steht die Bauernschaft Steiermarks vor der Wahl, entweder wir erhöhen selbst die Umlagen, um die Aufgaben, die wir nun einmal übernommen haben, auch weitestgehend richtig zu erfüllen oder wir Bauern nehmen zur Kenntnis, daß wir die Tätigkeit der Beratung und der Förderung der Landwirtschaft einschränken müssen. So, unter diesem Gesichtspunkt, Herr Kollege Zinkanell, verstehen die steirischen Bauern ohne weiteres diese Umlagerhöhung.

Zur Bauernkrankenkasse haben Sie auch noch etwas gesagt. Ich möchte gar nichts weiter sagen als nur das eine: Die Bauernkrankenkasse ist sehr lange — das wissen wir alle — umstritten gewesen. Und zwar deshalb umstritten, weil aus dem Plan des Sozialministers durchaus nicht feststellbar war, was er erstens will (Abg. Zinkanell: „Der Sozialminister hat immer gewußt, was er will!“) und auch weiters, daß der Bundeszuschuß sowohl in der Höhe als auch in der Form in keiner Weise gesichert war. Nachdem aber nun der Bundeszuschuß auch in der 50 %igen Erhöhung gesichert ist, hat die österreichische Bauernbundführung selbstverständlich auch diesem Krankenkassengesetz nicht nur zugestimmt, sondern hat es in dieser Form gefordert. (Abg. Zinkanell: „Zu fordern war da nichts mehr!“) Darüber können Sie uns überhaupt nichts weismachen, denn wir kennen die Dinge, wie sie jetzt stehen. Wenn man auch noch hört, warum der Landwirtschaft auch hier Zuschüsse gewährt werden, so wissen wir alle, daß jeder Arbeitnehmer seinen Teil zu leisten hat und den zweiten Teil der Sozialbeiträge immer der Sozialpartner, also der Unternehmer. Nachdem die Landwirtschaft keinen solchen hat, andererseits aber eben durch die gebundenen Preise gezwungen ist, bei weitem nicht immer kostendeckend zu erzeugen, ist also diese Sozialpartnerschaft auch gerechtfertigt. Das zu Ihren seinerzeitigen Behauptungen. (Beifall.)

Präsident: Als nächster Redner ist Abg. Meisl am Wort.

Abg. Meisl: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich komme mit meinen Ausführungen auf ein Kapitel zu sprechen, das meiner Ansicht nach zur Gruppe 7 gehört, alle Beschäftigten in der heimischen Industrie besonders interessiert und für sie von lebenswichtiger Bedeutung ist.

Das ist die Auftragvergebung durch die öffentliche Hand. Wir haben hier in diesem Hause in der letzten Sitzung am 29. November beschlossen, eine diesellektrische Lokomotive um einen Preis von Schilling 4,030.000.— für die Strecke Unzmarkt—Mauterndorf anzuschaffen. Als Lieferfirma wurde vom Berichterstatter, Herrn Abg. Ritzinger, der den Antrag einbrachte, die Österr. Brown-Boveri-Werke AG. als Hauptlieferant in Gemeinschaftsarbeit mit der Österr. Alpine-Montan-Gesellschaft und der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG. genannt. Ich bringe Ihnen, meine Damen und Herren, einen Auszug aus der vom Hohen Hause behandelten Vorlage. Da die neu zu beschaffende schmalspurige Diesellokomotive grundsätzlich gleich gebaut sein soll wie die im Vorjahr gelieferte, wurde eine öffentliche bzw. beschränkte Ausschreibung nicht vorgenommen, sondern die Österr. Brown-Boveri-Werke AG. als Hauptlieferant aufgefördert, gemeinsam mit der Österr. Alpine-Montan-Gesellschaft und der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG. ein entsprechendes Angebot zu stellen. Ob bei der ersten Lokomotive von der heimischen Industrie ein Offert eingeholt wurde ist mir nicht bekannt. Bezüglich der österr. Betriebe stimmt es nicht ganz. Ich muß daher feststellen, daß von den drei genannten Firmen zwei ausländische Firmen dabei sind. Brown-Boveri

ist eine Schweizer Firma und die Augsburg-Nürnberg AG. eine deutsche. Wir haben auch in Österreich Firmen, die in der Lage sind, solche Aufträge auszuführen. Zum Beispiel die Elin-Union in Gemeinschaftsarbeit mit Simmering-Graz-Pauker und der Alpine-Montan. Ich komme selbst aus so einer Firma, der Elin-Union AG., wo ich seit 40 Jahren beschäftigt bin. Auf Grund meiner Funktion in diesem Betrieb weiß ich genau, daß ein Inlandsauftrag für ein Unternehmen viel interessanter ist als ein Auslandsauftrag, weil er lukrativer ist. Ich kenne genau den Leidensweg, der zurückgelegt werden muß, um einen Auftrag aus dem Auslande hereinzubekommen. Das gilt im besonderen für die Starkstromindustrie, weil sie auf internationaler Ebene gesehen, gegen die übermächtige Konkurrenz der Mammutkonzerne bestehen muß, die viel finanzkräftiger sind als unsere Unternehmungen in Österreich. Die Kapazität der Starkstromindustrie in Österreich ist viel zu groß für unser Land. Es muß daher von dieser Industriesparte alles unternommen werden, den Ausgleich, um die Vollbeschäftigung zu sichern, im Export zu suchen und zu finden. So beträgt z. B. in unserem Unternehmen der Exportanteil bei Transformatoren ca. 90 % und am Generatorenssektor über 60 %. Ich möchte daher anregen und ersuchen, bei zu vergebenden Aufträgen in erster Linie die österreichischen Betriebe zu berücksichtigen, meine Damen und Herren, denn die Beschäftigten in diesen Unternehmungen haben ein Anrecht darauf, daß durch solche Maßnahmen mitgeholfen wird, ihre Arbeitsplätze zu sichern.

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Herr Landesrat Dr. Niederl.

Landesrat **Dr. Niederl:** Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Gruppe 7 sind in den Abschnitten 73 und 74 die land- und forstwirtschaftlichen Belange enthalten und ich danke allen Debattenrednern für das Interesse, das sie gerade diesen Abschnitten entgegengebracht haben.

Aus den Ausführungen der einzelnen Redner, die hier vor dem Hohen Haus ihre Meinung dargelegt haben, konnte man feststellen, welche positiven Leistungen erbracht wurden, welche Leistungen in Zukunft erbracht werden sollen. Man konnte aber aus den Ausführungen auch feststellen, mit welchen Schwierigkeiten gerade die Berufssparte der Land- und Forstwirtschaft zu kämpfen hat.

Ich möchte alle Fragen, die anlässlich dieser Debatte aufgetaucht sind, in zwei Hauptpunkte zusammenfassen:

Der erste Hauptpunkt war, daß übereinstimmend die Notwendigkeit festgestellt wurde, die Maßnahmen der Landwirtschaftsförderung fortzusetzen. Wenn man sich auch über den Weg noch nicht einig ist, so ist, wie ich glaube, das Ziel für alle das gleiche, nämlich einer weiteren Schrumpfung in der Land- und Forstwirtschaft entgegenzuwirken.

Der zweite Punkt, über den debattiert wurde, war der, daß das land- und forstwirtschaftliche Bildungswesen ausgebaut und intensiviert werden soll. Und wenn auch mit dem Budget nicht im unmittelbaren Zusammenhang, so muß der Vollständigkeit halber

auch auf die legistische Arbeit, die in den nächsten Jahren notwendig sein wird, hingewiesen werden. Das große Interesse und die Besonderheit dieses Abschnittes liegt wohl darin, daß der unmittelbare Zusammenhang zwischen dem Menschen und der Ernährung in dieser wirtschaftlichen Sparte sehr stark verankert ist und daß jede wirtschaftliche Tätigkeit des Menschen ihren Ursprung in der Gewinnung der Naturprodukte, der Nahrung, der Kleidung und den sonstigen Lebensbedürfnissen hat. Ich möchte hier an dieser Stelle besonders dankbar anerkennen, daß die österreichische Landwirtschaft gegenwärtig in der Lage ist, 82 % des Nahrungsmittelbedarfes zu decken und damit ganz wesentlich zum wirtschaftlichen Wohlstand unseres Landes beizutragen. Wir wollen aber alle miteinander auch daran denken, daß diese wichtige Aufgabe der Volksernährung tagtäglich von unseren Bäuerinnen und Bauern und ihren Angehörigen erfüllt wird. Wir haben daher die Pflicht als öffentliche Mandatäre, durch unsere Förderungsmaßnahmen die Stellung des Bauernstandes zu heben und alle Schwierigkeiten, mit denen die Landwirtschaft zu kämpfen hat und die aufgeklungen sind, gemeinsam zu meistern. Wenn aber trotz der derzeitigen Förderungsmaßnahmen die Landwirtschaft in unserer Zeit nicht so wie die anderen Berufe am Sozialprodukt gerecht Anteil nehmen kann und die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten immer mehr abnimmt, so liegt eine der Voraussetzungen wohl darin, daß es die Menschen, welche unseren Grund und Boden bestellen, schwerer haben als die meisten anderen Berufsstände, da ihre Produkte in ganz besonderem Maße von den Naturgewalten abhängig sind. Die Produktion in der Landwirtschaft ist von den unregelmäßigen Einflüssen, wie Klima, Wetter und Boden abhängig, und wenn sie auch gesteigert werden kann, so ändert das doch nichts an der Tatsache, daß durch die naturbedingt längere Dauer des Wachstums landwirtschaftlich genutzter Pflanzen und Tiere der Umsatz eben langsamer vor sich geht als bei den anderen Wirtschaftszweigen.

Und gerade die Unwetterkatastrophe des Jahres 1965 hat uns gezeigt, welche besonderen Risiken die Landwirtschaft ausgesetzt ist. Und wenn die Steiermärkische Landesregierung in ihren Beschlüssen auch 50 Millionen Schilling an Entschädigungsbeiträgen auszahlen konnte, so können doch alle Schäden, die entstanden sind, bei weitem nicht abgegolten werden, besonders nicht jene Schäden, die durch einen Ernteminderertrag entstanden sind. Wir müssen aber auch auf die verschiedenen Auffassungen hinweisen und davon sprechen, daß Landwirtschaft und Landwirt durchaus nicht das gleiche ist. In vielen Ländern wird uns vor Augen geführt, wie man die Landwirtschaft zwar technisch betreiben, zur selben Zeit aber das Bauerntum bis zur physischen Vernichtung beseitigen kann. Und gerade dafür dürfen wir unsere Augen nicht verschließen, sondern müssen uns viel mehr bewußt machen, wofür es heute geht. Es geht heute in der Landwirtschaft um ein Bauerntum, das nach seiner Natur im höchsten Maß dazu prädestiniert sein soll, echtes Familien- und Gemeinschaftsleben zu erfüllen. Wir haben unsere Förderungstätigkeit auch in dieser Richtung abzustimmen und zu trachten, daß der un-

abhängige, konkurrenzfähige Familienbetrieb nicht zugunsten von Konzentrationstendenzen geopfert wird.

Um diesen landwirtschaftlichen Familienbetrieb erhalten zu können, muß es ihm aber vor allem möglich werden, seine Leistungsfähigkeit zu steigern. Nur das ideelle und materielle betriebliche Interesse sowie die traditionelle Heimatverbundenheit, welche die wesentlichsten Merkmale des bäuerlichen Familienbetriebes sind, werden es ermöglichen, daß für die nachhaltige Pflege der landwirtschaftlichen Kulturboden, die Betriebe und die Menschen erhalten bleiben. Daher müssen wir alle mitwirken, der Land- und Fortwirtschaft unter allen Wirtschaftszweigen den richtigen Platz zu sichern. Die moderne Volkswirtschaft kennzeichnet sich durch die drei Prinzipien Arbeitsteilung, Technisierung und Marktverkehr. Der Landwirtschaft sind in der Anwendung dieser Prinzipien enge Grenzen gesetzt, und darin liegt auch ihre Marktschwäche, und aus dieser Marktschwäche ergibt sich auch ein Mindereinkommen, und daher die Förderungswürdigkeit und Förderungsnotwendigkeit im Interesse der Landwirtschaft, aber auch im Interesse des Konsumenten.

Die Agrarische Rundschau vom Oktober 1965 hat den Grünen Bericht aus dem Jahre 1964 abgedruckt. Und wenn man diesen Bericht mit Aufmerksamkeit durchliest, dann kann man feststellen, daß die in der Landwirtschaft Tätigen in der allgemeinen Hochkonjunktur nicht den Anschluß gefunden haben, den sie erreichen sollten.

Es ist auch die Frage aufgetaucht und in der Debatte hervorgeklungen, wie weit durch diese Förderungsmaßnahmen eine Strukturbereinigung gelenkt bzw. durchgeführt werden soll. Vielfach wird die Meinung vertreten, nur durch eine Abwanderung der landwirtschaftlich Beschäftigten ist es möglich, das Pro-Kopf-Einkommen zu erhöhen. Und wir können auch feststellen, daß die Abwanderung in den meisten Industriestaaten außerordentlich hoch ist und sich nicht nur mehr auf die Landarbeiter und auf die weichenden Bauernkinder bezieht, sondern auch auf die Betriebsinhaber. Wie wir auch aus dem Grünen Bericht 1964 feststellen können, nimmt trotz dieser Abwanderung die Disparität zu. Gewiß ist eine Strukturbereinigung in der Landwirtschaft notwendig, aber es muß auch da Grenzen geben, denn eine allzu bedenkenlose Bereinigung der Agrarstruktur würde uns eines Tages in eine Zwangslage bringen. Es ist nämlich sehr schnell abgewandert; aber wer garantiert uns, daß die Abwanderung einmal dort aufhört, wo es vielleicht wünschenswert oder sogar notwendig sein wird? Wir müssen auch feststellen, daß die Gefahr der Entsiedelung weniger die Grenzbetriebe trifft als jene Betriebe, die sich im Sogbereich der Städte und der Industriezentren befinden. Und bei der Durchführung unserer Förderungsmaßnahmen sollen wir uns daran erinnern, daß das englische Königreich, das im Zuge und zugunsten der Industrialisierung seine Bevölkerung auf ein Minimum zusammenschumpfen ließ, heute die höchsten landwirtschaftlichen Subventionen in der Welt bezahlt, um die Ernährung wenigstens in einigen Teilbereichen sicherzustellen. Wir müssen auch feststellen, daß sich in der Steiermark rund

ein Drittel Bergbauern befindet und daß im Grenzgebiet vorwiegend Kleinbauern vorhanden sind. Es ist daher sehr erfreulich, daß das Budget 1966 die Kleinlandwirtehilfe und auch die Grenzlandhilfe aufgenommen hat und beide Beihilfen werden es ermöglichen, gerade diese kleinen Betriebe in den Bergbauerngebieten und im Grenzland weiter zu erhalten.

Die zweite Hauptfrage, die aufgetaucht ist, war die Bildungsfrage, und wir müssen sagen, daß der moderne landwirtschaftliche Betriebsführer nicht nur die Kenntnisse der Natur braucht, sondern darüber hinaus auch jene technischen und betriebswirtschaftlichen Kenntnisse, wie sie für jeden anderen Betriebsführer auch notwendig sind. Wir haben darüber hinaus in der Debatte festgestellt, daß der Erfolg des Bauern in der Zukunft im größten Maße von seiner geistigen Beweglichkeit und auch von seiner Ausbildung abhängen wird. Es ist daher notwendig, dem land- und forstwirtschaftlichen Beratungs- und Bildungswesen eine besondere Bedeutung beizumessen. Vor allem muß alles unternommen werden, um das derzeit noch vorhandene Bildungsgefälle aufzuholen und zu beseitigen. Das Land Steiermark hat in den vergangenen 20 Jahren gerade auf diesem Gebiet große Anstrengungen gemacht und sowohl das bäuerliche Berufsschulwesen als auch das landwirtschaftliche Fachschulwesen ausgebaut. Die Ziffern wurden bereits vom Herrn Abgeordneten Schaller hier vorgebracht, und ich erspare es mir, diese Ziffern noch zu wiederholen. Ich möchte aber nur hoffen, daß der neugewählte Nationalrat die sieben land- und forstwirtschaftlichen Schulgesetzentwürfe so bald als möglich verabschiedet, damit wir dann im Hohen Hause die Möglichkeit haben, die Neuordnung des land- und forstwirtschaftlichen Schulwesens vorzunehmen.

Die Erfüllung der bäuerlichen Berufsschulpflicht ist in manchen entlegenen Gegenden sehr schwer möglich, und man wird daher daran denken müssen, Internatsberufsschulkurse für bäuerliche Berufsschüler einzuführen. Wir haben im heurigen Jahr im Grabnerhof einen Versuch gemacht und feststellen können, daß gerade dieser Versuch sowohl bei den Eltern als auch bei den Schülern sehr gut angekommen ist.

Um die Grundlage für ein Ausbau- und Förderungsprogramm zu bekommen, wurden im Jahre 1965 Absolventenuntersuchungen durchgeführt. Die haben aufgezeigt, daß 78 % aller Befragten eine weitere Ausbildung in fachlicher und allgemein bildender Weise wünschen und zwar waren es zum Großteil jene Betriebsführer, die bereits eine Fachschulausbildung gehabt haben. Es ist daher sehr zu begrüßen, daß für die Bildungs- und Begabtenförderung im Voranschlag für das Jahr 1966 eine neue Post aufgenommen worden ist. Auch die Erarbeitung eines Berufsschullehrplanes soll erfolgen, und schließlich wird am 4. Jänner 1966 das erste Mal ein pädagogisches Seminar für die Landwirtschaftslehrer eingerichtet werden können.

Bezüglich des Schulbaues wird es so sein, daß die landwirtschaftliche Fachschule in Haidegg voraussichtlich im Jahre 1966 fertiggestellt werden kann. Mit dem Bau einer landwirtschaftlichen Fachschule

in der Weststeiermark wird dank der Vorsorge im Budget 1966 begonnen werden können.

Das Ergebnis der Absolventenuntersuchung hat aber auch gezeigt, daß gerade in den oststeirischen Bezirken noch viel aufzuholen ist. Um alle Burschen und Mädchen, die Bildungsbereitschaft zeigen, auch unterzubringen, wird die Vorbereitung für die Errichtung einer dritten landwirtschaftlichen Fachschule in der Oststeiermark getroffen werden müssen. Auch im Murtal ist in den nächsten Jahren eine landwirtschaftliche Fachschule zu planen.

Die allgemeine Bildungs- und Begabtenförderung der landwirtschaftlichen Jugend soll aber auch dazu führen, diesen jungen Menschen den Übergang in eine Mittelschule oder in eine Hochschule zu erleichtern. Wenn wir die Statistik lesen, können wir feststellen, daß nur 2,6 % aller österreichischen Studenten aus der Landwirtschaft kommen.

Die Einbeziehung und Eingliederung der bäuerlichen Bevölkerung in die sozialpolitischen Einrichtungen unseres Staates hat durch die Bauernrankenversicherung, wie hier in der Debatte angeklungen ist, eine wertvolle Ergänzung gefunden und neben der Unfallversicherung, neben der Zuschußrentenversicherung ist nun auch dieser soziale Fortschritt erreicht.

Auch die Landarbeiterkammer übernimmt durch Zuschüsse zum Eigenheimbau, durch Familiengründungsbeihilfen, durch Berufsausbildungsbeihilfen, durch Notstandsbeihilfen, durch Treueprämien und dergleichen mehr, wesentliche sozialpolitische Aufgaben und hat vom Jahre 1950 bis zum 10. Dezember 1965 95,6 Millionen Schilling hiefür ausgegeben. Österreich befindet sich mitten in Europa und wir sind uns vollkommen klar, daß Handel und Wandel und auch der Wohlstand nur dann gegeben sind, wenn wir über unsere Grenzen hinaus tätig sind. Ein Arrangement mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ist gerade für die Landwirtschaft außer Streit gestellt, weil die Produkte der österreichischen Landwirtschaft hauptsächlich in die EWG-Länder abgesetzt werden können. Und die Diskriminierung wird von Jahr zu Jahr drückender. Bei Schlachtvieh zahlen wir einen Zoll von 16%, während Frankreich, mit dem wir auf den Märkten in Oberitalien und Süddeutschland konkurrieren müssen, nach dem fortschreitenden Abbau der Innenzölle im Jahre 1971 gar keinen Zoll mehr zu bezahlen haben wird. Wir werden daher gerade von der Agrarseite her bestrebt sein müssen, die Anpassung an den europäischen Markt zu erreichen.

Auf dem Gebiete des Forstwesens sind Forstschutzmaßnahmen und Förderungsmaßnahmen vorgesehen. Ein besonderes Augenmerk wird der Förderung der Aufforstung landwirtschaftlicher Grenzertragsböden zugewendet werden müssen. Für diese Maßnahmen im Rahmen des „Grünen Planes“, die vorerst auf einer Fläche von ca. 1200 ha durchgeführt werden sollen, hat auch das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt. Der Forstwegebau, die Aufforstung und die forstliche Aufklärung sind möglich, da dafür im Rahmen des Budgets vorgesorgt ist.

Im Budget 1966 sind für den Grundauffang-Fonds erstmalig Mittel in der Höhe von 1 Million Schil-

ling vorgesehen. Und der durch Landesgesetz geschaffene Fonds wurde so dotiert, daß das dann zusammentretende Kuratorium Gelegenheit hat, im Interesse einer gesunden Agrarstrukturverbesserung Grund und Boden einer besseren landwirtschaftlichen Verwertung zuführen zu können.

Für die Meliorationen ist im Budget 1966 ein Betrag von 9,2 Millionen Schilling ausgewiesen. Obwohl dieser Betrag gegenüber dem Vorjahr erhöht wurde, können bei weitem nicht alle Maßnahmen, die zur Verbesserung landwirtschaftlicher Grundstücke notwendig wären, durchgeführt werden, insbesondere deshalb, weil im nächsten Jahr voraussichtlich über 600 Rutschterrain-Sicherungen notwendig werden.

Im Jahr 1966 wird im Bundesland Steiermark die Tbc- und Bangbekämpfung abgeschlossen werden. Und in der zweiten Hälfte des Jahres 1966 wird voraussichtlich der größte Teil der steirischen Rinderbestände saniert sein. In der Folge werden nur mehr periodische Untersuchungen notwendig sein. Ich darf hier an dieser Stelle allen steirischen Tierärzten, auch der Bauernschaft, den Bürgermeistern und jenen, die sich beteiligt haben, für den Einsatz, den sie bei der Tbc- und Bangbekämpfung geleistet haben, recht herzlich danken. Denn durch diese Maßnahmen wird der Landwirtschaft eine weitere Verbesserung der Produktions- und Absatzmöglichkeiten gegeben sein.

Ich möchte hier an dieser Stelle auch der Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft, den Landeskammer- und Bezirkskammerräten für ihre Beratungs- und Förderungstätigkeit, die sie immer wieder durchführen, danken. Wir haben im heurigen Frühsommer den zwanzigjährigen Bestand unserer Republik gefeiert und uns alle über den Aufstieg unseres Vaterlandes gefreut. Und wenn wir in der land- und forstwirtschaftlichen Entwicklung zurückschauen, so können wir uns auch nur freuen. Die österreichische Landwirtschaft ist in der Lage, den größten Teil der für die Bevölkerung notwendigen Nahrungsmittel aufzubringen. Die Landwirtschaft hat also ihre Bewährungsprobe als wichtiger Faktor unserer Gemeinschaft glänzend bestanden. Und es war der Leistungswille und die Zusammenarbeit, die das zustandegebracht haben. Sorgen wir alle miteinander dafür, daß die Probleme, die noch vor uns stehen, gelöst werden.

Ich möchte der Beamtschaft der Rechtsabteilungen, der Fachabteilungen, den Lehrern und Leitern der landwirtschaftlichen Fachschulen und bäuerlichen Berufsschulen sowie den Betriebsführern der Landwirtschaftsbetriebe danken und sie bitten, auch im nächsten Jahr mitzuarbeiten und zusammenzuarbeiten, damit ein gesundes, wirtschaftlich starkes Bauerntum erhalten bleibe. (Beifall.)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Herr Landesrat Wegart. Ich erteile ihm das Wort.

Landesrat **Wegart:** Hohes Haus, meine Damen und Herren! Neun Redner haben sich in der Budget-Debatte beim Kapitel Wirtschaftsförderung mit den Fragen des Fremdenverkehrs beschäftigt. Ich bin darüber sehr dankbar und kann nur bestätigen, daß

die von ihnen aufgeworfenen Fragen sich zum Großteil mit unseren Auffassungen für den Fortschritt und die Förderung des Fremdenverkehrs im Lande decken. Ich möchte aber nicht im einzelnen auf die Fragen eingehen, sondern aus Gründen der Zeitspanne, die mir gegeben ist, mich auf ein paar wesentliche Fragen der steirischen Fremdenverkehrspolitik beschränken.

Bevor ich das aber tue, erlauben Sie mir, daß ich Ihnen einige Ziffern nenne. Meine Damen und Herren, in Presse, Rundfunk, Fernsehen, mit einem Wort in allen Massenmedien hören wir laufend über die Erfolge des Fremdenverkehrs. Wir hören Übernachtungsziffern, wir hören von Deviseneingängen, wir hören vom Besuch von Gästen aus aller Welt und wir hören auch über die Zusammenhänge, die dadurch entstanden sind, und zwar über die Zusammenhänge von der Volkswirtschaft aus gesehen. Ich darf Ihnen vielleicht jetzt ein paar Ziffern sagen, die sich auf das ganze Bundesgebiet beziehen. Deviseneingänge aus dem Ausländer-Fremdenverkehr waren in ganz Österreich in der Zeit vom Jänner bis Oktober 1965 in der Höhe von 13.299,511.000 Schilling zu verzeichnen. Das heißt, wir haben bereits in den ersten zehn Monaten das Ergebnis des Jahres 1964 um einiges überschritten. Wenn uns jetzt noch die Erfahrungsziffern, und zwar für die Monate November und Dezember zur Verfügung stehen, dann kann ich bei optimistischer Annahme sagen, daß wir 1965 durch den Ausländerfremdenverkehr die Rekordsumme von 14 Milliarden Schilling an Devisen in das Land bringen werden. Dem gegenüber stelle ich einen anderen volkswirtschaftlichen Vorgang, und zwar unsere Handelsbilanz. Es sind die amtlichen Ziffern der Österreichischen Nationalbank. Wir haben vom Jänner bis September 1965 Waren im Werte von 30.343,781.000 Schilling ausgeführt, wir haben aber im gleichen Zeitraum, in den ersten neun Monaten, Waren im Werte von 39.218,097.000 Schilling eingeführt. Daher das Defizit unserer Zahlungs- und Handelsbilanz, welches in diesen ersten neun Monaten 8.884 Millionen Schilling beträgt, also nahezu 9 Milliarden Schilling. Wenn ich jetzt die Erfahrungsziffern des November und Dezember dazunehme, schließe ich daraus, daß unser Defizit 1965 in der Zahlungs- und Handelsbilanz etwa 13 Milliarden Schilling erreichen wird, also um 2 Milliarden mehr als 1964. Ich habe diese Ziffern bewußt genannt, weil es damit am besten gelingt, vor Augen zu führen, welche volkswirtschaftliche Bedeutung der Fremdenverkehr hat und weil es damit am besten gelingt, auch zu unterstreichen, daß es sich auszahlt, alle Anstrengungen zu unternehmen, um dem Fremdenverkehr jenen Rang in unserem Lande einzuräumen, der ihm mit Rücksicht darauf gebührt.

Und nun zur Steiermark selbst. Wir hatten im Fremdenverkehrsjahr 1964/65, das ist der Zeitraum vom 1. 11. 1964 bis 31. 10. 1965, 5½ Millionen an Übernachtungen zu verzeichnen. Wenn ich annehme, und das muß ich leider annehmen, daß etwa ½ Million — das ist bewußt eine untere Grenze — an Übernachtungen zwar stattgefunden haben, aber durch Nichtanmeldung amtlich nicht verzeichnet sind, dann dürfen wir sagen, daß wir in der Steiermark in diesem Fremdenverkehrsjahr die Zahl von 6 Millionen Übernachtungen erreicht haben. Und es

scheint mir doch angebracht zu sein, vielleicht eine Zahlenspielerlei aufzuführen. Was bedeuten für die Steiermark 6 Millionen Übernachtungen? Meine Damen und Herren! Von unserer Warte ist das wie folgt zu beurteilen: In der Übernachtung ist enthalten die Übernachtung und die Vollpension und alles, was der Gast zusätzlich verbraucht, also Treibstoff und Einkauf von Andenkenartikeln, Kleidern und ähnliches, dann kommen wir auf einen Betrag von 150 Schilling pro Gast und Übernachtung. Wenn ich annehme, daß wir bei 6 Millionen Übernachtungen haben und wenn ich das mit 150 multipliziere, dann komme ich immerhin auf fast 1 Milliarde Schilling, das heißt, daß die steirische Fremdenverkehrswirtschaft durch diese 6 Millionen Übernachtungen allein 1 Milliarde Schilling Umsatz zu verzeichnen hatte. Man kann ruhig sagen, das ist ein Betrag, der sich sehen lassen kann. Dazu kommt noch, daß dieser Betrag buchstäblich strahlenförmig fast alle Wirtschaftszweige des Landes mitbeeinflusst und, was mir das Wesentlichste scheint, wer der Debatte in diesen drei Tagen aufmerksam gefolgt ist und wer die Sorgen und Fragen vernommen hat im Hinblick auf das Wohlstands-, Sozial-, Bildungsgefälle und ähnliches mehr, dem möchte ich hier vor allem vom Fremdenverkehr her folgendes sagen: Wenn wir die Steiermark unter den wirtschaftlichen Röntgenschildern stellen, ergibt sich für uns ein Bild, das man wie folgt zeichnen könnte: Wir haben wirtschaftliche Ballungsräume, in denen, das bestätigen die Steuereingänge, das bestätigt das Pro-Kopf-Einkommen dort wohnenden Bevölkerung, wir zweifelsohne schon einen gewissen relativen Wohlstand haben, wenn wir alles in allem nehmen. Aber von diesen wirtschaftlichen Ballungsräumen hinaus auf das flache Land und in die Täler haben wir ein Wohlstandsgefälle. Das hat viele Ursachen. Es ist selbstverständlich Aufgabe der Landesregierung, nicht nur zu überlegen und zu prüfen, was zu geschehen hat, sondern vor allem ist es ihre Aufgabe, Maßnahmen einzusetzen, um dieses Wohlstandsgefälle mit den Möglichkeiten, die der Landesregierung zur Verfügung stehen, weitestgehend zu beseitigen. Ich glaube nicht fehlzugehen in der Annahme, wenn ich sage, daß der Fremdenverkehr eine dieser Maßnahmen ist, denn er trägt zu einem volkswirtschaftlichen Ausgleich bei zwischen dem wirtschaftlichen Ballungsraum auf der einen und dem Wohlstandsgefälle, das heißt jenen Räumen, in denen wir dieses Gefälle zu verzeichnen haben, auf der anderen Seite. Das heißt in Zahlen ausgedrückt, diese Milliarde Schilling ist vor allem in jene Landschaften unseres Landes geflossen, in denen wir das Wohlstandsgefälle zu verzeichnen haben. Und damit glaube ich auch den Beweis antreten zu können, welche Bedeutung für die Steiermark selbst der Fremdenverkehr hat. Wie sieht es mit unserem Bettenangebot aus? Auch das Bettenangebot hat sich in den letzten Jahren außerordentlich gesteigert. Wir haben mit Ende des Jahres 81.000 Fremdenbetten zur Verfügung, hievon fast 40.000 in gewerblichen Betrieben, 31.300 in Privatzimmern und 10.000 sonstige Fremdenbetten. Und wenn heute vom Kollegen Schaffer, der selbst ein Gastwirt ist und am eigenen Leibe das Schicksal der Fremdenverkehrswirtschaft spürt, das Problem der Privatzimmervermietung angeschnitten wurde, dann

möchte ich in diesem Zusammenhang ein Wort sagen: Der österreichische Fremdenverkehr braucht in den Hauptsaisonen die Privatzimmer, um das kommt er nicht herum. Aber etwas, was wir uns wünschen, ist das, daß eine überflüssige Konkurrenzierung während der Vor- und Nachsaison gegenüber der gewerblichen Fremdenverkehrswirtschaft ausbleibt. Aber ich möchte sagen, wie überall haben wir es hier mit Dingen zu tun, wo es gute, verhältnismäßig sogar ideale Verhältnisse gibt. Wir haben natürlich auch da und dort einigen Kummer, aber es gibt nicht wenige Fremdenverkehrsgemeinden in unserem Lande in denen zwischen der Fremdenverkehrswirtschaft und der Privatzimmervermietung Abkommen und Vereinbarungen bestehen, in denen diese Zimmer zusätzlich angemietet werden und in denen das Klima herrscht, das sich die gewerbliche Wirtschaft ausdrücklich wünscht. Wenn ich es von dieser Stelle anrege und mitteile, daß wir bemüht sind, in jedem Falle, wo es notwendig ist, einzugreifen, dann möge das nur auch gleichzeitig hier unterstrichen werden.

Die nächste Frage, die von so wesentlicher Bedeutung ist, sind unsere drei Kreditaktionen. Meine Damen und Herren, nicht nur der Fremdenverkehrsinvestitionskredit oder die Sonderkreditaktion oder der Zinszuschuß des Handelsministeriums oder die ERP-Mittel, sie alle zusammen genommen ermöglichen uns, daß wir mehr Mittel als bisher, und zwar durch die verschiedenen Kreditaktionen, in das Land bringen. Ich möchte dazu vielleicht auch zu den Krediten ein Wort sagen. Ich höre sehr oft den Wunsch, ob man nicht noch neuerdings den Zinsfuß senken könnte und ob man nicht die Mittel erhöhen könnte. Ich bin persönlich der Auffassung, Kredite haben neben sehr vielen angenehmen Eigenschaften eine sehr unangenehme, sie müssen nämlich bis auf den letzten Groschen genau zurückgezahlt werden. Und wir legen Wert darauf, es der Fremdenverkehrswirtschaft zu sagen, „investiert, aber überlegt auch gleichzeitig richtig und geht nur das Risiko ein, das letzten Endes auch bestanden werden kann.“ Wir gehen daher bewußt etwas sorgfältiger vor, weil wir der Auffassung sind, daß auch Vorsicht mit am Platze ist. Wir sind im Lande aber auch einen neuen Weg gegangen. Wir haben z. B. die Vergabe des Sonderkredites nicht unseren Beamten angelastet, die mit anderen Aufgaben betraut sind, sondern wir sind, wie es etwa unsere Freunde in Vorarlberg machen, den Weg gegangen, daß wir eine Bank eingeladen haben, diese Verfahren für uns zur Durchführung zu bringen. Es ist dies eine Vereinbarung mit der Landeshypothekenanstalt und ich darf hier sagen, daß sich diese Maßnahme ausgezeichnet bewährt hat. Wir sind aber auch im Jahr 1965 — und wer den Voranschlag aufmerksam durchstudiert hat, wird sehen, es ist dies auch für 1966 vorgemerkt — einen weiteren neuen Weg gegangen. Das Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau gibt laufend Zinszuschüsse für aufgenommene Darlehen für Erschließungsprojekte. Im Einzelfall für Darlehen bis zu 500.000 Schilling, aber auch darüber hinaus. Zumal die Steiermark in den letzten Jahren mit sehr starken Kontingenten an Darlehensansuchen auf dem Wiener Boden aufgekreuzt ist, hat man uns nahegelegt, an dieser Aktion eine Beteiligung vorzunehmen. So hat die Landesregierung heuer vor einigen

Monaten diese Beteiligung beschlossen und wir setzen sie auch im nächsten Jahr fort. Das heißt, daß die Hälfte des Zinszuschusses vom Handelsministerium und die zweite Hälfte vom Land gegeben wird. Das ermöglicht uns, daß wir mit den eingesetzten Beträgen für 1966 allein aus dem Handelsministerium 50 Millionen Schilling an Krediten der steirischen Fremdenverkehrswirtschaft zuführen können. Wir können 12 Millionen Schilling über die Sonder-Aktion zuführen und wir können rund 4 Millionen Schilling über den Fremdenverkehrs-Investitions-Fonds zuführen, das heißt, daß es 66 Millionen Schilling an Krediten sind, die wir 1966 der steirischen Fremdenverkehrswirtschaft zuführen können. Das bedeutet jedenfalls eine beachtliche Summe, die es uns ermöglicht, weitere Gebiete zu erschließen und weitere Anlagen zu bauen.

Dasselbe gilt für die Förderungsmittel, die auch hier schon angezogen wurden. Und wenn die verehrten Kollegen, wie etwa Hofbauer, Zagler, Götz, Wuganigg, Lind, Schaffer, Lackner usw. zum Ausdruck gebracht haben, wie wichtig es wäre, möglichst in ihr Gebiet diese Förderung wertmäßig zu legen, so ist dazu zu sagen, daß wir selbstverständlich auch in der Förderung nach folgenden Gesichtspunkten vorgehen: Fördern dort, wo der Fremdenverkehr gut in Fahrt ist, also steirisches Salzkammergut, Ennstal, Murtal, die nördliche Oststeiermark, aber auch gleichzeitig — das ist gar keine Frage — Förderung auch und Aufschließung jener Gebiete, für die eine echte Chance besteht, im Fremdenverkehr mit eine Rolle zu spielen. Und das ist die zweite Maßnahme, die wir treffen und die es uns auch ermöglicht hat, Gebiete zu erschließen, die vor drei oder vier Jahren überhaupt noch gar nicht daran gedacht haben, daß Fremdenverkehr möglich ist. Wir fördern aber auch Schilfte, wir fördern Schwimmbäder, Wanderwege, Blumenanlagen, wir fördern die Ortsverschönerung, wir fördern mit einem Wort das äußere Bild all der Dinge, die für den Fremdenverkehr so dringend notwendig sind. Denn der Gast braucht zwei Dinge ganz sicher, meine Damen und Herren, solange es Fremdenverkehr gegeben hat und geben wird: Erstens einen Platz, wo er Speis und Trank zu sich nehmen kann und zweitens, wo er sein müdes Haupt hinlegen kann. Aber ich darf Ihnen sagen, das ist im Jahre 1965 bereits zu wenig. Und für das, was vor uns liegt, wird es noch mehr zu wenig sein. Was wir brauchen, das ist jetzt die Gestaltung des äußeren Bildes und all der Dinge, die mit so eine entscheidende Rolle spielen, eine unverfälschte Landschaft. Und wenn der Herr Kollege Stöffler gestern zum Ausdruck gebracht hat, wie wichtig es ist, das Bild einer Landschaft, aber auch einer Stadt, eines Dorfes, eines Marktes zu erhalten, dann darf ich Ihnen aus unserer Marktforschung, die wir selbst im Einvernehmen mit einem Wiener Institut eingeleitet haben, sagen, daß es fast mehr als vier Fünftel der Gäste gibt, die ihren Urlaub und ihre Ferien auch nach diesen Gesichtspunkten einrichten, daß sie also eine Landschaft und daß sie auch Gemeinden aufsuchen, in denen das unverfälschte Landschaftsbild noch vorherrscht. Und wir können ruhig sagen, daß wir auch auf diesem Gebiet außerordentlich günstig liegen.

Wenn ich jetzt noch ein Wort zur Werbung sage, dann, Herr Kollege Dr. Götz, möchte ich Ihnen folgendes sagen: Wir gehen von folgender Überlegung aus: Von wo kommen die Gäste in unser Land? Das erste ist der Inlandgast, vor allem aus dem Wiener Boden. Und das zweite ist der Gast aus der Deutschen Bundesrepublik. Alles übrige zählt unter „ferner liefen“. Wir sind der Meinung und haben auch unsere Werbung auf diese beiden Schwerpunkte eingestellt, daß wir vor allem zu werben haben im Inland und in der Deutschen Bundesrepublik. Und hier nördlich der Rhein-Main-Linie, weil überraschenderweise der bayrische Raum uns kaum zugänglich ist. Ich weiß nicht, ob die Ursache da an uns oder an diesem Raume selbst liegt. Diese beiden Schwerpunkte werden von uns in der Werbung betrieben. Und ich darf Ihnen sagen, daß wir auch hier zweifelsohne gegenüber den letzten Jahren wesentliche Fortschritte zu verzeichnen haben. Die Werbung ist leider sehr kostspielig, nicht nur in Prospekten, in Filmen, nicht nur durch Inserate in den Zeitungen, nicht nur durch Presse-Konferenzen, durch Einladungen von Schalterbeamten diverser Reisebüros. Das alles zusammen bietet uns ja die Möglichkeit, für unser Land zu werben. Wir haben keinen Ehrgeiz zu werben in Ländern, in denen einfach keine Chance besteht, von dort einen Gast zu uns zu bringen. Und wenn ich da ein extremes Beispiel nenne, es hat keinen Zweck, etwa nach Chicago Prospekte zu schicken, weil kein Gast aus Chicago nach Pöllau in den Urlaub fahren wird, denn das sind 9000 km hin und wieder 9000 km zurück. Folglich schlagen wir uns einen solchen Ehrgeiz vollständig aus dem Kopf. Ich habe das nur deshalb gesagt, weil es mir wichtig erscheint, zu sagen, Werbung nur durch Schwerpunktbildung.

Ein Nächstes, das in diesen Jahren seine Abrundung erfahren hat, sind die Fremdenverkehrsvereine und -verbände. Wir haben gegenwärtig 243 Fremdenverkehrsvereine im Lande mit 25.000 Mitgliedern und 13 Gebietsverbände. In diesen Vereinen und Verbänden sind es fast 3000 ehrenamtliche Mitarbeiter, die sich um die Anliegen des Fremdenverkehrs in diesen Gemeinden bemühen, Ich kann nur sagen, daß wir hier ohne Zweifel auch eine große Zahl von Idealisten besitzen, die sich um die Anliegen des Fremdenverkehrs in ihren Gemeinden und Gebieten kümmern.

Und wenn ich jetzt die Grundsätze unserer steirischen Fremdenverkehrspolitik in einigen Punkten erläutere, dann darf ich vielleicht folgendes sagen: Meine Damen und Herren, zum Überfluß haben wir in diesem Hause gehört, seit Jahren und auch diesmal wieder, daß wir in einer Sackgasse sind, daß wir in einem verkehrsgographischen Blinddarm liegen. Wir hörten etwa aus der Budgetrede des Kollegen Dr. Rainer, daß man vor 1938 einmal auch in diesem Hohen Hause in der Budget-Debatte erklärt hat, wir verzichten auf die englischen Gäste, weil sie puritanisch wären, weil sie nichts trinken und weil sie nichts verbrauchen und wir stürzen uns dafür lieber auf die Gäste aus Ungarn, aus Jugoslawien, aus der Tschechoslowakei usw. Noch heute gibt es Fremdenverkehrsgemeinden und steirische Kurorte, die, fast möchte ich sagen, eine Tradition in der Betreuung dieser Gäste haben, aber nur eines

fehlt, der Gast aus diesen Gebieten. Er kann nicht mehr zu uns. Und die Gäste, die aus diesen Ländern noch zu uns kommen, haben keine Mittel zur Verfügung, um sich einen solchen Konsum leisten zu können, wie das selbstverständlich Inlandsgäste oder auch Gäste aus dem Westen sind. Wir wünschen uns auch hier eine Änderung, ich möchte auch das mit Nachdruck sagen, daß wir keine fremdenverkehrspolitische Einbahnstraße in Staaten wünschen, in denen nicht die Möglichkeit besteht, daß sie zum gleichen Zeitpunkt von dort in unser Land hereinkommen. Auf die Dauer gesehen, ist das auch für die Steiermark nicht gut. Wir spüren ja da und dort eine Konkurrenz, die uns weh tut.

Wenn wir daher die Verkehrserschließung wünschen, dann ist es nicht nur die Verkehrserschließung zur Straße, zur Schiene und zur Luft, sondern alles zusammengenommen. Die Autobahn ist im Bau. Man kann ruhig sagen, sie ist der Haupttreffer dieses Jahrhunderts. Wir sind gegenwärtig in Gesprächen mit dem Betriebsdirektor der Österreichischen Bundesbahn, um etwa eine Städteschnellverbindung zwischen Salzburg und Graz und zwischen Wien und Graz doch durchzusetzen. Jedenfalls, irgendeine Chance besteht. Vor allem liegt uns daran, die Verbindung Graz—Salzburg zu forcieren und zu beschleunigen und selbstverständlich auch im gleichen Umfang die Verbindung Graz—Wien, weil der Wiener Boden für den steirischen Fremdenverkehr ja eine besondere Bedeutung hat. Zur Luft glaube ich dem Hohen Hause mitteilen zu dürfen, daß wir bereits soweit sind, daß die Österreichische Luftverkehrsgesellschaft im Frühjahr des nächsten Jahres tatsächlich die Linie Graz—Linz—Frankfurt am Main anfliegen wird. Wir sind damit auf einem Weltflughafen und haben damit auch eine sehr entscheidende Verbindung, die selbstverständlich neben übrigen Dingen auch für den Fremdenverkehr von Bedeutung sein wird.

Was ich mir aber ganz besonders wünsche, ist das, daß die Straßen, die wir über Hallein—Bischofskirchen—Radstatt und auf der anderen Seite über den Pötschen und Bad Ischl herein sanieren, auch in den Bundesländern Oberösterreich und Salzburg, saniert werden. Wer einmal diese Straßen in den letzten Jahren gefahren ist, wird mir bestätigen, das ist halt ein Gefrett. Mehr will ich gar nicht dazu sagen. Es ist das auch eine Frage, die den steirischen Fremdenverkehr ganz besonders berührt. Wir werden selbstverständlich auch vorstellig werden müssen in dieser Frage und unentwegt unsere Stimme erheben, weil das Fragen sind, die nicht nur den steirischen Fremdenverkehr, sondern meiner Überzeugung nach auch die steirische Wirtschaft betreffen. Das nächste ist die Verbesserung unseres Angebotes. Das ist sehr ähnlich mit den Kreditaktionen, das Produkt veredeln. Und ich sage es auch hier. Wir haben keinen Ehrgeiz, Hotelpaläste zu bauen. Wir sind der Auffassung, daß dem Familienbetrieb in der Fremdenverkehrswirtschaft der Vorrang einzuräumen ist, dem Familienbetrieb deshalb, weil er auch zum Großteil arbeitskräftemäßig seine Anliegen bewältigen kann. Denn der Familienbetrieb bringt auch etwas mit sich, was wir in Zukunft noch mehr spüren werden zu unserem Vorteil. Er kann jene Atmosphäre dem Gast gegenüber schaffen, die

in einem anonymen Haus nie zu erreichen ist. Wir glauben daher auch gut beraten zu sein, wenn wir dem Familienbetrieb Vorrang in unserer Förderung geben. Das nächste ist die Schulung des Personals. Meine Damen und Herren, das Land ist ja in der glücklichen Lage, über drei Anstalten zu verfügen in Bad Gleichenberg. Wir können heute sagen, daß wir einen Zugang zu diesen Schulen haben, wie er in den letzten Jahrzehnten nicht zu verzeichnen war. Zugegeben, daß viele dieser jungen Leute am Anfang in das Ausland gehen, aber wir dürfen eines sagen: Auch wenn sie in das Ausland gehen, sind sie doch eines: steirische Botschafter dort, wo sie arbeiten und wo sie auch etwas für unser Land tun können. Solche Beispiele könnte ich Ihnen ein Dutzend sofort sagen, wo so ein junger Mensch einige Jahre im Ausland ist, sich etwas erspart, zurückkommt und hier einen Betrieb kauft oder baut oder pachtet und seine Erfahrungen und das, was er gelernt hat in der Welt draußen, zugunsten der steirischen Fremdenverkehrswirtschaft einsetzt. Es ist die Fortsetzung der Kreditaktionen, von denen ich bereits gesprochen habe, und es ist etwas, was heute schon auch hier angezogen wurde, die Aufrechterhaltung der Küchenkapazität. Wir gehen in unseren Kreditaktionen nun folgenden Weg: Wir machen die Vergabe des Kredites davon abhängig, daß der Fremdenbetrieb sich gleichzeitig verpflichtet, entweder seine Küchenkapazität in dem Ausmaß, in dem er sie hat, aufrecht zu erhalten oder, wenn er Betten baut, im gleichen Umfange auch die Küchenkapazität zu steigern. Nur unter dieser Voraussetzung können wir künftighin Kredite vergeben. Es wäre undenkbar, einen anderen Weg zu gehen. Denn es ist nichts einfacher als eine Fremdenpension zu bauen, Betten hineinzustellen, ein Frühstück zu verabreichen und die übrige Zeit sozusagen dem Gast freien Lauf zu lassen und dem Wirt oder einem anderen die Sorge und die Schererei der Verpflegung aufzuhalsen. Das können wir uns nicht leisten. Wir haben genügend Beispiele schon im Inland und wir wissen von Vorgängen auch bei unseren Konkurrenten, wohin das führt, wenn die Verpflegungskapazität nicht gesichert ist. Die nächste Maßnahme, die im vollen Laufen ist, ist die Erschließung der zweiten Saison. Mit diesem Winter haben wir 250 Schilftanlagen zur Verfügung. Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, vielleicht auch ein Wort sagen, weil ich hin und wieder höre, ob es einen Sinn hat, diese kleinen Anlagen zu bauen. Ich möchte dazu folgendes sagen. Jeder kocht mit dem Wasser, das er in seinem Brunnen hat. Und die Steiermark muß angesichts ihrer Randlage und auch verschiedener anderer Erscheinungen wirtschaftlicher Natur eben mit einem anderen Wasser kochen als vielleicht unsere Nachbarn im Westen. Wir haben bei dieser Aktion gesagt: Fangen wir klein an, bringen wir den Beweis und den Nachweis, daß es möglich ist, auch im Winter Gäste in ein solches Gebiet zu bringen, dann kann sich an Hand dieses Ergebnisses selbstverständlich eine weitere Investition ergeben. Ich darf Ihnen sagen, meine Damen und Herren, daß wir mit dieser Auffassung richtig gefahren sind. Nicht nur, daß jetzt größere Anlagen gebaut werden, zusätzliche Anlagen, jetzt kommt man darauf, wie entscheidend es ist, über diese Attraktionen zu

verfügen, die wir im Winter brauchen, wenn wir auch nicht nur im Wintersport, sondern vor allem im Winterfremdenverkehr eine Rolle spielen wollen. Ich darf sagen, erst die Winter- und die Sommersaison gemeinsam sind für die Fremdenverkehrswirtschaft wirtschaftlich interessant und ermutigen sie zu den notwendigen Investitionen. Die Sommersaison allein ist zwar sehr interessant für zwei oder drei Monate, aber die übrigen neun Monate muß dieser Gastwirt auch leben und auch seinen Unterhalt bestreiten. Wenn wir also erstens die Saisonen herausstampfen können, wenn wir die Vor- und Nachsaison beleben, dann glaube ich, daß wir das erreichen, was wir so dringend brauchen. Neben diesen Attraktionen der Erschließung der 2. Saison sind es unsere Schwimmbäder. Wir haben 238 Schwimmbäder gegenwärtig. Es sind 16 im Bau und 21 in Planung, und wir planen gegenwärtig auch drei Badeseen, jenen in Stubenberg, in Seewiesen und in Gosdorf. Der in Gaishorn, von dem hoffe ich, daß er im Frühjahr des kommenden Jahres begonnen werden kann. Das heißt, daß wir dabei sind, den Mangel wettzumachen, den etwa ein anderes Bundesland, wie unsere Nachbarn in Kärnten, nicht hat. Wenn von 100 Gästen 95 fragen, kann man dort schwimmen, dann bleibt uns einfach auch nichts übrig, als diesem Wunsch zu entsprechen. Und ich kann nur hier vermerken, es ist erstaunlich, wieviel Opfer gebracht werden, wenn es darauf ankommt, hier etwas für diese Arbeit zu tun.

Und wenn ich jetzt am Schluß, meine Damen und Herren, noch eine Betrachtung heranziehe, dann ist es die Frage der Preissituation in der steirischen Fremdenverkehrswirtschaft. Man kann über den Preis vieles und manches sagen, und es wäre reizvoll, wenn die Zeit zur Verfügung stünde, darüber jetzt noch auszuholen, weil ich der Auffassung bin, und ich glaube, hier gibt es keinen Gegensatz, das ist keine parteipolitische Frage, das ist ein ernster volkswirtschaftlicher Vorgang, und wir sollten uns angewöhnen, diese Situation auch aus dieser Perspektive heraus zu sehen. Nichts ist schöner und angenehmer, als wenn man es dann so ein bisserl auf die politischen Dinge spitzen kann. Ich sage das zu beiden Bänken, weil ich der Meinung bin, wir sind schlecht beraten, meine Damen und Herren, wenn wir glauben sollten, so diese Fragen zu lösen, weil Preisfragen nicht nur Fragen sind, die den Konsumenten angehen, sie gehen genauso den Produzenten an, das heißt, sie gehen uns alle an. Ich möchte sagen, daß die steirische Fremdenverkehrswirtschaft auch 1965 ihre Preisdisziplin und ihre Preistreue unter Beweis gestellt hat. Und ich möchte gerade für diese Haltung ganz besonders danken, weil ich der Auffassung bin, sie ist vielleicht das wichtigste Werbeargument, das wir überhaupt haben. Und sie ist etwas, das uns die Möglichkeit bietet, nicht nur den Familienerhalter mit der kleinen Brieftasche zu interessieren, sondern es ist auch die Möglichkeit gegeben, so zu werben, daß wir glaubwürdig und zugleich überzeugend wirken. Und das wollte ich auch in diesem Zusammenhang sagen und nicht verabsäumen am Schluß, wie es auch meine geschätzten Kollegen getan haben, meinen Mitarbeitern in der Fremdenverkehrsabteilung zu danken, zu danken der steirischen Fremdenverkehrswirtschaft, zu dan-

ken allen in der Fremdenverkehrswirtschaft tätigen, in den Fremdenverkehrsvereinen, weil ich der Auffassung bin — wenn auch der steirische Fremdenverkehr zum Unterschied etwa vom Tiroler Fremdenverkehr noch weit zurückliegt — daß das, was die Tiroler können, Hohes Haus, auch die Steirer können, wenn sie ans Werk gehen, wenn sie bereit sind, Fleiß, Tüchtigkeit und Ideen einzusetzen und wenn sie bereit sind, einen Wirtschaftszweig, wie es der Fremdenverkehr ist, für dieses Land zu erschließen. Das, glaube ich, ist unser Auftrag. Denn ein Ehrgeiz, den wir gemeinsam haben, ist der, die 10-Millionen-Übernachtungsgrenze zu erreichen. Wenn wir das erreichen, dann glaube ich hätten wir die Schallmauer des Fremdenverkehrs im Lande durchbrochen und damit das Ziel erreicht, das wir brauchen, die Stärkung der Wirtschaft und Finanzkraft dieses Landes auch über den Fremdenverkehr. (Allgemeiner lebhafter Beifall.)

Präsident: Somit hat der letzte Redner zur Gruppe 7 gesprochen. Der Herr Berichterstatter hat nun das Schlußwort.

Abg. Dr. Pittermann: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Zu diesem immerhin sehr bedeutsamen Kapitel unseres Landes-Budgets haben in 6½ Stunden 24 Redner ihren Diskussionsbeitrag geleistet. 14 Diskussionsbeiträge kamen von der Österreichischen Volkspartei, sieben von der Sozialistischen Partei, zwei von der Freiheitlichen Partei und einer von den Kommunisten.

Dazu kamen noch die Referate der zwei Regierungsmitglieder und ich darf, Hohes Haus, mit Genugtuung feststellen, daß sämtliche Diskussionsbeiträge von einem hohen Verantwortungswillen getragen waren.

Ich kann daher meinen eingangs gestellten Antrag auf Annahme dieses Kapitels wiederholen und das Hohe Haus bitten, diese Gruppe anzunehmen.

Präsident: Sie haben den Antrag des Herrn Berichterstatters gehört. Ich bitte um ein Händezichen, falls Sie zustimmen. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen zur Gruppe 8, „Wirtschaftliche Unternehmungen und Beteiligungen“. Berichterstatter ist **Abg. Dipl.-Ing. Heinz Georg Fuchs**. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: Hoher Landtag, meine Damen und Herren! Die Gruppe 8, „Wirtschaftliche Unternehmungen und Beteiligungen“ wird in fünf Abschnitte unterteilt. Abschnitt 83: Landesbahnen, Abschnitt 85: Unternehmen der Verkehrsförderung, Abschnitt 86: Land- und forstwirtschaftliche Unternehmen, Abschnitt 87: Industrielle und gewerbliche Unternehmen und Abschnitt 89: Sonstige Unternehmen.

Die Gruppe 8 sieht Einnahmen in der Höhe von 14.936.900 Schilling und Ausgaben von 37.695.700 Schilling vor. Der Finanz-Ausschuß hat in seiner Sitzung die Gruppe 8 eingehend beraten und ich darf die Damen und Herren des Hohen Hauses bitten, den Ansätzen ihre Zustimmung zu erteilen.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Sie haben den Antrag des Herrn Berichterstatters gehört und ich bitte um ein Händezichen, falls Sie dem Antrag zustimmen. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen zur Gruppe 9, „Finanz- und Vermögensverwaltung.“ Berichterstatter ist Herr Abg. **Vinzenz Lackner**. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Vinzenz Lackner: Hoher Landtag, verehrte Damen und Herren! Die Gruppe 9 soll Ihnen all die Wünsche erfüllen, die Sie in den vorangegangenen Gruppen 0 bis 8 unter den Weihnachtsbaum des Landes legten. Die Gruppe 9 umfaßt 10 Abschnitte und 14 Unterabschnitte mit einer Gesamtsumme an Einnahmen von 1.472.244.900 Schilling und Ausgaben von 249.147.000 Schilling. Der Finanz-Ausschuß hat diese Gruppe so wie die vorangegangenen genau beraten und ich darf Ihnen im Namen desselben die Annahme dieser Ansätze empfehlen.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt vor, und zwar des Herrn Landeshauptmannstellvertreters **DDR. Schachner-Blazizek**. Ich erteile ihm das Wort.

Landeshauptmannstellvertreter **DDR. Schachner-Blazizek:** Hohes Haus, meine Damen und Herren! Der Gruppe 9 ist bei jeder Budget-Debatte standhaft und immer wiederkehrend ein ganz eigenartiges Los beschieden. Es redet nämlich niemand zu dieser Gruppe, oder es hat jedenfalls nur selten und ganz vereinzelt Wortmeldungen dazu gegeben.

Die Gruppe 9 teilt dieses merkwürdige Schicksal übrigens mit dem außerordentlichen Haushaltsplan, mit dem Systemisierungsplan und mit dem Dienstpostenplan. Ein Uneingeweihter könnte aus dieser Tatsache allzu leicht zu ganz falschen Schlüssen und Überlegungen kommen. Er könnte zum Beispiel glauben, daß bei der Gruppe 9 gewissermaßen nichts los sei. Oder er könnte in Bezug auf den außerordentlichen Haushalt glauben, daß diesem keine Bedeutung zukommen würde und er könnte vom Dienspostenplan annehmen, daß darüber ohnehin nichts zu sagen wäre.

Jeder derartige Schluß wäre naturgemäß völlig verfehlt. Verfehlt, wenn man bedenkt, daß in der Gruppe 9 Einnahmen von nahezu 1½ Milliarden Schilling veranschlagt sind, also $\frac{2}{3}$ der Einnahmen unseres ganzen ordentlichen Budgets, oder daß sich in dieser Gruppe die sehr gewichtige Post der Bedarfszuweisungen an unsere Gemeinden befindet, daß der ganze Finanzausgleich in dieser Gruppe verankert ist und daß viele andere, höchst brisante Ansätze in dieser Gruppe liegen.

Ebenso verfehlt wäre dieser Schluß natürlich auch in Bezug auf den außerordentlichen Haushaltsplan, wenn man in Betracht zieht, daß die Hälfte unserer gesamten Investitionen und alle unsere großen und größeren Bauvorhaben im außerordentlichen Voranschlag veranschlagt sind.

Und genauso verfehlt wäre eine solche Annahme natürlich auch bezüglich des Dienstpostenplanes, wenn man nur in Erwägung zieht, daß die Personalausgaben 710 Millionen Schilling betragen und damit ein Drittel unserer gesamten ordentlichen Ausgaben ausmachen.

Wenn ein Uneingeweihter nach diesem Hinweis etwa glauben sollte, daß die unterlassenen Wortmeldungen darin begründet sind, daß der Landtag nach den langen Debatten schon ermüdet und erschöpft ist, so muß ich auch dem widersprechen. Und zwar widersprechen, indem ich auf den Elan und den Schwung und den Geist verweise, mit dem die Abgeordneten alljährlich und so auch heuer wieder an die Beratung des Budgets herangingen, ja daß sie trotz des Aufrufes des verehrten Herrn Präsidenten gar nicht zu bremsen waren.

Die Tatsache, daß dieser Teil des Budgets keine oder nur wenig Redner auf den Plan ruft, liegt in Wirklichkeit keineswegs in solchen Vermutungen. Geredet wird nämlich über alle jene Fragen, die zur Gruppe 9, zum außerordentlichen Haushaltsplan, zum Systemisierungsplan oder zum Dienstpostenplan gehören, in anderen Gruppen.

Und ich müßte jetzt als der für die Gruppe 9 zuständige Referent gewissermaßen zu allen jenen Fragen Stellung nehmen, die in Wahrheit bezogen auf die Gruppe 9, auf den außerordentlichen Haushaltsplan, auf den Systemisierungsplan oder den Dienstpostenplan in der ganzen bisherigen Debatte angeschnitten worden sind. Ich glaube jedoch, daß ich Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren, damit keine rechte Freude bereiten würde. Und wenn ich schon sonst als Finanzreferent nur dazu berufen bin, Enttäuschungen zu verteilen und für das verantwortlich zu sein, was nicht geht, oder nur wegen meines behaupteten Widerspruches nicht gegangen ist, ja, wenn ich sonst immer nur aufgerufen bin, über die Mittelbeschaffung nachzudenken, ohne je die Ehren des Vollzuges teilen zu dürfen, dann, meine Damen und Herren, möchte ich wenigstens diese seltene Gelegenheit, Ihnen eine Freude bereiten zu können, nicht vorübergehen lassen und Ihnen diese Freude wirklich bereiten, indem ich es unterlasse, zu den angeschnittenen Fragen Stellung zu nehmen. (Heiterkeit.)

Ich glaube, nicht einmal denen entgegnetreten zu müssen, die etwa in Zwischenrufen oder in sonstigen Äußerungen glaubten andeuten zu müssen, daß Besserstellungen unseres Personals an meinem Widerspruch scheitern würden oder gar gescheitert seien, weil ich wirklich ruhigen Gewissens sagen kann, daß ich berechtigten Wünschen unseres Personals und unserer Personalvertretung nie entgegengetreten bin und weil mir jeder, der je mit mir über solche Fragen verhandelt hat, bestätigen wird, daß ich immer und jederzeit für die Erfüllung von Wünschen und Forderungen eingetreten bin, die die Stellung unserer braven und tüchtigen Bediensteten zu heben und zu verbessern geeignet waren. Auch der Vorwurf, meine Damen und Herren, daß ich Ausgaben für einmalige Zwecke nicht alljährlich wieder veranschlage, trifft mich keineswegs hart. Ich wäre ja ein schlechter Finanzreferent, wenn ich es anders halten würde und wenn etwa bei einem solchen weggefallenen Ansatz oder Betrag für irgendeinen anderen Zweck ein erhöhter Bedarf gegeben ist, dann hätte das meinem Ansatz gegenüber der zuständigen Referent zu vertreten oder zu vertreten gehabt, was er aber nicht getan hat, Herr Abgeordneter Ritzinger — er ist gar nicht da —

Im übrigen bin ich, abgesehen davon, überzeugt, daß es gar nicht notwendig ist, auf alles das, was in der Budgetdebatte zu den Ansätzen der Gruppe 9 oder des außerordentlichen Budgets gesagt wurde, jetzt wieder zurückzukommen.

Die Debatte hat ein äußerst buntes, ein anschauliches und auch ein von allen Seiten beleuchtetes Bild dessen gegeben, was das Budget auszusagen hat. Es wurde vielleicht da und dort etwas über- oder untertrieben, manches wurde vielleicht zu kraß gesagt, und in anderen Fällen wurde vielleicht zuviel Zurückhaltung geübt. Aber das ist nicht entscheidend. Entscheidend ist, was die Debatte wirklich und über alle Gegensätze hinweg zusammenfassend ausgesagt hat: nämlich, daß wir alle miteinander davon überzeugt sind, daß wir dieses Budget mit gutem Gewissen der vor uns liegenden Arbeit des kommenden Jahres als ein einwandfreies finanzielles Programm zugrundelegen können, jener Arbeit, meine Damen und Herren, zugrundelegen können, die wir alle im Dienste unseres Landes und im Dienste seiner Bevölkerung, im Auftrag unserer Wähler leisten wollen und auch zu leisten verpflichtet sind.

Daß es uns gelingen möge, dieser Pflicht im besten Sinne des Wortes zu entsprechen, das ist mein aufrichtiger Wunsch, zu entsprechen auch, meine Damen und Herren, in den Tagen und Wochen, in denen vielleicht der Wahlkampf das Streben nach dem Sachlichen da und dort einmal behindert und das Bemühen um den wirklichen Fortschritt vielleicht vorübergehend einmal zu hemmen vermag. Dieses Budget, mit dem wir in das kommende Jahr gehen wollen, ist für uns und für das Leben unseres Landes ein sehr gewichtiger Rahmen, ein Programm, mit dem und nach dem wir als Gebietskörperschaft arbeiten, vorgehen und wirtschaften wollen. Es ist die Grundlage für die Aufgaben, die wir zu erfüllen haben werden, und wir alle wissen, daß wir große Aufgaben zu erfüllen und zu besorgen haben, große Aufgaben und große Entscheidungen im Bereich des politischen Lebens, große Aufgaben in der Wirtschaft unseres Landes, die mit weit über unseren Bereich hinausgewachsenen, ja weltweit gewordenen Wirtschaftsräumen vor immer neue, immer größere und immer schwierigere Probleme gestellt wird, und große Aufgaben im Bereich des gesellschaftlichen Lebens und des sozialen Strebens, ohne deren Lösung das letzte Ziel aller Politik, aller Wirtschaft und aller Verwaltung einfach nicht gelöst werden könnte.

Im Staatsganzen unserer Republik ist dieses Budget ein Teil des Lebens und des wirtschaftlichen Konzepts für das kommende Jahr, ein Teil, von dem wir glauben, daß er ein guter Beitrag zum Ganzen ist, ein Beitrag, den wir Steirer in jener Form, in jenem Maß und ebenso leisten, wie wir uns ihn auch von allen anderen Gliedern unseres Staates und vom Staatsganzen wünschen. In der Welt freilich, meine Damen und Herren, ist dieses Budget nur ein kleines Steinchen in dem gigantischen Mosaik des Geschehens. Aber ich bin davon überzeugt, daß es ein gutes Steinchen ist, ein Steinchen der Ordnung und des Fortschritts, ein Steinchen, das sich immerhin sehen lassen kann und das geeignet ist, in das Bild einer guten, einer friedlichen und einer fort-

schriftlichen Welt aufgenommen zu werden. Seien wir dankbar, meine Damen und Herren, daß es so ist, dankbar allen Menschen, die in unserem Lande leben, arbeiten und wirtschaften, und allen, die uns bei der Erfüllung unserer Aufgaben helfen.

Und damit, meine Damen und Herren, wünsche ich Ihnen und allen unseren Landsleuten alles Gute für das Jahr, in das wir gehen. Möge es ein Jahr des Friedens und des Fortschritts, ein gutes Jahr für uns alle, für alle unsere Mitbürger und für die ganze Welt werden! Glück auf! (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Der Herr Berichterstatter hat das Wort.

Berichterstatter Abg. **Vinzenz Lackner:** Herr Präsident, ich verzichte und bitte um Abstimmung.

Präsident: Ich stimme ab zur Gruppe 9. Wer den Anträgen zustimmt, möge die Hand erheben. (Geschicht.) Die Ansätze der Gruppe 9 sind angenommen.

Wir kommen zum außerordentlichen Voranschlag. Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Josef **Zinkanell**. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. **Zinkanell:** Hohes Haus, werte Damen und Herren! Der außerordentliche Landesvoranschlag für das Jahr 1966 sieht Gesamteinnahmen im Betrage von 189.090.000 S und Gesamtausgaben im Betrage von 279.702.600 S vor. Den Damen und Herren des Hohen Hauses ist die Unterlage mit den detaillierten Zahlen bekannt. Sie enthält noch sehr bemerkenswerte Vorhaben.

Der Finanzausschuß hat sich auch mit diesen Ansätzen eingehend befaßt und ich darf im Namen des Finanzausschusses den Antrag stellen, dem außerordentlichen Landesvoranschlag die Zustimmung zu geben.

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Herr Landesrat **Peltzmann**.

Landesrat **Peltzmann:** Hohes Haus, sehr verehrte Damen und Herren! Im Wirtschaftsplan Nr. 1 ist der größte Wirtschaftsbetrieb des Landes Steiermark, der Voranschlag der Steiermärkischen Landesbahnen, enthalten. Ich will Sie zur späten Abendstunde nicht mehr allzulange aufhalten mit der Problematik unserer Bahnen oder des gesamten Eisenbahnwesens überhaupt in den westeuropäischen Staaten. Sie wissen, daß wir mit alten Loks fahren, wir haben 18 Dampfloks aus den Baujahren 1892 bis 1944, die einer Generalreparatur aus wirtschaftlichen Erwägungen nicht mehr unterzogen werden können. Ich habe zum Vergleich angeführt, daß pro Kopf der Bevölkerung der steuerliche Abgang der Steierm. Landesbahn 10 S beträgt und der der Bundesbahn 330 S. Es wurde gesagt, das sei kein Vergleich. (Landesrat **Bammmer:** „Ein Vergleich schon, aber ein schlechter!“) Ich führte dann weiterhin an, daß der Abgang pro gefahrenem Kilometer bei den Steiermärkischen Landesbahnen 59.000 S und bei den Bundesbahnen 396.000 S beträgt.

Nun, meine Damen und Herren, es wurde gesagt, es könnte nur die geförderte Gütermenge ein echter Vergleich sein. Ich habe auch das errechnen lassen. Der Verlust pro beförderter Tonne beträgt 15,29 S bei den Steiermärkischen Landesbahnen und bei den Österreichischen Bundesbahnen 37,06 S. Ich weiß nicht, was für einen Vergleich Sie noch wollen.

Meine Damen und Herren, es wurde die Anregung gegeben, warum stellen wir unrentable Bahnen nicht ein? Es wäre dazu einmal festzustellen, daß diese Bahnen dazu da sind, um gerade unsere wirtschaftlich schwächeren Täler der Steiermark aufzuschließen und eben dort genauso den Sozialtarif zu ermöglichen wie auf dem breiten Lande.

Als zweites haben wir die gesetzliche Betriebspflicht. Die Steiermärkischen Landesbahnen haben vor 4 Jahren eine Einstellung von 2½ km beantragt, und zwar auf der Strecke Thörl—Au-Seewiesen. Sie wissen, daß diese Strecke monatlich nur einmal befahren worden ist und trotzdem hat das Verkehrsministerium zwei Jahre gebraucht, um die Einstellung dieser 2½ km zu genehmigen.

Es wurde hier auch vom Herrn Abg. Meisl gefragt, warum wird diese neue Diesel-Elektrolok nicht bei einer heimischen Firma, und zwar bei der Elin, gebaut? Sie können mir glauben, als wir gerade den letzten Schwertransport der Elin weggebracht hatten — es waren nämlich die Steiermärkischen Landesbahnen, die diesen Transport übernommen hatten —, da war es mir sehr peinlich, daß hier in das weltberühmte Werk der Elin eine Elektrolok von Brown-Boveri hineingefahren ist. Nun, meine Damen und Herren, als die Anschaffung dieser Elektrolok hier beschlossen wurde im Hohen Landtag, da hatte ich noch nicht die Ehre, demselben anzugehören. (Landesrat **Bammmer:** „Da müssen wir glatt die Mehrheit gehabt haben! Da war der Kollege Wegart der Referent!“ — Landesrat **Gruber:** „Wir werden den Kollegen Wegart verteidigen!“)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, den Grund zu kennen, man hat sich damals nur zur Anschaffung einer oder zweier Dieselloks entschlossen und den Bau von Kleinloks oder Schmalspurloks hat die Elin sowieso abgelehnt, weil sie auf diesem Sektor noch nicht tätig war. Es war keine Mißachtung der Elinwerke. Und wenn hier gefragt wurde, warum bei einer Schweizer Firma, dann möchte ich dazu feststellen, daß diese Lokomotiven in den österreichischen Brown-Boveri-Werken im Verein mit der Alpine, also mit österreichischem Material und mit österreichischen Arbeitskräften hergestellt wurden. Wir können dann auch mit gleichem Recht sagen, wir können bei Böhler nichts mehr bestellen, weil Böhler in Düsseldorf auch ein Werk hat. (Abg. **Ileschitz:** „Das ist aber ein Schweizer Werk!“)

Ich habe schon im Finanzausschuß gesagt, ich werde mich sofort mit der Elin in Verbindung setzen, ob die Elin daran interessiert wäre, hier auf dem Schmalspurloks-Sektor — denn wir brauchen nur Schmalspurloks — tätig zu sein und wenn ja, bin ich jederzeit bereit, mit der Elin in Verhandlungen einzutreten.

Aber, meine Damen und Herren, nun zum ernstesten Problem dieser Bahn. Wir haben einen Abgang von 23 Millionen Schilling, wenn wir den ordentlichen und den außerordentlichen Haushalt zusammenrechnen, und den Vorwurf, daß in den letzten 4 Jahren dieser Abgang so beträchtlich gestiegen sei, muß ich zurückweisen, weil diese Loks ja in den letzten vier Jahren angekauft wurden. Wenn Sie bedenken, daß eine Normalspurlok 8 Millionen Schilling kostet und 4 Millionen Schilling eine Schmalspurlok, und deren drei haben wir gekauft, so sind das bereits rund 22 Millionen Schilling, die in den Ankauf dieser modernen Triebfahrzeuge gesteckt wurden. Daß sich der Ankauf lohnt, sehen Sie daraus, daß wir erstens zur Bedienung nur einen Mann brauchen und daß wir auf der mit Dampf betriebenen Muraltbahn z. B. zur Zeit eine genehmigte Geschwindigkeit von 25 km haben und die nicht erreichen, während wir mit den dieselektrischen Loks eine Geschwindigkeit von 50 km haben und diese auch wirklich erreichen. Allein der Zuwachs an Transportgut auf der Muraltbahn rechtfertigt den Einsatz dieser dieselektrischen Lokomotiven. Ich habe mir auch heute von der Direktion der Steiermärkischen Landesbahnen eine Aufstellung geben lassen und konnte erfreut feststellen, daß die angenommene Tonnage für das Jahr 1965 trotz des schlechten ersten Halbjahres bereits beträchtlich überschritten wurde. Wenn wir schon für diese Bahnen eine Betriebspflicht haben, wie ich schon sagte, und wenn wir wissen, daß diese Bahnen das größte Wirtschaftsunternehmen der Steiermark darstellen, dann müssen wir uns auch dazu bekennen. Entweder wursteln wir weiter so fort, stecken weiter alle Jahre so 3 bis 4½ Millionen Schilling hinein, dann werden wir halt so in 15 bis 16 Jahren fertig sein, oder wir entschließen uns zu einer Reorganisation, zu einer Modernisierung dieses Bahnnetzes, dann werden wir leicht in der Lage sein, den Abgang in Grenzen zu halten. Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen niemals versprechen, daß wir den Abgang zum Verschwinden bringen, das ist nicht möglich, weil die Steiermärkischen Landesbahnen keine eigene Tarifhoheit besitzen. Ich werde mir erlauben, dem Steiermärkischen Landtag im Frühjahr ein Programm vorzulegen, in dem wir es allen Damen und Herren schriftlich geben, weil es zu lange wäre, das vorzutragen. Ich werde Ihnen ein Programm geben mit allen Berechnungen. Nach unseren Berechnungen würde sich eine Modernisierung von selbst bezahlt machen.

Ich glaube, daß man diese Dinge doch ernst überlegen muß, und bei Ihnen wird dann die Entscheidung liegen, ob wir diesen Weg beschreiten oder nicht.

Ich möchte aber nicht schließen, ohne den Bediensteten der Steiermärkischen Landesbahnen meinen herzlichen Dank auszusprechen dafür, daß sie trotz all dieser Mängel und trotz der Schwierigkeiten in selbstlosem Einsatz jederzeit für das Unternehmen ihre schwere Pflicht erfüllt haben. Das sei mein Dank an die Eisenbahner der Steiermark. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Anschließend hat das Wort Herr Landeshauptmannstellvertreter **DDr. Schachner-Blazizek**. Ich erteile ihm das Wort.

Landeshauptmannstellvertreter **DDr. Schachner-Blazizek:** Hohes Haus, meine Damen und Herren! Sie wissen, ich widerspreche nicht gern. Aber ich habe es umgekehrt auch nicht sehr gerne, wenn ein falsches, ein entstelltes Bild entstehen würde, und dieses Gefühl hatte ich nach den Ausführungen des Herrn Landesrates Peltzmann.

Er hat schon in einer Aussendung dargelegt, daß die steirischen Landesbahnen ein Viertel des steirischen Eisenbahnnetzes umfassen und er hat heute wieder dargelegt, daß die Österreichischen Bundesbahnen, auf einen Einwohner gerechnet, rund 330 S Abgang haben, während die steirischen Landesbahnen, auf einen Einwohner der Steiermark berechnet, nur 10 S Abgang haben. Er hat erklärt, was er alles hat errechnen lassen. Nun, meine Damen und Herren, ich habe nichts errechnen lassen. Ich habe nur das statistische Handbuch der amtlichen Eisenbahnstatistik der Republik Österreich zur Hand genommen und darin im Vergleich zu den Feststellungen des Herrn Kollegen Peltzmann feststellen müssen, daß die Österreichischen Bundesbahnen in der Steiermark 1,123.637 Personenkilometer gefahren haben, die Steiermärkischen Landesbahnen dagegen nur 84.366 km und die Lokalbahn Mixnitz—Erhard, die nicht uns gehört, die wir aber betreiben, 34.200. Die Steiermärkischen Landesbahnen haben also, in gefahrenen Personenkilometern ausgedrückt, nur 7½ % dessen geleistet, was die Bundesbahnen in der Steiermark fahren. Und in Gütertonnenkilometer ausgedrückt, haben die Österreichischen Bundesbahnen 1,337.411 Gütertonnenkilometer in der Steiermark gefahren und die Steiermärkischen Landesbahnen nur 37.707; die Lokalbahn Mixnitz—Erhard 116.746. Es zeigt sich also, daß die Steiermärkischen Landesbahnen nur 2,8% dessen gefahren sind, was die Bundesbahnen in der Steiermark gefahren sind. Und das ist entscheidend, meine Damen und Herren, nicht die Länge des Eisenbahnnetzes. Teilt man nun den Abgang der Bundesbahnen und der Steiermärkischen Landesbahnen auf die Beförderungsleistungen auf, so ergibt sich hiedurch ein wesentlich anderes Bild als das, das der Herr Kollege Peltzmann errechnet hat. Der Zuschußbedarf je Kopf beträgt bei den Bundesbahnen pro Personenkilometer 46 g, bei den Landesbahnen 92 g. (Landesrat **B a m m e r**: „Na bitte!“)

Der Zuschußbedarf pro Gütertonnenkilometer bei den Bundesbahnen beträgt 37 g, bei den Landesbahnen 1.50 S. Ich stelle das nur fest, meine Damen und Herren, nicht um dem Herrn Kollegen Peltzmann zu widersprechen, sondern um ein falsches Bild zu vermeiden.

Dem Dank, den der Herr Kollege Peltzmann an unsere Landeseisenbahnbediensteten ausgesprochen hat, die unter sehr, sehr schwierigen Bedingungen ihre Arbeit versehen müssen, diesem Dank schließe ich mich aus ganzem Herzen an. (Beifall.)

Präsident: Herr Landesrat **P e l t z m a n n** hat das Wort.

Landesrat Peltzmann: Ich möchte nur in einer Minute ein paar Zahlen richtigstellen. Den Personenverkehr können Sie nicht heranziehen, Herr Landeshauptmannstellvertreter, da die Steiermärkischen Landesbahnen fast keine, zur Zeit überhaupt noch keine, Personenzüge führen, sondern nur gemischte Züge. Deswegen habe ich die Personenzahl auch nicht angeführt. Herr Landeshauptmannstellvertreter, meine Zahlen stammen aus dem Voranschlag 1964.

Herr Landeshauptmannstellvertreter, die Steiermärkischen Landesbahnen beförderten 1964 — die Unterlagen befinden sich bei der Direktion und Sie können jederzeit Einsicht nehmen, das wissen Sie selbst — 765.937 Tonnen, und wenn Sie den Betriebsabgang dividieren, dann kommen Sie auf 15.29 S. Die Österreichischen Bundesbahnen — ich habe keine Unterlagen aus der Steiermark, wir haben nur die Gesamtunterlagen — und zwar aus dem Verlust lt. Geschäftsbericht der Österreichischen Bundesbahnen pro 1964, Seite 19, ergibt 63.433.953 t; dividiert durch den ausgewiesenen Verlust ergibt 37.06 S. Aber ich werde die Direktion nochmals beauftragen, ihre Unterlagen mit unseren zu vergleichen und wir werden uns bei der nächsten Regierungssitzung darüber unterhalten, wer recht hat.

Präsident: Nachdem keine weitere Wortmeldung vorliegt und ich hoffe, daß die statistische Meinungsdifferenz der beiden Regierungsmitglieder zu keiner Regierungskrise führt, erteile ich dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. **Zinkanell:** Ich verzichte.

Präsident: Wer mit den Ansätzen des außerordentlichen Voranschlages einverstanden ist, möge ein Händezichen geben. (Geschieht.) Angenommen.

Wir kommen zu den Beschlußanträgen. Sie liegen Ihnen vor im Mündlichen Bericht Nr. 23. Hiezu habe ich folgendes zu bemerken. Der Antrag Nr. 7 ist ein Antrag der ÖVP, dem die SPÖ zustimmen wird, der Antrag Nr. 16 eine Anregung der FPÖ, die Anregung wurde von beiden Parteien aufgegriffen als gemeinsamer Antrag, Nr. 15 ist ein Antrag der ÖVP, der die Zustimmung der SPÖ erzielt hat.

Gemäß den vorjährigen Gepflogenheiten bringe ich sämtliche Anträge, die im Mündlichen Bericht Nr. 23 enthalten sind, zur Abstimmung und bitte jene Abgeordneten, die dieser Vorlage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.)

Die Beschlußanträge sind angenommen.

Wir kommen zum Dienstpostenplan. Berichterstatter ist Abgeordneter Anton Nigl. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **Nigl:** Hoher Landtag, meine Damen und Herren! Der Dienstpostenplan liegt Ihnen schriftlich im Detail vor. Ich darf mich darauf beschränken festzustellen, daß die Gesamtanzahl der Dienstposten für 1966 11.610,5 betragen wird, was gegenüber 1964 eine Zunahme von 236,5 bedeutet, soweit es sich um Dienstposten handelt, die durch das Land zu bezahlen sind. Außerdem ist noch

eine Vermehrung von 58,59 Dienstposten, solche, die vom Bund refundiert werden, so daß insgesamt die Zunahme 294,99 beträgt.

Ich beantrage namens des Finanzausschusses die Annahme dieses Dienstpostenplanes.

Präsident: Sie haben den Antrag gehört. Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich schreite zur Abstimmung und bitte um ein Händezichen. (Geschieht.) Der Dienstpostenplan ist angenommen.

Wir kommen zum Kraftfahrzeugsystemisierungsplan. Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Josef Zinkanell.

Berichterstatter Abg. **Zinkanell:** Hohes Haus, meine Damen und Herren! Der Systemisierungsplan für die Kraftfahrzeuge des Landes bestimmt den Einsatz der Kraftfahrzeuge für das Jahr 1966. Die Summe der insgesamt eingesetzten Kraftfahrzeuge beträgt 383, um 14 mehr als 1965. Dazu kommen noch insgesamt 73 Kraftfahrzeuge der Wirtschaftsbetriebe.

Im Namen des Finanzausschusses beantrage ich, dem Systemisierungsplan zuzustimmen.

Präsident: Sie haben den Antrag des Herrn Berichterstatters gehört. Ich bitte um ein Händezichen, falls Sie zustimmen. (Geschieht.) Er ist angenommen.

Wir kommen zum Punkt 15 der Tagesordnung, Beilage 14, Gesetz über den Landeshaushalt für das Jahr 1966.

Ich bitte den Herrn Berichterstatter, Abg. Hofbauer, um seinen Bericht.

Berichterstatter Abg. **Hofbauer:** Hoher Landtag! Der Finanz-Ausschuß hat sich in seiner Sitzung am 7. Dezember mit der Gesetzesvorlage befaßt und diese einstimmig angenommen. Ich bitte namens des Finanz-Ausschusses um Annahme der Gesetzesvorlage.

Präsident: Mangels einer Wortmeldung schreite ich zur Abstimmung. Ich bitte um ein Händezichen, falls Sie diesem Gesetze zustimmen. (Geschieht.) Damit ist das Gesetz über den Landeshaushalt für 1966 und damit auch der Voranschlag für das kommende Jahr beschlossen.

Ich danke allen, die mit der Vorbereitung dieses umfangreichen Ziffernwerkes befaßt waren, insbesondere dem Herrn Ersten Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek und den Beamten der Rechtsabteilung 10 für die gewissenhafte Ausarbeitung und zeitgerechte Einbringung des Voranschlages. Den Herren Regierungsmitgliedern und Abgeordneten danke ich für die Objektivität und Sachlichkeit, mit der die Beratungen im Finanz-Ausschuß und hier im Hause abgeführt wurden.

Da ich nunmehr den Vorsitz für heute übergeben muß an meinen Stellvertreter, weil ich nach Wien fahren muß, um rechtzeitig bei einer Verhandlung beim Verfassungsgerichtshof zu sein, darf ich jetzt an dieser Stelle auch meinem Bedürfnis entsprechen, allen Regierungsmitgliedern und Abgeordneten für die Ausdauer und Sachlichkeit, mit der die Beratun-

gen abgewickelt wurden, zu danken. Sie haben mir damit meine Arbeit außerordentlich erleichtert.

Mein Dank und meine Anerkennung gilt auch der Kanzlei des Präsidiums, aber auch den Landtagsstenographen für ihre nicht leichte Tätigkeit des Festhaltens der im Hause während dieser dreitägigen Sitzung oft etwas allzu rasch und temperamentvoll gehaltenen Reden.

Aller Voraussicht nach wird in diesem Jahr der Landtag nicht mehr zusammentreten.

Ich wünsche daher den Regierungsmitgliedern und Abgeordneten sowie allen Steirern ein Fröhliches Weihnachtsfest und ein Glückliches Jahr 1966. (Allgemeiner Beifall).

2. Präsident Afritsch:

6. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 98, über die Zuerkennung eines außerordentlichen Versorgungsgenusses an die ehemalige Bedienstete der Landessiechenanstalt Kindberg, Frau Katharina Kohlhauser.

Berichterstatlerin ist Frau Abg. Egger. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. **Egger**: Meine Damen und Herren! Bei Frau Kohlhauser handelt es sich um einen Härtefall. Sie hat trotz dreizehnjähriger Arbeit im Landesdienst keinen rechtlichen Anspruch auf einen Ruhegenuß und sucht deshalb um einen außerordentlichen an.

Der Finanz-Ausschuß hat der Regierungsvorlage, die einen Ruhegenuß entsprechend der anrechenbaren Dienstzeit vorsieht, zugestimmt und ich ersuche auch das Hohe Haus, dieser Vorlage zuzustimmen.

Präsident: Es liegt keine Wortmeldung vor. Ich ersuche die Abgeordneten, die dem Antrag zustimmen wollen, ein Händezeichen zu geben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

7. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 38, zum Antrag der Abgeordneten Ritzinger, Nigl, Jamnegg und Karl Lackner, betreffend die Schaffung einer Zulage für die Bediensteten der Landes-Sonnenheilstätte Stolzalpe.

Berichterstatter ist Abg. Hermann Ritzinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. **Ritzinger**: Hoher Landtag, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Vorlage Einl.-Zahl 38 liegt Ihnen allen schriftlich vor und ich bitte namens des Finanz-Ausschusses, diese Vorlage zu genehmigen.

Präsident: Es erfolgt keine Wortmeldung. Sie haben den Antrag des Herrn Berichterstatters gehört. Wer dafür ist, möge zum Zeichen der Zustimmung eine Hand erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

8. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 119, über die Zuerkennung eines außerordentlichen Versorgungsgenusses an die geschiedene Ehegattin des am 11. September 1965 verstorbenen Amtssekretärs der Steiermärkischen Landesregierung Franz Eisenberger, Frau Irmgard Eisenberger.

Berichterstatter ist Abg. Anton Nigl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. **Nigl**: Meine Damen und Herren! Auch die Regierungsvorlage Einl.-Zahl 119 liegt Ihnen schriftlich vor. Sie wurde im Finanz-Ausschuß beschlossen und in seinem Namen ersuche ich, diese Vorlage anzunehmen.

Präsident: Ich schreite zur Abstimmung und bitte die Abgeordneten, die dem Antrag zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

9. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 120, über die Gewährung eines außerordentlichen Versorgungsgenusses an die Witwe nach dem ehemaligen Distriktarzt Med.-Rat Dr. Robert Kowald, Frau Katharina Kowald.

Berichterstatter ist Abg. Anton Nigl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. **Nigl**: Auch diese Vorlage liegt Ihnen schriftlich vor. Für sie gilt das gleiche und ich bitte namens des Finanz-Ausschusses um die Annahme.

Präsident: Es erfolgt keine Wortmeldung. Wer dem Antrag des Berichterstatters zustimmt, möge eine Hand erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen. Ich ersuche die Berichterstatter, die Lesung der Regierungsvorlagen doch etwas länger zu gestalten.

10. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 121, über den Verkauf der landeseigenen Schottergrube Trössing.

Berichterstatter ist Abg. Alois Klobasa. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. **Klobasa**: Hohes Haus! Das Land Steiermark ist Eigentümer einer Schottergrube in der Gemeinde Trössing. Da diese schon seit fünf Jahren nicht mehr benützt wurde und diese Schottergrube praktisch wertlos für das Land geworden ist, tritt dieses die Schottergrube an die Gemeinde Trössing ab. Ich stelle daher den Antrag, der Vorlage Einl.-Zahl 121 Ihre Zustimmung zu geben.

Präsident: Es liegt keine Wortmeldung vor. Sie haben den Antrag des Berichterstatters gehört. Wer dafür ist, möge zum Zeichen der Zustimmung eine Hand erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

11. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 122, über die Bedeckung außer- und überplanmäßiger Ausgaben gegenüber dem Landesvoranschlag 1965 — 2. Bericht.

Berichterstatter ist Abg. Bert Hofbauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. **Hofbauer**: Hohes Haus! Die Regierungsvorlage Einl.-Zahl 122 beschäftigt sich mit der Bedeckung außer- und überplanmäßiger Ausgaben gegenüber dem Landesvoranschlag 1965 — 2. Bericht.

Der Finanz-Ausschuß hat sich mit dieser Vorlage in seiner Sitzung am 27. 12. 1965 eingehend befaßt und der Vorlage seine Zustimmung erteilt. Ich bitte um Annahme dieser Vorlage.

Präsident: Sie haben den Antrag des Berichterstatters gehört. Da keine Wortmeldung vorliegt, schreite ich zur Abstimmung. Wer dafür ist, möge eine Hand erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

12. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 126, über den Ankauf der Realität, EZ. 1162, KG. Wetzelsdorf, von den Ehegatten Gottfried und Maria Wurzinger zu einem Kaufpreis von 250.000 Schilling.

Berichterstatter ist Abg. Hans Groß. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. **Groß:** Meine Damen und Herren! Auch diese Regierungsvorlage Einl.-Zahl 126 liegt Ihnen schriftlich vor. Ich stelle namens des Finanz-Ausschusses den Antrag, diese Vorlage zu genehmigen.

Präsident: Auch hier liegt keine Wortmeldung vor. Sie haben den Antrag des Berichterstatters gehört. Wer dem Antrag zustimmt, möge eine Hand erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

13. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 10, Gesetz mit dem das Behindertengesetz abgeändert wird.

Berichterstatterin ist Frau Abg. Hella Lendl. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. **Lendl:** Das Behindertengesetz, das derzeit ein Pflegegeld von 400 Schilling vorsieht, soll ab 1. Jänner 1966 abgeändert und das Pflegegeld von 400 auf 480 Schilling erhöht werden. Gleichzeitig soll auch das Pflegegeld in Zukunft durch Verlautbarung immer dem Richtsatz bzw. den erhöhten Lebenshaltungskosten angepaßt werden. Ich bitte das Hohe Haus, die Zustimmung zu geben, daß das Pflegegeld von 400 Schilling auf 480 Schilling erhöht wird.

Präsident: Es liegt keine Wortmeldung vor. Ich schreite daher zur Abstimmung und bitte die Abgeordneten, die dieser Vorlage zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen. Meine Damen und Herren! Trotz der Zeitnot, in der wir uns befinden, ersuche ich, nicht allzu hastig die Berichte vorzutragen.

14. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 11, Gesetz, mit dem das Blindenbeihilfengesetz abgeändert wird.

Berichterstatterin ist Frau Abg. Stefanie Psonder. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. **Psonder:** Die Regierungsvorlage Beilage Nr. 11 befaßt sich mit der Abänderung des Blindenbeihilfengesetzes. Diese Vorlage wurde im Finanz-Ausschuß eingehend beraten. Es soll die Blindenbeihilfe von derzeit 560 Schilling für Vollblinde und 330 Schilling für praktisch Blinde auf 640 Schilling für Vollblinde und 375 Schilling für praktisch Blinde erhöht werden.

Um den Blinden die gewährte Beihilfe in ihrem Realwert zu erhalten, ist es unbedingt erforderlich, die Blindenbeihilfen ab 1. 1. 1966 zu erhöhen.

Gleichzeitig soll aber auch hier eine Automatisierung, wie sie durch das Pensionsanpassungsgesetz für die Renten der Sozialversicherung vorgesehen ist, erfolgen. Der Entwurf sieht deshalb vor, daß mit Wirksamkeit ab 1. Jänner 1967 und in den nachfolgenden Jahren durch Verordnung der Landesregierung jeweils die Höhe der Blindenbeihilfe neu festzusetzen ist. Die Mehrausgabe von über 1 Million Schilling ist im Landesvoranschlag 1966 berücksichtigt.

Ich stelle den Antrag, das Hohe Haus möge der Vorlage seine Zustimmung erteilen.

Präsident: Keine Wortmeldung. Ich lasse daher abstimmen. Ich ersuche die Abgeordneten, die dem soeben gehörten Antrag zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

15. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 131, betreffend die Übernahme der Landesbürgerschaft für Darlehen an Förderungswerber im Sinne des Wohnbauförderungsgesetzes 1954.

Berichterstatter ist Abg. Rupert Buchberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. **Buchberger:** Meine Damen und Herren! Die Vorlage betrifft die Übernahme der Landesbürgerschaft für Darlehen an Förderungswerber im Sinne des Wohnbauförderungsgesetzes 1954. Die Vorlage liegt Ihnen vor. Sie wurde im Finanz-Ausschuß eingehend beraten, diskutiert und einstimmig beschlossen. Im Namen des Finanz-Ausschusses bitte ich nun, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

Präsident: Es liegt keine Wortmeldung vor. Ich stimme ab. Ich ersuche die Abgeordneten, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

16. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 134, über die Zuerkennung einer außerordentlichen Zulage zur Witwenpension an die Witwe des Amtssekretärs der Steiermärkischen Landesregierung Johann Gombotz, Frau Margarete Gombotz.

Berichterstatter ist Herr Abg. Burger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. **Burger:** Hohes Haus! Die Regierungsvorlage 134 behandelt die gnadenweise Zuerkennung einer außerordentlichen Zulage zur Witwenpension an Frau Gombotz, Witwe nach dem Amtssekretär Johann Gombotz. Der Antrag liegt Ihnen vor. Der Finanz-Ausschuß hat dieser Vorlage die Zustimmung erteilt. Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Abstimmung vornehmen zu wollen.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wir können abstimmen. Ich ersuche die Abgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

17. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 135, über die Zuerkennung eines außerordentlichen Versorgungsgenusses an Alfred Kastner, Waise nach Bezirksforstinspektor der Steiermärkischen Landesregierung Hermann Kastner.

Ich erteile dem Berichterstatter, Herrn Abg. Nigl, das Wort.

Abg. Nigl: Diese Vorlage behandelt die Zuerkennung eines außerordentlichen Versorgungsgenusses an die Waise nach dem Bezirksforstinspektor Hermann Kastner, Alfred Kastner. Die Vorlage liegt Ihnen vor. Ich bitte um Annahme.

Präsident: Da keine Wortmeldung vorliegt, kann ich abstimmen. Ich ersuche die Abgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, um eine Händezichen. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

18. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 136, über die Erhöhung der im Ausmaß von fixen Beträgen gewährten außerordentlichen Versorgungsgenüsse zur Anpassung an die gesteigerten Lebenshaltungskosten.

Berichterstatter ist Herr Abg. Ritzinger, dem ich das Wort erteile.

Abg. Ritzinger: Hohes Haus, die Einl.-Zahl und Vorlage 136 behandelt die in fixen Beträgen gewährten außerordentlichen Versorgungsgenüsse und deren Anpassung an die gesteigerten Lebenshaltungskosten. Der Finanz-Ausschuß hat diese Vorlage eingehend beraten und außerdem einen Ergänzungsantrag gestellt. Es liegt Ihnen sowohl der erste Antrag als auch der Ergänzungsantrag schriftlich vor und ich ersuche Sie, namens des Finanz-Ausschusses, dieser Vorlage und auch dem Ergänzungsantrag die Zustimmung zu geben.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich bitte die Abgeordneten, die dieser Vorlage zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich stelle die einhellige Annahme fest.

19. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 145, über den Ankauf eines Katastrophen-Einsatzfahrzeuges mit Funkausrüstung.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Ritzinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ritzinger: Hohes Haus! Die Einl.-Zahl 145 behandelt den Ankauf eines Katastrophen-Einsatzfahrzeuges mit Funkausrüstung. Auch diese Vorlage hat der Finanz-Ausschuß eingehend beraten. Sie liegt Ihnen ebenfalls schriftlich vor und ich ersuche Sie namens des Finanz-Ausschusses, diese Vorlage zu genehmigen.

Präsident: Ich stimme ab, wer dafür ist, möge eine Hand erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

20. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 147, über die Erhöhung der Landeshaftung für ein von der Steirischen Dachsteinseilbahn-Gesellschaft m. b. H. zum Bau der Dachsteinseilbahn Ramsau — Hunerscharte aufzunehmendes Darlehen von 17 Millionen Schilling auf höchstens 23 Millionen Schilling.

Berichterstatter ist Herr Abg. Karl Lackner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Karl Lackner: Hoher Landtag! Der Landtag hat seinerzeit beschlossen, für die Steirische Dachsteinseilbahn-Ges. m. b. H. zum Bau der Dachsteinseilbahn Ramsau — Hunerscharte für ein Darlehen von 17 Millionen Schilling eine Ausfallhaftung zu übernehmen. Das Verkehrsministerium hat inzwischen errechnet, daß das Projekt 36 bis 38 Millionen kostet. Es ist daher eine Erhöhung der Ausfallhaftung notwendig, allerdings mit der Bedingung, daß auch die Dachsteinseilbahn-Gesellschaft ihr Einlagekapital von 10 auf 12,5 Millionen Schilling erhöht.

Der Finanz-Ausschuß hat sich mit dieser Vorlage befaßt und ich ersuche den Hohen Landtag, die Zustimmung zu geben.

Präsident: Es liegt keine Wortmeldung vor. Wir stimmen ab. Wer dem Antrag zustimmt, möge ein Händezichen geben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

21. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 148, über den Ankauf des Weingutes in Kitzcek, EZ. 10, KG. Steinriegl, und EZ. 85, KG. Fresing, vom Bischöflichen Knabenseminar in Graz und Weiterverkauf von Teilen des Weingutes an die Gemeinde Kitzcek im Sausal und den Wasserverband Sulmregulierung.

Ich erteile dem Berichterstatter, Herrn Abg. Zinkanell, das Wort.

Abg. Zinkanell: Die gegenständliche Vorlage betrifft den Ankauf des Weingutes in Kitzcek, EZ. 10, KG. Steinriegl, und EZ. 85, KG. Fresing, vom Bischöflichen Knabenseminar in Graz und den Weiterverkauf von Teilen dieses Weingutes an die Gemeinde Kitzcek im Sausal und den Wasserverband Sulmregulierung. Die Vorlage liegt Ihnen vor. Ich bitte im Namen des Finanz-Ausschusses, dem Antrag zuzustimmen.

Präsident: Sie haben den Antrag des Herrn Berichterstatters gehört. Mangels Wortmeldung bitte ich um ein Händezichen, falls Sie zustimmen. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

22. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 149, über den Ankauf der Realität, EZ. 1369, KG. Baierdorf in Graz, von Frau Hermine Kaltenecker zu einem Kaufpreis von rund 2,8 Millionen Schilling.

Berichterstatter ist Herr Abg. Ileschitz. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ileschitz: Die Vorlage behandelt den Ankauf einer Realität zum Betrage von 2,8 Millionen Schil-

ling für das Land Steiermark zur Errichtung von Wohnhäusern. Der Finanz-Ausschuß hat sich mit dieser Angelegenheit beschäftigt. Ich beantrage daher die Annahme.

Präsident: Da keine Wortmeldung vorliegt, stimmen wir ab. Wer mit dem Antrag des Herrn Berichterstatters einverstanden ist, möge ein Handzeichen geben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

23. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 150, über die Übernahme der Ausfallhaftung durch das Land Steiermark für einen vom Mürztaler Tonwerk Haugeneder & Co. für den Auf- und Ausbau des Werkes in Mitterdorf i. M. benötigten Investitionskredit in Höhe von 1 Million Schilling.

Ich erteile dem Berichterstatter, Herrn Abg. Hans Brandl, das Wort.

Abg. **Hans Brandl:** Im Namen des Finanz-Ausschusses darf ich um Zustimmung für diese Vorlage, die Ihnen schriftlich vorliegt, ersuchen.

Präsident: Es liegt keine Wortmeldung vor. Wir stimmen ab. Wer mit dem Antrag des Herrn Berichterstatters einverstanden ist, möge eine Hand erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

24. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 70, zum Antrag der Abgeordneten Egger, Jamnegg, Peltzmann und Karl Lackner über die Erhöhung des Absatzbetrages pro unversorgtem Kind bei der Bemessung des vom Lande Steiermark garantierten Mindesteinkommens der freipraktizierenden Hebammen.

Berichterstatter ist Frau Abg. Edda Egger. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. **Egger:** Diesem Antrag entsprechend hat die Steiermärkische Landesregierung im September die in der Beilage festgehaltenen Beschlüsse gefaßt, der Finanz-Ausschuß hat den Bericht darüber zur Kenntnis genommen und ich ersuche die Mitglieder des Landtages, ebenfalls zuzustimmen.

Präsident: Es liegt keine Wortmeldung vor. Sie haben den Bericht gehört. Ich ersuche die Abgeordneten, die dem Berichte zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

25. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 153, betreffend die Übernahme der Ausfallhaftung des Landes Steiermark für einen Betrag von 5 Millionen Schilling zugunsten der „Arland-Pacht- und Betriebs-Gesellschaft m. b. H.“.

Berichterstatter ist Abg. Franz Ileschitz. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. **Ileschitz:** Hohes Haus, meine Damen und Herren! Die Arland-Papier- und Zellstoff-Fabrik in Graz-Andritz hat durch verschiedene Investitionen das Unternehmen in Zahlungsschwierigkeiten gebracht, so daß Verluste von rund 21 Millionen

Schilling in den letzten Jahren entstanden sind. Um den Betrieb aber in Graz fortführen zu können, an dem die Existenz von 750 Beschäftigten hängt, hat sich das Land Steiermark entschlossen, eine Ausfallhaftung für dieses Unternehmen in der Höhe von 5 Millionen Schilling zu übernehmen, natürlich unter gewissen Bedingungen und Verpflichtungen.

Diese Bedingungen und Verpflichtungen wurden im Finanz-Ausschuß eingehend beraten und der Finanz-Ausschuß hat nach korrekter und eingehender Beratung den Beschluß gefaßt, diese Vorlage dem Hause zur Annahme zu empfehlen.

Ich stelle daher den Antrag, daß das Land Steiermark eine Ausfallhaftung in der Höhe von 5 Millionen Schilling übernimmt, wenn die Bedingungen für alle anderen, die an dieser Aktion beteiligt sind, wie Stadtgemeinde Graz, Auffanggesellschaft usw. vorher ihre Erfüllung finden.

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. DDr. Götz.

Abg. **Dipl.-Ing. DDr. Götz:** Hohes Haus! Es ist mir bekannt, daß nach Behandlung einer Reihe von Routine-Angelegenheiten und angesichts der fortgeschrittenen Zeit meine Wortmeldung nicht besonders auf Gegenliebe stoßen wird. Ich glaube aber trotzdem daß gerade dieses Problem über den Kreis des Landtages hinausgehend für die Öffentlichkeit entscheidend genug ist, um zumindest einige Gedanken darüber auszusprechen. Gedanken, die ja in der Presse, in der Öffentlichkeit und vor allem bei den unmittelbar davon Betroffenen, bei den Arbeitern und Angestellten der Firma Arland diskutiert werden.

Ich glaube, daß es falsch wäre, den Kopf in den Sand zu stecken und die Dinge anders zu betrachten als sie auch nach der Zustimmung zu dieser Ausfallhaftung tatsächlich sind.

Ich glaube, es wäre vor allem falsch, zu erklären, oder auch nur zu hoffen, oder es laut auszusprechen, daß damit der Betrieb gerettet, die Arbeitsplätze gesichert und ein sehr betrübliches Intermezzo vorbei sei.

Was nun geschieht, ist eine augenblickliche Sicherung, von der wir hoffen können, daß sie einen Ansatzpunkt für eine Weiterentwicklung zumindest des Betriebes Arland, wenn auch wahrscheinlich nicht des Betriebes Rechberg bietet. Wir wissen, daß es eine soziale Notwendigkeit ist, nunmehr einige Tage vor dem Weihnachtsfest auch von der öffentlichen Hand, von den Gebietskörperschaften her, dafür zu sorgen, daß nicht 750 Bedienstete — insgesamt sind es ja über tausend — auf einmal von heute auf morgen praktisch ohne Einkommen und ohne Arbeit dastehen. Aber man darf nicht darüber hinwegsehen, daß sich hier die klaren Folgen erkennbar zeigen — und ich glaube, das soll man aussprechen, weil es ja ohnehin bekannt ist und man nicht für voll genommen werden würde, wenn man es nicht sagen würde — daß auf diesem Betrieb eine unerhörte Schuldenlast liegt, man soll aussprechen, daß die Vorgangsweise zumindest innerhalb der letzten beiden Jahre mehr als bedenklich war, man soll aussprechen, daß dieses eine Schicksal eines Betriebes in der Papier-

industrie leider nur allzu deutlich aufzeigt, wie sehr die Kapazität der Papierindustrie ausgedehnt wurde, ohne die Frage nach der Rohstoffbasis befriedigend zu beantworten. Man soll aussprechen, daß die Frage der Kontingente, getrennt nach Inlands- und Auslands-Kontingenten, zu weiteren Schwierigkeiten in anderen Zweigen der Papierindustrie führen kann und leider Gottes führen wird. Man soll aussprechen, daß in einem Zeitpunkt, in dem etwa — ich darf an die letzte Landtagssitzung erinnern — die Steweag gezwungen war, ein sehr hoch verzinsliches Versicherungsdarlehen aufzunehmen, viel zu starke ERP-Mittel zur Ausweitung der Papierindustrie zur Verfügung gestellt wurden — es sind ja allein bei der Firma Arland 87 Millionen Schilling. Ich glaube, all das soll man aussprechen und soll trotz dieser gegebenen Tatsachen dann die Entscheidung für die Bediensteten der Firma Arland treffen, ohne aber diese Bediensteten in eine neue falsche Sicherheit zu wiegen, daß damit das Problem, daß damit die Sorgen auch tatsächlich ausgestanden wären. Ich darf offen sagen, ich persönlich würde lieber einer Vorlage zustimmen, wo meinetwegen mit einem höheren Betrag und meinethalben nicht als Darlehen, sondern als nicht rückzahlbarer Zuschuß eine echte Sicherung von 750 Arbeitsplätzen gegeben wäre.

Ich habe diese Sicherheit nicht. Ich weiß auch, daß unter der Zeitnot, für die der Landtag nichts kann, eine Entscheidung zu treffen ist. Aber ich habe die große Sorge, daß wir uns in nicht allzu ferner Zeit, nach Verbrauch dieser 5 Millionen Schilling, neuerlich mit der Frage Arland beschäftigen werden müssen. Ich hoffe, daß ich als Pessimist im Zuge der nächsten Monate des nächsten Jahres eines Besseren belehrt werde und ich hoffe, daß dieses Darlehen genügt, um die Krise dieses Betriebes, um die Krise auch eines Industriezweiges zu überbrücken.

In dieser Einstellung werden wir auch dieser Vorlage zustimmen.

2. Präsident: Zu Wort hat sich gemeldet der Herr Landeshauptmann **K r a i n e r**.

Landeshauptmann Krainer: Man kann sehr wohl nach den Vorgängen bei der Firma Arland Mißtrauen haben. Es ist gar keine Frage, daß eine Überinvestition, eine Überverschuldung vorgelegen hat und vorliegt, die hätte vermieden werden können. Aber Tatsache ist, daß diese Firma, wenn sie sich beispielsweise auf Sanitärpapier spezialisiert oder überhaupt auf Qualitätspapier spezialisiert hätte, weiter bestanden hätte. Wenn es nun anders gekommen ist, weil man sich nicht spezialisiert, weil man überinvestiert oder sich verinvestiert hat und es nun zu einem Zwangsausgleich oder zu einem Konkurs kommen kann, so ist damit nicht gesagt, daß der Betrieb nicht doch weiterbestehen könnte. Ich will damit niemand in Sicherheit wiegen. Ich habe hier als sehr wohltuend vermerkt, daß die zuständige Gewerkschaft und ihr Sprecher sehr klare Auffassungen bei den Verhandlungen vertreten haben, sowohl in Graz in der Burg als auch in Wien, im Sozialministerium, die Leute geben

sich keiner Illusion hin. Aber ich möchte sagen, ausgeschlossen ist eine Sanierung nicht. Der Bestand ist allerdings nur denkbar und möglich, wenn dem eine Spezialisierung des Unternehmens und des Betriebes folgt. Gerade angesichts der Weihnachtsfeiertage finde ich es als einen unverständlichen Zustand, um eine solche Zeit die Insolvenz anzusagen, ich weiß schon, daß sie nicht mehr zu verhindern war, auch nicht mehr 10 Tage zu verhindern war, das spielt auch mit eine Rolle, daß wir für 5 Millionen haften. Wir haften für 5 Millionen. Ich weiß schon, daß man draußen in den Kaffeehäusern und auch auf Plätzen anders spricht als bei uns in den Verhandlungssälen. Ich weiß schon, welche Interessen hier den Dingen gegenüberstehen. Aber ich glaube ebenso, daß wir trotz aller dieser nicht immer freundlichen Hintergründe geradezu verpflichtet waren, in dem Zeitpunkt eine Haftung von 5 Millionen zu übernehmen, um die Möglichkeit sowohl der Rettung dieses Betriebes einzuleiten als auch eine Zeit zu überbrücken, die gerade jetzt im Dezember eine außerordentlich — auch rein gefühlsmäßig — harte Zeit wäre, aber ich möchte trotzdem sagen, es ist nicht aussichtslos — und das würde ja an sich das große Interesse sein —, daß der Betrieb weiter existieren kann. Daß er Platz hätte unter bestimmten Voraussetzungen, das behaupte nicht ich, sondern das behaupten Fachleute, und daher ist es richtig. Und wir bekennen uns zu dieser 5-Millionen-Haftung auch unter der Voraussetzung, daß sie eintritt, daß also der Verlust von 5 Millionen eintreten würde, weil ein Versuch und die sozialen Gesichtspunkte uns zu dieser Maßnahme besonders jetzt vor den Weihnachtsfeiertagen zwingen. (Allgemeiner Beifall.)

2. Präsident: Der Herr Landeshauptmannstellvertreter **DDr. Schachner-Blazizek** hat das Wort.

Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Es kann gar kein Zweifel darüber bestehen, daß es sich hier um einen äußerst bedauerlichen Fall privatwirtschaftlicher Gebarung handelt. Ich habe dem hohen Finanz-Ausschuß und ich habe der hohen Regierung keinen Zweifel darüber gelassen, daß für die Haftung, die wir zugunsten der Pacht- und Betriebsgesellschaft, die den Betrieb aus der Ausgleichsmisere übernehmen und weiterführen soll, keine Sicherung geboten wird. Es gibt keine Besicherung in den Grundstücken, es gibt keine Besicherung in den Gebäuden und Anlagen, es gibt keine Besicherung in den Maschinen, keine Besicherung in den Vorräten und keine Besicherung in Zessionen oder in den erzeugten Waren. Das wissen wir alle. Aber, meine Damen und Herren! Es besteht, wie schon meine Vorredner gesagt haben, immerhin eine Chance, die Arbeitsplätze und den Wirtschaftsfaktor dieser Papierfabrik in der Mittelsteiermark zu erhalten oder zu retten. Das zu tun und unseren Teil dazu beizutragen, sind wir, glaube ich, den Arbeitern und Angestellten dieses Betriebes, sind wir, glaube ich, der steirischen Wirtschaft und sind wir, glaube ich, unserem Lande und seiner Bevölkerung schuldig. (Allgemeiner Beifall.)

2. Präsident: Herr Berichterstatter, wünschen Sie ein Schlußwort.

Berichterstatter Abg. **Ileschitz:** Meine Damen und Herren! Das Land Steiermark übernimmt die Haftung für rund 5 Millionen Schilling, sofern die Österreichische Papier-Verkaufs-AG. ein unverzinsliches Darlehen von 5 Millionen Schilling übernimmt, in der weiteren Folge die Österreichische Zellstoff-Fabriksgesellschaft einen laufenden Warenkredit in der gleichen Höhe von 5 Millionen Schilling zur Verfügung stellt, darüber hinaus die Stadt Graz bereit ist, die Haftung für ein weiteres Darlehen von 5 Millionen zu übernehmen und in der weiteren Folge das Bundesministerium für soziale Verwaltung im Rahmen der von ihm zugesagten Mittel in der Höhe von 10 Millionen Schilling einen entsprechenden Teil für die Erhaltung und Fortführung des Grazer Betriebes zur Verfügung stellt. Nur für diesen Fall, also nach Vorliegen all dieser Punkte, ist das Land Steiermark bereit, eine Ausfallhaftung in der Höhe von 5 Millionen Schilling zu übernehmen.

Ich beantrage daher namens des Finanz-Ausschusses die Annahme dieser Vorlage.

2. Präsident: Ich schreite zur Abstimmung und bitte Sie, zum Zeichen der Zustimmung eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

26. Bericht des Gemeinde- und Verfassungs-Ausschusses über das Ersuchen des Bezirksgerichtes Leoben vom 24. November 1965 um Zustimmung zur Strafverfolgung des Landtagsabgeordneten Siegmund Burger wegen eines Verkehrsunfalles, Einl.-Zahl 146.

Berichterstatter ist Herr Abg. Dr. Rainer. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **Dr. Rainer:** Hohes Haus, meine Damen und Herren! Das Bezirksgericht Leoben hat um Zustimmung zur Strafverfolgung des Abg. Siegmund Burger wegen eines Verkehrsunfalles ersucht. Der Gemeinde- und Verfassungsausschuß hat sich mit dieser Vorlage beschäftigt, namens dieses Ausschusses stelle ich folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen: Dem Ersuchen des Bezirksgerichtes Leoben vom 24. November 1965, Zl. 4 U 1180/65/2, um Zustimmung zur Strafverfolgung des Landtagsabgeordneten Siegmund Burger wegen eines Verkehrsunfalles wird über dessen Wunsch stattgegeben.

2. Präsident: Ich schreite zur Abstimmung. Wer dafür ist, möge zum Zeichen der Zustimmung eine Hand erheben. (Geschieht.) Einstimmig angenommen.

27. Bericht des Gemeinde- und Verfassungs-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 123, über die Erhebung der im politischen Bezirk Judenburg gelegenen Gemeinde Zeltweg zur Stadt.

Berichterstatter ist Abg. Josef Schlager. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. **Schlager:** Hohes Haus! Der Gemeinderat der Gemeinde Zeltweg hat in seiner Sitzung am 10. Dezember 1963 den einstimmigen Beschluß gefaßt, an das Amt der Steiermärkischen Landesregierung wegen Erhebung der Gemeinde Zeltweg zur Stadt heranzutreten. Als Begründung für ihren Antrag gibt die Ortsgemeinde Zeltweg an, daß sie sowohl in historischer wie auch in wirtschaftlicher Hinsicht die Voraussetzungen für die Erhebung zur Stadt aufweist.

Ich darf kurz berichten: Zeltweg ist als ausgesprochener Industrieort anzusprechen. Siedlungsmäßig wurde durch die Anlage des Gemeindegebietes ein geschlossener, verbauter Ortskern geschaffen. Eine den neuzeitlichen Anforderungen entsprechende Wasserversorgung, die nicht nur den Ortskern, sondern auch die Randgebiete umfaßt, wurde seit dem Jahre 1949 ausgebaut. Die Beseitigung der Abwässer erfolgt durch eine moderne Kanalisierung. Eine entsprechende Straßenbeleuchtung und größtenteils staubfreie Straßen sind vorhanden. Durch Schaffung einer neuen Hauptschule sowie durch den Ausbau der Knaben- und Mädchen-Volksschule wurde auch auf dem Schulsektor ein wesentlicher Fortschritt erzielt. Der Kindergarten wurde im Jahre 1962 vergrößert. Die Gemeinde Zeltweg hat heute rund 7500 Einwohner. Außerdem befindet sich in Zeltweg eine Garnison mit Fliegerhorst und dem 18. Jäger-Bataillon. Die Erhebung zur Stadt ist aber auch eine Anerkennung des im Kriege schwer zerstörten Ortes und für die Aufbauarbeit der dort tätigen Gemeinde-Funktionäre. Die Gemeinde Zeltweg ist im Sinne des § 3 der Gemeindeordnung 1959 in der derzeit geltenden Fassung als ansehnliche Gemeinde zu bezeichnen, der eine besondere Bedeutung zukommt.

Die Vorlage wurde im Gemeinde- und Verfassungsausschuß beraten und ich darf hier den Antrag stellen, „die Gemeinde Zeltweg im politischen Bezirk Judenburg wird gemäß § 3 Abs. 2 der Gemeindeordnung 1959, LGBI. Nr. 41, in der derzeit geltenden Fassung mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1966 zur Stadt erhoben. Sie hat ab diesem Zeitpunkt die Bezeichnung ‚Stadtgemeinde‘ zu führen“.

Präsident: Es liegt keine Wortmeldung vor. Sie haben den Antrag des Berichterstatters gehört. Wer mit dem Antrag einverstanden ist, möge zum Zeichen der Zustimmung eine Hand erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

28. Bericht des Gemeinde- und Verfassungs-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 124, über die Erhebung der im politischen Bezirk Liezen gelegenen Gemeinde Trieben zum Markt.

Berichterstatter ist Abg. Bert Hofbauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. **Hofbauer:** Hoher Landtag! Die gegenständliche Regierungsvorlage behandelt die Erhebung der im politischen Bezirk Liezen gelegenen Gemeinde Trieben zum Markt. Der Gemeinderat der Gemeinde Trieben hat in seiner Sitzung vom 11. Februar 1965 den einstimmigen Beschluß gefaßt, an die Steiermärkische Landesregierung wegen der

Erhebung der Ortsgemeinde Trieben zum Markt heranzutreten. Als Begründung für ihren Antrag führt die Ortsgemeinde Trieben an, daß sie sowohl in historischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht die Voraussetzungen für die Erhebung zum Markt aufweist.

Nach dem Ergebnis der Volkszählung vom 21. März 1961 hat die zukünftige Marktgemeinde Trieben ein Flächenausmaß von 4135 ha, 512 Häuser mit 4023 Einwohnern. Die Gemeinde Trieben ist im Besitze von Marktrechten. Sie ist auf Grund von Hofkanzlei-Dekreten aus dem Jahre 1829 und 1841 zur Abhaltung von Krämer- und Viehmärkten am 22. September und 2. Oktober jeden Jahres und ferner auf Grund einer Marktrechtsverleihung aus dem Jahre 1962 eines Krämer-Marktes am letzten Samstag im Juni jeden Jahres berechtigt. Die Gemeinde Trieben hat ferner eine Wasserversorgungsanlage und auch eine Abwasserableitung, auch ein ausreichendes Kanalnetz ist vorhanden.

Der Gemeinde- und Verfassungsausschuß hat sich gestern mit dieser Vorlage befaßt und nach genauem Studium darf ich folgenden Antrag stellen: „Der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Gemeinde Trieben im politischen Bezirk Liezen wird gemäß § 3 Abs. 1 der Gemeindeordnung 1959, LGBl. Nr. 41, in der derzeit geltenden Fassung mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1966 zum Markt erhoben. Sie hat ab diesem Zeitpunkt die Bezeichnung ‚Marktgemeinde‘ zu führen.“ Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

Präsident: Sie haben den Antrag des Herrn Berichterstatters gehört. Wer damit einverstanden ist, möge eine Hand erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

29. Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 125, über die Erhebung der im politischen Bezirk Graz-Umgebung gelegenen Gemeinde Kalsdorf bei Graz zum Markt.

Berichterstatter ist Abg. Friedrich A i c h h o l z e r.
Ich erteile ihm das Wort.

Abg. **Aichholzer:** Hoher Landtag! Der Gemeinderat von Kalsdorf hat in seiner Sitzung vom 13. Jänner 1964 beschlossen, an die Landesregierung heranzutreten und um die Erhebung der Gemeinde zum Markt zu ersuchen.

Der Ort Kalsdorf kann auf eine jahrhundertlange Entwicklung zurückblicken. Die Gemeinde besteht zur Zeit aus 3 Katastralgemeinden, und zwar Großsulz, Kalsdorf und Thalerhof. Im Orte Kalsdorf befindet sich auch eine große Eisenwarenfabrik und außerdem der Flughafen der Stadt Graz. Der Ort Kalsdorf besitzt das Marktrecht seit dem Jahre 1919. Es sind daher alle Voraussetzungen für die Markterhebung gegeben und ich darf daher namens des Gemeinde- und Verfassungsausschusses folgenden Antrag stellen: „Der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Gemeinde Kalsdorf bei Graz im politischen Bezirk Graz-Umgebung wird gemäß § 3 Abs. 1 der Gemeindeordnung 1959, LGBl. Nr. 41, in der derzeit geltenden Fassung mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1966 zum Markt erhoben. Sie hat ab diesem Zeitpunkt die Bezeichnung ‚Marktgemeinde‘ zu führen.“

Ich bitte um Zustimmung zu dieser Vorlage.

Präsident: Sie haben den Antrag des Berichterstatters gehört. Ich ersuche die Abgeordneten, die mit dem Antrag einverstanden sind, zum Zeichen der Zustimmung eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Damit, meine Damen und Herren, ist die Monstrositzung zu Ende. Der Herr Landtagspräsident Dr. Kaan hat bereits einige schöne Schlußworte gesprochen.

Darf ich folgendes sagen: Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien ein schönes und friedliches Weihnachtsfest. Das Jahr 1966 möge der steirischen Bevölkerung, den Mitgliedern der Landesregierung, den Mitgliedern des Steiermärkischen Landtages und allen Beamten und Bediensteten des Landes Frieden, Erfolg und Gesundheit bringen.

Die Sitzung ist geschlossen. (Beifall.)

Ende: 23 Uhr 45.